

Saarländischer Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 15 • 7. Jahrgang

Berlin, 1. August 1926

Aufruf

zur Deutschen Kundgebung für Rhein, Pfalz und Saar

anlässlich

der 6. Tagung des Bundes der Saarvereine in Köln a. Rh.

am 14. und 15. August d. J.

Die im Westausschuß in Berlin seit Jahren vereinigten landsmannschaftlichen Verbände des deutschen Westens, der Reichsverband der Rheinländer, der Bund der Saar-Vereine, Verein der Pfälzer u. a. halten zum ersten Male auf befreitem rheinischem Boden ihre Jahrestagung ab und verbinden damit eine gemeinsame Kundgebung zur Befreiung der noch unter fremdem Druck schmachthenden unerlösten rheinischen Brüder.

Eindringlich und vernehmlich wollen die in nationaler Einmütigkeit geschlossenen Verbände ihre Stimme erheben hinüber in die zweite und dritte Zone des noch besetzten Gebietes, hinüber in das Saargebiet, das noch immer auf die Abstimmung warten

muß, hinüber auch zu den Brüdern, die deutsch sind und immerdar deutsch bleiben wollen, auch wenn ihre staatliche Einordnung eine andere ist. Ihnen allen gilt das Treubekennnis, zu ihnen allen erklingt — neben der berechtigten Freude über die Befreiung der ersten Zone — der Ruf: „Wir vergessen euch nicht!“

Rege wird die Beteiligung aller Angehörigen der genannten Verbände sein, in großer Zahl werden die Brüder, soweit die deutsche Zunge klingt, zur Kölner Tagung fahren. Um auch dem erhabenen Gedanken der Tagung einen besonderen würdigen Ausdruck zu verleihen, werden die großen und angesehenen Verbände und Organisationen der Stadt Köln selbst in städtischer Stärke der gemeinsamen Kundgebung sich anschließen.

Der Vorsitzende des Ehrenausschusses:

Dr. Horion, Landeshauptmann der Rheinprovinz.

Der Reichsverband der Rheinländer:

Der Vorsitzende: Präsident Dr. Kaufmann.

Der Geschäftsführer: Klöckner.

Der Bund der Saarvereine:

Der Vorsitzende: D. Andres,
Oberlandesgerichtsrat.

Der Geschäftsführer: Th. Vogel,
Verwaltungsdirektor.

Verein der Pfälzer:

Direktor Fraenger.

Rheinische Frauenliga:

Freiin Dr. von Hertling.

Frankeninflation und Steuerpolitik der Saarregierung.

Das Verhalten der Saarregierung bei dem jetzigen Zusammenbruch der französischen Währung tragt immer deutlicher ihre „Begründung“ für die vertragswidrige Einführung der Frankenvährung im Saargebiet Lügen. Nicht das „Wohlergehen der Bevölkerung“ oder die Sorge für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung an der Saar war für ihre damalige Währungspolitik maßgebend, sondern allein politische Interessen Frankreichs waren Anlaß und Zweck dieser Maßnahme. Nur waren ihr damals diese politischen Machinationen nicht ohne weiteres nachzuweisen. Sie liefert aber jetzt durch ihr untätiges Verhalten der zunehmenden katastrophalen Frankeninflation gegenüber selbst nachträglich noch hierfür den Beweis. Was hat sie damals alles aufgestellt um angeblich die Bevölkerung an der Saar vor den verhängnisvollen Folgen der Inflation zu bewahren; sie hat in die Finanzwirtschaft der Gemeinden eingegriffen, sofern diese neue Ausgaben in der Markwährung beschlossen, hat ihnen bestimmte Einnahmen in „stabilen“ Franken vorgeschrieben, hat Gehalts- und Lohnerhöhungen an Beamte und Staatsarbeiter verweigert, sofern sie nicht in „stabiler“ Frankenvährung verlangt wurden, hat Frankeneihsilfen gewährt, Franken-Anleihen gegeben und unterstützt usw., bis sie schließlich mit ihrem bekannten Frankendiktat und endlich mit der endgültigen Beseitigung der Markwährung ihr politisches Ziel erreicht hatte.

Seitdem sind alle ihre Währungsinflationsorgen geschwunden. Der Franken stürzt in den Abgrund und reißt das Saargebiet mit sich. Die Saarregierung rührt sich nicht, um die Wohlfahrt der Bevölkerung zu sichern, um sie vor jedem materiellen Schaden zu bewahren, um ihr eine stabile Währung zu geben. Was sie damals den Gemeinden verbot, nämlich neue Ausgaben in der unstabilen Währung zu beschließen, tut sie heute selbst ohne Bedenken. So hat sie jetzt den Mitgliedern des Landrats drei Entwürfe unter Desavouierung ihres damaligen Standpunktes betr. die Erhöhung der Umsatzsteuer, der Stempelsteuer und der indirekten Steuern auf Benzin, Petroleum und mineralische Schweröle zugeleitet, die insgesamt Mehreinnahmen von zusammen 21 250 000 Fr. bringen sollen.

Zur Begründung der Vorlagen führt die Regierungskommission nachfolgendes aus:

Der Ausgleich des Haushaltsplans der Regierungskommission war bei der Gehaltsregelung, die am 1. April 1926 in Kraft war, sowie der sonstigen zu dieser Zeit gültigen Gesetzgebung erreicht. Die inzwischen eingetretene allgemeine Teuerung hat die Regierungskommission veranlaßt, eine Aufbesserung der Gehaltsbezüge der Beamten durch Erhöhung des Umrechnungsfaktors vorzunehmen, der als Grundlage für die Gehaltsfestsetzung dient und sich auch auf die Pensionen auswirkt. Bei der letzten Steuervorlage hat die Regierungskommission der Begutachtung durch den Landesrat in weitgehendem Maße Rechnung getragen, um den Wünschen der Bevölkerung entgegenzukommen, und insbesondere auf dem Gebiete der indirekten Steuern die ursprünglich vorgesehenen Sätze erheblich ermäßigt. Infolgedessen sind die damals eingetretenen Steuererhöhungen nicht ausreichend, um Gehaltserhöhungen in wünschenswertem Maße durchzuführen. Es ist ferner notwendig, auch die Löhne der Staatsarbeiter entsprechend zu erhöhen. Eine weitere geldliche Belastung erwächst der Regierungskommission durch Maßnahmen auf dem Gebiete der Sozialversicherung, die in Erfüllung wiederholt laut gewordener Wünsche aus berufenen Kreisen der Bevölkerung durchgeführt werden soll. Um den Haushaltsplan ins Gleichgewicht zu bringen, müssen unter besonderer Berücksichtigung des Umstandes, daß ein Teil des Mehrbedarfs durch Tarifierhöhungen bei den Verkehrsverwaltungen (Eisenbahn und Post) gedeckt werden kann und daß ferner gewisse Steuern Mehreinnahmen gegenüber dem Etatsvoranschlag erwarten lassen, schätzungsweise jährlich noch 21 000 000 durch Erschließung neuer Steuerquellen aufgebracht werden. Die Notwendigkeit, unverzüglich über ausreichende Geldmittel zu verfügen, zwingt zu der Maßnahme, lediglich schon bestehende Einnahmequellen weiter auszubauen. Dabei sind, abgesehen von der Umsatzsteuer, diejenigen Steuerzweige unberührt geblieben, die bereits Gegenstand der am 28. April 1926 angenommenen Steuerreform waren.

Hiernach schlägt die Regierungskommission vor, einen größeren Teil des noch erforderlichen Mehrbedarfs durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer zu decken und zwar in Anbetracht der Tatsachen, daß diese Steuer sich in anderen Ländern bei gleichen oder ähnlichen Wirtschaftsverhältnissen nach den gemachten Erfahrungen allgemein als tragbar erwiesen hat und die Erhebung ohne jede Vergrößerung des Beamtenapparats möglich ist. Bei einer Erhöhung von 0,3 v. H. wird mit einer Mehreinnahme von jährlich 12 Millionen gerechnet. Zur Ausbringung der restlichen 9 Millionen hat die Regierungskommission in erster Linie die Stempelsteuern herangezogen, die seit den Jahren 1923 (Reichsstempel-) und 1924 (Stempelsteuerverordnung) eine Minderung nicht erfahren haben. Endlich ist eine Erhöhung der Steuer für leichte Mineralöle und die Einbeziehung der mineralischen Schweröle in die betreffende Steuertarifstelle des Verbrauchsteuertarifs vorgesehen. Im Hinblick darauf, daß sich die Preisbildung für diese Oele im gemeinsamen Zollgebiete gleichartig entwickelt hat, und daß deshalb der saarländische Verbraucher von dem Nichtbestehen dieser Steuer keinen Vorteil hat, kann die vorgeschlagene Steuer, die ihrer Höhe nach den in Frankreich geltenden Sätzen entspricht, als durchaus tragbar bezeichnet werden.

Um die Regierungskommission in die Lage zu versetzen, die in Aussicht genommenen Erhöhungen der Gehälter und Löhne alsbald vornehmen zu können, wird der Landesrat gebeten, zu den übermittelten Steuervorlagen mit möglichster Beschleunigung Stellung zu nehmen.

Hierzu bemerkt die sozialistische Saarbrücker „Volksstimme“ u. a.:

Die letzte Gehaltsregelung wurde am 1. April durchgeführt. Den Haushalt des Saargebiets verabschiedete die Regierungskommission in ihrer Sitzung vom 28. April 1926. In diesem Haushalt sind 20 000 000 Fr. Bedarf für Erhöhung der Besoldungen, Vergütungen der Angestellten und Löhne der Arbeitnehmer eingelegt. Als Bedarf für anderweitige Eingruppierung von Beamten treten 3 100 000 Fr. und an Reserve und Ausgleich 2 604 189 Fr. in diesem Haushalt hervor. Die von der Regierungskommission geforderten 21 000 000 Fr. sind also bereits im Haushalt des Jahres 1926 in den Ausgaben vorgesehen. Mithin ist die Begründung der Regierungskommission abwegig, denn in diesem ausgeglichenen Haushalt sind noch insgesamt 25 704 189 Fr. zur Aufbesserung der Gehaltsbezüge der Beamten und Angestellten sowie der Arbeiter enthalten. Auf Grund dessen ist die Möglichkeit gegeben, Gehälter und Lohnerhöhungen in wünschenswertem Maße durchzuführen. Jedenfalls soll die Regierungskommission ihre Steuervorlagen dem Landesrat gegenüber mit anderen Motiven begründen. Die Begründung wäre dann angängig und richtig, wenn dem Landesrat ein Einfluß auf die Gehalts- und Lohnregelung zugestanden würde. Solange ihm dieser Einfluß nicht eingeräumt wird, soll man auch eine solche Begründung zur Erhöhung der Steuern vermeiden.

Oder will man im Falle einer Ablehnung der Steuervorlagen auch die Gehalts- und Lohnerhöhungen ablehnen und den Landesrat für die Folgen verantwortlich machen? Dies scheint der Zweck der Begründung zu sein.

In der „Saarbrücker Zeitung“ nimmt ein Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse des Saargebiets zu den neuen Steuergesetzesentwürfen der Saarregierung in einem längeren Aufsatz Stellung, in welchem er u. a. ausführt:

Der wichtigste Teil der Gründe, die die Regierungskommission für die Erhöhung der Umsatzsteuer vorbringt, ist tatsächlich ihre Bezugnahme auf die „gegenwärtige“ Wirtschaftslage des Saargebietes. Es ist dies zwar nur eine ganz schamhafte Andeutung; sie scheut sich, das Kind beim Namen zu nennen, denn offiziell hat offenbar die Regierungskommission noch keine Kenntnis von dem, was sie innerlich meint, nämlich vom Zusammenbruch der französischen Währung, auf die sie ihr Steuersystem gegen das Anraten des Landesrates und aller Kreise der Bevölkerung aufgebaut hat. Es wird dann die grundlegende Frage erhoben: Ist tatsächlich der Finanzbedarf des Saargebietes so stark, daß er nur mit dem Mittel der Steuererhöhung und insbesondere mit dem

gefährlichen, ungerechte Besteuerungen bringenden Mittel der Umsatzsteuererhöhung gedeckt werden kann? Der Artikelschreiber antwortet hierauf u. a.: Die Ausführungen der Regierungskommission über den Ausgleich, den sie für die Erhöhung ihrer Ausgaben bei den Beamtengehältern usw. haben müsse, können nicht überzeugen. Unzweifelhaft ist, daß eine Erhöhung dieser Ausgaben, eine Erhöhung der Beamtengehälter und der Löhne der Staatsarbeiter usw. erfolgen muß, über diese Frage besteht höchstens mit der Regierungskommission eine Meinungsverschiedenheit wegen der Höhe, indem nämlich die von der Regierungskommission vorgesehene Erhöhung der Gehälter, Pensionen, Löhne usw. für nicht genügend erachtet wird. Aber mit der gegebenen Notwendigkeit zu zahlenmäßig höheren Ausgaben in Franken ist doch noch lange nicht dargetan, daß der Regierungskommission die Gelder dafür nicht zur Verfügung stehen und daß sie nicht andere Mittel als Schaffung neuer Steuerquellen hat, um das Ausgabenmehr zu decken. Zunächst hätte sie doch einmal die Verpflichtung, den Ist-Etat vorzulegen und nachzuweisen, wie sich Einnahmen und Ausgaben gestaltet haben und welche angesammelten Mittel zur Verfügung stehen. Es wäre dabei auch eingehend zu belegen, wie sich die Mehreinnahmen bei allen denjenigen Steuern, die bei der Geldentwertung automatisch steigen, gestalten. Weiter hätte sie darzulegen, ob sie nicht durch Einsparen an anderer Stelle, vor allem durch Abbau der ausländischen Beamten in der Zentralverwaltung erhebliche Mittel freimachen kann. Dann hätte sie weiter offenzulegen, in welchem Umfange durch kaufmännisch gebotene Maßnahmen die Möglichkeit, bei den Ausgaben der Entwertung nachzufolgen, geschaffen worden ist und weiter geschaffen werden kann, mit anderen Worten, es ist Antwort zu geben auf die Frage: Sind die jeweils angesammelten Mittel vor Entwertung geschützt? und kann nicht auf Grund dieser Tatsache allein schon eine Anpassung der Gehälter usw. an die durch die Inflation gestiegene Lebenshaltung ohne weiteres erfolgen? Es muß allerdings bezweifelt werden, ob die Regierungskommission diese kaufmännische Handlungsweise, die zweifellos hätte Pflicht sein müssen, bisher in vollem Umfang ausgeübt hat, denn es ist nicht unbekannt, welche ganz erhebliche Menge Franken einzelnen bevorzugten Bankinstituten als Einlage zugeflossen ist und dort natürlich restlos die Entwertung mitgemacht hat. Und wie steht es schließlich mit den beiden Haupteinnahmeposten der Saarregierung, mit den Beiträgen und Steuern der Grubenverwaltung und mit den Zollertrügnissen? Daß die vertragliche Regelung der Steuerpflicht der Gruben dem durch das Saarstatut geschaffenen Recht nicht entspricht und die Gruben ungerecht begünstigt, ist schon so oft dargelegt, daß hier nicht näher darauf eingegangen werden muß. Und daß ferner immer noch ungeklärt ist, ob dem Saargebiet restlos die ihm nach dem Saarstatut zustehenden Zollertrügnisse zufallen, ist ebenfalls schon oft dargelegt worden. Was aber hier noch besonders hervorgehoben werden muß, ist die Frage, ob die Zahlung dieser vom französischen Staat abzuführenden Beträge besonders bei den Beiträgen der Gruben immer rechtzeitig erfolgt. Bei dem ganzen Steuersystem des Saargebiets hat man das Prinzip der Gegenwartsbesteuerung durchgeführt, das zweifellos, falls nicht etwa Mängel des Veranlagungsverfahrens eine Verzögerung in der Zahlung der Steuern bringen, grundsätzlich den Staat vor Entwertung der Steuerbeträge, wenn auch nicht in vollem Umfang, schützt. Ist dieser teilweise Schutz bei Entwertung auch bei sämtlichen Zahlungen des französischen Staates gegeben, mit anderen Worten: Erfolgen rechtzeitig und laufend ausreichende Abschlagszahlungen durch den französischen Staat in entsprechender Weise wie sie der Lohnsteuerpflichtige durch die Vorauszahlungen leistet, solange hier nicht restlose Klarlegung erfolgt, sind Zweifel zu erheben, ob bei den Zahlungen des französischen Staates die Rechtzeitigkeit immer gewährleistet ist. Bei der Zollverwaltung scheint zwar nach unverbürgten Nachrichten neuerdings eine regelmäßige Zahlungsweise üblich. Andererseits sind — ebenfalls unverbürgt — Fälle bekannt geworden, wo mit Verzögerung von einem Jahr große Beträge seitens der Grubenverwaltung überwiesen worden sind, Beträge, die infolge der Frankenentwertung der Regierungskommission nicht einmal mit 50 Prozent ihres Goldwertes zufließen. Hinsichtlich der Zollverwaltung darf noch besonders

darauf verwiesen werden, daß die Kosten der Erhebung, die bei der Abführung der Ertrügnisse von der französischen Zollverwaltung eingezogen werden, eine erträgliche Höhe haben. Es ist richtig, daß in diese Erhebungskosten auch die Ausgaben für die Zolllinie an der Westgrenze des Saargebietes fallen, trotzdem diese Zolllinie lediglich den Interessen Frankreichs dient und Frankreich vor einem etwaigen Schmuggel von Waren, die in Frankreich dem Monopol unterliegen, bewahren soll.

Auf alle diese Fragen hat u. E. die Regierungskommission zuerst Antwort zu geben, ehe sie verlangen kann, daß man ernsthaft das Problem erörtert, ob neue Steuerquellen zu schaffen sind und ob daher insbesondere auch die vielleicht für einen späteren Zeitpunkt unvermeidbare stärkere Heranziehung der Umsatzbesteuerung als Notausfallsmittel in den Kauf genommen werden kann.

Und dann noch ein sehr wichtiges: Für eine stärkere Heranziehung der Umsatzbesteuerung als Übergangslösung muß Voraussetzung sein, daß man nun wirklich ernsthaft weiß: Wohin steuert der Kurs und wann kommt das Ende der Übergangszeit? Es wäre völlig untragbar, diese Ausfallsmaßnahmen ins Blaue hinein und für unabsehbare Zeit zu treffen. Von der Regierungskommission muß daher verlangt werden, daß sie in dem Augenblick, wo sie die Maßnahmen fordert, klar und offen sagt, sie wolle das gesamte Steuerwesen von einem bestimmten Zeitpunkt an auf die Wertbeständigkeit stellen, und daß sie die Richtlinien dafür in großen Zügen bereits festlegt. Nur dann kann u. E. die gefährliche und grobe Form der Umsatzbesteuerung der Bevölkerung zugemutet werden. Wie steht es in dieser Beziehung mit der von den verschiedensten Teilen der Bevölkerung geforderten Vorbereitung der Währungsumstellung? Die Regierungskommission müsse hier schnelligst handeln und das ihr vorgeschlagene Gremium von Sachverständigen zusammensetzen. Diese Sachverständigen wären dann auch berufen, zu prüfen, ob und in welchem Umfange von der Übergangslösung der Belastung des Umlages Gebrauch gemacht werden kann.

Der Artikel behandelt dann die einzelnen in den Gesetzentwürfen der Saarregierung vorgesehenen Steuererhöhungen, wobei er zu einer Verwerfung dieser Erhöhungen kommt, die als unzumutbar, ungerecht und unsachgemäß nachgewiesen werden. Von allgemeinerer Bedeutung sind die Ausführungen über die geplante Einführung eines Devisenumsatzstempels in das Reichsstempelgesetz.

Nach den bisherigen Vorschriften war Stempelspflichtig nur ein Umsatz in ausländischen Banknoten, ausländischem Papiergeld oder ausländischen Geldsorten, stempelfrei aber war das Geldwechselgeschäft. Diese Befreiung soll weggelassen, so daß alle Geldwechselgeschäfte einem Stempel von $\frac{2}{100}$ % unterliegen sollen. Ferner sollen einem Stempel von $\frac{1}{100}$ % die Anschaffungsgeschäfte über sonstige ausländische Zahlungsmittel (Devisen im engeren Sinne) unterworfen werden. Man muß sich vorstellen, was diese Maßnahme für das Saargebiet bedeutet, wo die ganze Bevölkerung nahezu restlos dazu übergegangen ist, in Gold zu rechnen, wo infolge des Versagens der Bank von Frankreich nur wertbeständige Kredite zur Verfügung stehen und wo sich daher nahezu jede wirtschaftliche Betätigung notgedrungen in ausländischer Währung abspielt. Eine Belastung des Umlages würde nicht mehr oder weniger sein als eine ganz regelrechte Prämie für alle diejenigen, die infolge besonderer direkten oder indirekten Beziehungen zur Bank von Frankreich noch über Kredite in Franken verfügen und infolgedessen zur Abdeckung gegen Währungsverluste keine Devisengeschäfte nötig haben. Für alle anderen Kreise der Saarwirtschaft, damit aber auch für die gesamte mit ihnen verbundene Bevölkerung würde der Devisenumsatzstempel eine überaus ungerechte Belastung bedeuten, ja den Charakter einer Bestrafung dafür haben, daß sie unter ungeheuren Kosten sich gezwungen sehen, die ihnen aus der aufgezwungenen Frankenwährung entstandenen Verluste durch schwierige Transaktionen in ausländischen Zahlungsmitteln abzudecken, ganz abgesehen von der Belästigung fast des gesamten bankmäßigen Verkehrs mit den zu erfüllenden Stempelformalitäten.

Frankeninflation und Steuerpolitik der Saarregierung.

Das Verhalten der Saarregierung bei dem jetzigen Zusammenbruch der französischen Währung strahlt immer deutlicher ihre „Begründung“ für die vertragswidrige Einführung der Frankenvährung im Saargebiet aus. Nicht das „Wohlergehen der Bevölkerung“ oder die Sorge für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung an der Saar war für ihre damalige Währungspolitik maßgebend, sondern allein politische Interessen Frankreichs waren Anlaß und Zweck dieser Maßnahme. Nur waren ihr damals diese politischen Machinationen nicht ohne weiteres nachzuweisen. Sie liefert aber jetzt durch ihr unfähiges Verhalten der zunehmenden katastrophalen Frankeninflation gegenüber selbst nachträglich noch hierfür den Beweis. Was hat sie damals alles aufgestellt um angeblich die Bevölkerung an der Saar vor den verhängnisvollen Folgen der Inflation zu bewahren; sie hat in die Finanzwirtschaft der Gemeinden eingegriffen, sofern diese neue Ausgaben in der Markwährung beschlossen, hat ihnen bestimmte Einnahmen in „stabilen“ Franken vorgeschrieben, hat Gehalts- und Lohnerhöhungen an Beamte und Staatsarbeiter verweigert, sofern sie nicht in „stabiler“ Frankenvährung verlangt wurden, hat Frankenbeiträge gewährt, Franken-Anleihen gegeben und unterstützt usw., bis sie schließlich mit ihrem bekannten Frankendiktat und endlich mit der endgültigen Beseitigung der Markwährung ihr politisches Ziel erreicht hatte.

Seitdem sind alle ihre Währungsinflationsorgen geschwunden. Der Franken stürzt in den Abgrund und reißt das Saargebiet mit sich. Die Saarregierung rührt sich nicht, um die Wohlfahrt der Bevölkerung zu sichern, um sie vor jedem materiellen Schaden zu bewahren, um ihr eine stabile Währung zu geben. Was sie damals den Gemeinden verbot, nämlich neue Ausgaben in der unstabilen Währung zu beschließen, tut sie heute selbst ohne Bedenken. So hat sie jetzt den Mitgliedern des Landrats drei Entwürfe unter Desavouierung ihres damaligen Standpunktes betr. die Erhöhung der Umsatzsteuer, der Stempelsteuer und der indirekten Steuern auf Benzin, Petroleum und mineralische Schweröle zugeleitet, die insgesamt Mehreinnahmen von zusammen 21 250 000 Fr. bringen sollen.

Zur Begründung der Vorlagen führt die Regierungskommission nachfolgendes aus:

Der Ausgleich des Haushaltsplans der Regierungskommission war bei der Gehaltsregelung, die am 1. April 1926 in Kraft war, sowie der sonstigen zu dieser Zeit gültigen Gesetzgebung erreicht. Die inzwischen eingetretene allgemeine Teuerung hat die Regierungskommission veranlaßt, eine Aufbesserung der Gehaltsbezüge der Beamten durch Erhöhung des Umrechnungsfaktors vorzunehmen, der als Grundlage für die Gehaltsfestsetzung dient und sich auch auf die Pensionen auswirkt. Bei der letzten Steuervorlage hat die Regierungskommission der Begutachtung durch den Landesrat in weitgehendem Maße Rechnung getragen, um den Wünschen der Bevölkerung entgegenzukommen, und insbesondere auf dem Gebiete der indirekten Steuern die ursprünglich vorgesehenen Sätze erheblich ermäßigt. Infolgedessen sind die damals eingetretene Steuererhöhungen nicht ausreichend, um Gehaltserhöhungen in wünschenswertem Maße durchzuführen. Es ist ferner notwendig, auch die Löhne der Staatsarbeiter entsprechend zu erhöhen. Eine weitere geldliche Belastung erwächst der Regierungskommission durch Maßnahmen auf dem Gebiete der Sozialversicherung, die in Erfüllung wiederholt laut gewordener Wünsche aus beruflichen Kreisen der Bevölkerung durchgeführt werden soll. Um den Haushaltsplan ins Gleichgewicht zu bringen, müssen unter besonderer Berücksichtigung des Umstandes, daß ein Teil des Mehrbedarfs durch Tarifierhöhungen bei den Verkehrsverwaltungen (Eisenbahn und Post) gedeckt werden kann und daß ferner gewisse Steuern Mehreinnahmen gegenüber dem Etatsvoranschlag erwarten lassen, schätzungsweise jährlich noch 21 000 000 durch Erschließung neuer Steuerquellen aufgebracht werden. Die Notwendigkeit, unverzüglich über ausreichende Geldmittel zu verfügen, zwingt zu der Maßnahme, lediglich schon bestehende Einnahmequellen weiter auszubauen. Dabei sind, abgesehen von der Umsatzsteuer, diejenigen Steuerzweige unberührt geblieben, die bereits Gegenstand der am 28. April 1926 angenommenen Steuerreform waren.

Hiernach schlägt die Regierungskommission vor, einen größeren Teil des noch erforderlichen Mehrbedarfs durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer zu decken und zwar in Anbetracht der Tatsachen, daß diese Steuer sich in anderen Ländern bei gleichen oder ähnlichen Wirtschaftsverhältnissen nach den gemachten Erfahrungen allgemein als tragbar erwiesen hat und die Erhebung ohne jede Vergrößerung des Beamtenapparats möglich ist. Bei einer Erhöhung von 0,3 v. H. wird mit einer Mehreinnahme von jährlich 12 Millionen gerechnet. Zur Aufbringung der restlichen 9 Millionen hat die Regierungskommission in erster Linie die Stempelsteuern herangezogen, die seit den Jahren 1923 (Reichsstempel-) und 1924 (Stempelsteuerverordnung) eine Änderung nicht erfahren haben. Endlich ist eine Erhöhung der Steuer für leichte Mineralöle und die Einbeziehung der mineralischen Schweröle in die betreffende Steuertarifstelle des Verbrauchssteuertarifs vorgesehen. Im Hinblick darauf, daß sich die Preisbildung für diese Öle im gemeinsamen Zollgebiete gleichartig entwickelt hat, und daß deshalb der saarländische Verbraucher von dem Nichtbestehen dieser Steuer keinen Vorteil hat, kann die vorgeschlagene Steuer, die ihrer Höhe nach den in Frankreich geltenden Sätzen entspricht, als durchaus tragbar bezeichnet werden.

Um die Regierungskommission in die Lage zu versetzen, die in Aussicht genommenen Erhöhungen der Gehälter und Löhne alsbald vornehmen zu können, wird der Landesrat gebeten, zu den übermittelten Steuervorlagen mit möglichster Beschleunigung Stellung zu nehmen.

Hierzu bemerkt die sozialistische Saarbrücker „Volksstimme“ u. a.:

Die letzte Gehaltsregelung wurde am 1. April durchgeführt. Den Haushalt des Saargebiets verabschiedete die Regierungskommission in ihrer Sitzung vom 28. April 1926. In diesem Haushalt sind 20 000 000 Fr. Bedarf für Erhöhung der Besoldungen, Vergütungen der Angestellten und Löhne der Arbeitnehmer eingelegt. Als Bedarf für anderweitige Eingruppierung von Beamten treten 3 100 000 Fr. und an Reserve und Ausgleich 2 604 189 Fr. in diesem Haushalt hervor. Die von der Regierungskommission geforderten 21 000 000 Fr. sind also bereits im Haushalt des Jahres 1926 in den Ausgaben vorgesehen. Mitthin ist die Begründung der Regierungskommission abwegig, denn in diesem ausgeglichenen Haushalt sind noch insgesamt 25 704 189 Fr. zur Aufbesserung der Gehaltsbezüge der Beamten und Angestellten sowie der Arbeiter enthalten. Auf Grund dessen ist die Möglichkeit gegeben, Gehälter und Lohnerhöhungen in wünschenswertem Maße durchzuführen. Jedenfalls soll die Regierungskommission ihre Steuervorlagen dem Landesrat gegenüber mit anderen Motiven begründen. Die Begründung wäre dann angängig und richtig, wenn dem Landesrat ein Einfluß auf die Gehalts- und Lohnregelung zugestanden würde. Solange ihm dieser Einfluß nicht eingeräumt wird, soll man auch eine solche Begründung zur Erhöhung der Steuern vermeiden.

Oder will man im Falle einer Ablehnung der Steuervorlagen auch die Gehalts- und Lohnerhöhungen ablehnen und den Landesrat für die Folgen verantwortlich machen? Dies scheint der Zweck der Begründung zu sein.

In der „Saarbrücker Zeitung“ nimmt ein Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse des Saargebiets zu den neuen Steuergesetzentwürfen der Saarregierung in einem längeren Aufsatz Stellung, in welchem er u. a. ausführt:

Der wichtigste Teil der Gründe, die die Regierungskommission für die Erhöhung der Umsatzsteuer vorbringt, ist tatsächlich ihre Bezugnahme auf die „gegenwärtige“ Wirtschaftslage des Saargebietes. Es ist dies zwar nur eine ganz schamhafte Andeutung; sie scheut sich, das Kind beim Namen zu nennen, denn offiziell hat offenbar die Regierungskommission noch keine Kenntnis von dem, was sie innerlich meint, nämlich vom Zusammenbruch der französischen Währung, auf die sie ihr Steuersystem gegen das Anraten des Landesrates und aller Kreise der Bevölkerung aufgebaut hat. Es wird dann die grundlegende Frage erhoben: Ist tatsächlich der Finanzbedarf des Saargebietes so stark, daß er nur mit dem Mittel der Steuererhöhung und insbesondere mit dem

gefährlichen, ungerechte Besteuerungen bringenden Mittel der Umsatzsteuererhöhung gedeckt werden kann? Der Artikelschreiber antwortet hierauf u. a.: Die Ausführungen der Regierungskommission über den Ausgleich, den sie für die Erhöhung ihrer Ausgaben bei den Beamtengehältern usw. haben müsse, können nicht überzeugen. Unzweifelhaft ist, daß eine Erhöhung dieser Ausgaben, eine Erhöhung der Beamtengehälter und der Löhne der Staatsarbeiter usw. erfolgen muß, über diese Frage besteht höchstens mit der Regierungskommission eine Meinungsverschiedenheit wegen der Höhe, indem nämlich die von der Regierungskommission vorgesehene Erhöhung der Gehälter, Pensionen, Löhne usw. für nicht genügend erachtet wird. Aber mit der gegebenen Notwendigkeit zu zahlenmäßig höheren Ausgaben in Franken ist doch noch lange nicht dargetan, daß der Regierungskommission die Gelder dafür nicht zur Verfügung stehen und daß sie nicht andere Mittel als Schaffung neuer Steuerquellen hat, um das Ausgabenmehr zu decken. Zunächst hätte sie doch einmal die Verpflichtung, den Ist-Etat vorzulegen und nachzuweisen, wie sich Einnahmen und Ausgaben gestaltet haben und welche angesammelten Mittel zur Verfügung stehen. Es wäre dabei auch eingehend zu belegen, wie sich die Mehreinnahmen bei allen denjenigen Steuern, die bei der Geldentwertung automatisch steigen, gestalten. Weiter hätte sie darzulegen, ob sie nicht durch Einsparen an anderer Stelle, vor allem durch Abbau der ausländischen Beamten in der Zentralverwaltung erhebliche Mittel freimachen kann. Dann hätte sie weiter offenzulegen, in welchem Umfange durch kaufmännisch gebotene Maßnahmen die Möglichkeit, bei den Ausgaben der Entwertung nachzufolgen, geschaffen worden ist und weiter geschaffen werden kann, mit anderen Worten, es ist Antwort zu geben auf die Frage: Sind die jeweils angesammelten Mittel vor Entwertung geschützt? und kann nicht auf Grund dieser Tatsache allein schon eine Anpassung der Gehälter usw. an die durch die Inflation gestiegene Lebenshaltung ohne weiteres erfolgen? Es muß allerdings bezweifelt werden, ob die Regierungskommission diese kaufmännische Handlungsweise, die zweifellos hätte Pflicht sein müssen, bisher in vollem Umfang ausgeübt hat, denn es ist nicht unbekannt, welche ganz erhebliche Menge Franken einzelnen bevorzugten Bankinstituten als Einlage zugesprochen ist und dort natürlich restlos die Entwertung mitgemacht hat. Und wie steht es schließlich mit den beiden Haupteinnahmeposten der Saarregierung, mit den Beiträgen und Steuern der Grubenverwaltung und mit den Zollerträgen? Daß die vertragliche Regelung der Steuerpflicht der Gruben dem durch das Saarstatut geschaffenen Recht nicht entspricht und die Gruben ungerecht begünstigt, ist schon so oft dargelegt, daß hier nicht näher darauf eingegangen werden muß. Und daß ferner immer noch ungeklärt ist, ob dem Saargebiet restlos die ihm nach dem Saarstatut zustehenden Zollerträge zufallen, ist ebenfalls schon oft dargelegt worden. Was aber hier noch besonders hervorgehoben werden muß, ist die Frage, ob die Zahlung dieser vom französischen Staat abzuführenden Beträge besonders bei den Beiträgen der Gruben immer rechtzeitig erfolgt. Bei dem ganzen Steuersystem des Saargebiets hat man das Prinzip der Gegenwartsbesteuerung durchgeführt, das zweifellos, falls nicht etwa Mängel des Veranlagungsverfahrens eine Verzögerung in der Zahlung der Steuern bringen, grundsätzlich den Staat vor Entwertung der Steuerbeträge, wenn auch nicht in vollem Umfang, schützt. Ist dieser teilweise Schutz bei Entwertung auch bei sämtlichen Zahlungen des französischen Staates gegeben, mit anderen Worten: Erfolgen rechtzeitig und laufend ausreichende Abschlagszahlungen durch den französischen Staat in entsprechender Weise wie sie der Lohnsteuerpflichtige durch die Vorauszahlungen leistet, solange hier nicht restlose Klarlegung erfolgt, sind Zweifel zu erheben, ob bei den Zahlungen des französischen Staates die Rechtzeitigkeit immer gewährleistet ist. Bei der Zollverwaltung scheint zwar nach unverbürgten Nachrichten neuerdings eine regelmäßige Zahlungsweise üblich. Andererseits sind — ebenfalls unverbürgt — Fälle bekannt geworden, wo mit Verzögerung von einem Jahr große Beträge seitens der Grubenverwaltung überwiesen worden sind, Beträge, die infolge der Frankentwertung der Regierungskommission nicht einmal mit 50 Prozent ihres Goldwertes zufließen. Hinsichtlich der Zollverwaltung darf noch besonders

darauf verwiesen werden, daß die Kosten der Erhebung, die bei der Abführung der Erträge von der französischen Zollverwaltung eingezogen werden, eine erträgliche Höhe haben. Es ist richtig, daß in diese Erhebungskosten auch die Ausgaben für die Zolllinie an der Westgrenze des Saargebietes fallen, trotzdem diese Zolllinie lediglich den Interessen Frankreichs dient und Frankreich vor einem etwaigen Schmuggel von Waren, die in Frankreich dem Monopol unterliegen, bewahren soll.

Auf alle diese Fragen hat u. E. die Regierungskommission zuerst Antwort zu geben, ehe sie verlangen kann, daß man ernsthaft das Problem erörtert, ob neue Steuerquellen zu schaffen sind und ob daher insbesondere auch die vielleicht für einen späteren Zeitpunkt unvermeidbare stärkere Heranziehung der Umsatzbesteuerung als Notausfallsmittel in den Kauf genommen werden kann.

Und dann noch ein sehr wichtiges: Für eine stärkere Heranziehung der Umsatzbesteuerung als Übergangslösung muß Voraussetzung sein, daß man nun wirklich ernsthaft weiß: Wohin steuert der Kurs und wann kommt das Ende der Übergangszeit? Es wäre völlig untragbar, diese Ausfallsmagnahmen ins Blaue hinein und für unabsehbare Zeit zu treffen. Von der Regierungskommission muß daher verlangt werden, daß sie in dem Augenblick, wo sie die Maßnahmen fordert, klar und offen sagt, sie wolle das gesamte Steuerwesen von einem bestimmten Zeitpunkt an auf die Wertbeständigkeit stellen, und daß sie die Richtlinien dafür in großen Zügen bereits festlegt. Nur dann kann u. E. die gefährliche und grobe Form der Umsatzbesteuerung der Bevölkerung zugemutet werden. Wie steht es in dieser Beziehung mit der von den verschiedensten Teilen der Bevölkerung geforderten Vorbereitung der Währungsumstellung? Die Regierungskommission müsse hier schleunigst handeln und das ihr vorgeschlagene Gremium von Sachverständigen zusammenrufen. Diese Sachverständigen wären dann auch berufen, zu prüfen, ob und in welchem Umfange von der Übergangslösung der Belastung des Umlages Gebrauch gemacht werden kann.

Der Artikel behandelt dann die einzelnen in den Gesetzentwürfen der Saarregierung vorgesehenen Steuererhöhungen, wobei er zu einer Verwerfung dieser Erhöhungen kommt, die als unzumutbar, ungerecht und unangemessen nachgewiesen werden. Von allgemeinerer Bedeutung sind die Ausführungen über die geplante Einführung eines Devisenumsatzstempels in das Reichsstempelgesetz.

Nach den bisherigen Vorschriften war Stempelpflichtig nur ein Umsatz in ausländischen Banknoten, ausländischem Papiergeld oder ausländischen Geldsorten, stempelfrei aber war das Geldwechselgeschäft. Diese Befreiung soll wegfallen, so daß alle Geldwechselgeschäfte einem Stempel von $\frac{1}{100}$ % unterliegen sollen. Ferner sollen einem Stempel von $\frac{1}{100}$ % die Anschaffungsgeschäfte über sonstige ausländische Zahlungsmittel (Devisen im engeren Sinne) unterworfen werden. Man muß sich vorstellen, was diese Maßnahme für das Saargebiet bedeutet, wo die ganze Bevölkerung nahezu restlos dazu übergegangen ist, in Gold zu rechnen, wo infolge des Versagens der Bank von Frankreich nur wertbeständige Kredite zur Verfügung stehen und wo sich daher nahezu jede wirtschaftliche Betätigung notgedrungen in ausländischer Währung abspielt. Eine Belastung des Umlages würde nicht mehr oder weniger sein als eine ganz regelrechte Prämie für alle diejenigen, die infolge besonderer direkten oder indirekten Beziehungen zur Bank von Frankreich noch über Kredite in Franken verfügen und infolgedessen zur Abdeckung gegen Währungsverluste keine Devisengeschäfte nötig haben. Für alle anderen Kreise der Saarwirtschaft, damit aber auch für die gesamte mit ihnen verbundene Bevölkerung würde der Devisenumsatzstempel eine überaus ungerechte Belastung bedeuten, ja den Charakter einer Bestrafung dafür haben, daß sie unter ungeheuren Kosten sich gezwungen sehen, die ihnen aus der aufgezwungenen Frankenwährung entstandenen Verluste durch schwierige Transaktionen in ausländischen Zahlungsmitteln abzudecken, ganz abgesehen von der Belästigung fast des gesamten bankmäßigen Verkehrs mit den zu erfüllenden Stempelformalitäten.

Und eins ist noch festzuhalten: das Saargebiet hat keinerlei Grund, nachdem es von Frankreich so gut wie als Währungsausland behandelt wird, etwa der französischen Regierung zuliebe Maßnahmen gegen die Flucht aus dem Franken zu ergreifen. Wir können eigentlich nicht annehmen, daß sich die Regierungskommission dieses ganzen Zusammenhangs richtig bewußt ist, denn sonst hätte sie unseres Erachtens unterlassen, eine derartige Maßnahme, wie die Einführung des Devisenumsatzstempels ins Auge zu fassen. Ein besonderes Wort ist noch zu sagen über die Besteuerung des Geldwechsels.

Was würde mit der Besteuerung des Geldwechsels erreicht?

Eine Belastung und Belästigung des Publikums und der berufenen Geldwechselstellen, nämlich der Banken, eine Erschwerung des Reiseverkehrs mit dem übrigen Deutschland, eine Erschwerung insbesondere auch des gesamten Grenzverkehrs, eine untragbare Belästigung für die Tausenden von Arbeitern, die außerhalb des Saargebietes wohnen und im Saargebiet ihrer Arbeit nachgehen, kurz ein völlig unmöglicher Zustand.

Abschließend faßt der Verfasser des Artikels in der „Saarbrücker Zeitung“ seine Ansicht über die neuen Steuergesetzesentwürfe der Saarregierung dahin zusammen, daß in erster Linie die Frage des Finanzbedarfs geprüft werden muß, ehe überhaupt über die Zulassung neuer Steuern geredet werden kann. Hinsichtlich der Umsatzsteuer muß daran festgehalten werden, daß nur im alleräußersten Notfalle, d. h. wenn alle andern Mittel erschöpft sind, von diesem Ausfallsmittel für eine zeitlich begrenzte Uebergangszeit Gebrauch gemacht werden darf. Ueber die Frage der Benzin- und Benzolsteuer könnte bei unabwiesbarem Finanzbedarf gesprochen werden. Dasselbe gilt hinsichtlich einer in Gold festzulegenden Fixierung der Feststempel, aber auch der Wertgrenzen und ferner hinsichtlich einer Angleichung des Landesstempelsteuergesetzes an das preußische Stempelsteuergesetz. Ganz abzulehnen ist die Devisenumsatzsteuer und die Erhöhung der Habenzinssteuer. Endlich ist Bedingung für die Erschließung der genannten Quellen, daß nun endlich auch das gesamte Steuerwesen des Saargebietes eine Revision erfährt, und daß die Umstellung auf Wertbeständigkeit sofort in Angriff genommen wird, damit rechtzeitig die Erhebung der Steuern auf der Wertbeständigkeit erfolgen kann. Man unterlasse das Herumdoktern mit kleinen und kleinsten Steuerchen, deren Erhebungskosten auch regelmäßig viel zu hoch sind; man entschieße sich, dem Gebot der Stunde folgend, zu durchgreifenden Maßnahmen.

Wie wiederholt betont, hat die Regierungskommission auch den bisherigen Haushaltsplan des Saargebietes ohne vorheriges Befragen und Mitwirkung des Landesrats zum Beschluß erhoben. Erst zwei Monate später wurde der Landesrat von dem neuen Etat in Kenntnis gesetzt, so daß also der unwürdige Zustand fortbesteht, daß im Völkerbundsgebiet das Volk von der Mitbestimmung seiner Steuerlasten ausgeschlossen bleibt, wie es sonst nur in Kolonien noch der Fall ist. Der alten Forderung nach Vorlegung des Ist-Haushalts, der über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben unterrichtet, ist die Regierungskommission auch noch nicht nachgekommen. Die außerordentliche Bedeutung einer Kontrolle dieses Ist-Haushalts erhellt aus der soeben bekannt werdenden Tatsache, daß trotz der infolge der Frankeninflation ungewöhnlichen Steigerung der Ausgaben die Regierungskommission im vergangenen Etatsjahr einen Einnahmeüberschuß von 41 Millionen Franken erzielt hat. Dieser über 20prozentige Einnahmeüberschuß stellt bei der Geldknappheit im Saargebiet eine sinnlose Belastung der Steuerzahler dar, die um so schärfere Kritik veranlaßt, als die Regierungskommission bei ihrer Vorliebe für Frankreich diese Gelder nicht wertbeständig anlegt hat. So verschleudert die „Treuhandregierung“ planlos die Steuergroschen ihrer „Untertanen.“

Während in dem bisherigen Haushaltsplan für alle Spezial-etats die Bruttogehälter angegeben sind, figuriert der Haushalt der Zölle bezeichnenderweise nur in Netto. Die Einnahmen werden mit 49,2 Mill. Franken angegeben, obwohl sie mindestens 25 Mill. Franken höher sind. Dieser Mehrbetrag, der 35 Prozent der gesamten Zolleinnahmen ausmacht, wird unter stillschweigender Duldung der Regierungskommission von der fran-

zösischen Zollbehörde für Erhebungskosten zurückbehalten, obwohl diese Kosten dreimal (!) so hoch als in Deutschland sind.

Der Etat sieht eine Gesamtbelastung des Saargebietes mit Steuern und Zöllen von 331,36 Mill. Franken vor, von denen die Regierungskommission auf die Grubenverwaltung nur 25,8 Mill. Franken, also rund 7 Prozent umlegt, obwohl der Anteil der Grubenverwaltung an dem Haushalt des Saargebietes nach dem Versailler Vertrag mindestens das Vierfache (!) betragen müßte. Die von der Regierungskommission seit Jahren betriebene vertragswidrige Begünstigung des französischen Fiskus hat naturgemäß zu einer ungeheuerlichen steuerlichen Belastung der Bevölkerung geführt. Die steuerfreie Grenze für Lohnsteuerpflichtige beträgt beispielsweise im Saargebiet nur 110 Franken, d. h. 19 Mark, in Deutschland aber 100 Mark. Die Anpassung des Steuerrechts an dasjenige Frankreichs zeigt sich darin, daß auf die direkten Steuern im Saargebiet 22 Prozent, auf indirekte Steuern 78 Prozent des Steueraufkommens entfallen, während in Deutschland die entsprechenden Zahlen 50,7 bzw. 49,3 Prozent lauten.

★

Der Landesrat fordert Einschreiten des Völkerbundes.

Der Landesrat hat in seiner Sitzung vom 26. Juli mit erfreulicher Einmütigkeit gegen die neuen Steuerprojekte der Regierungskommission Stellung genommen. Er lehnte es überhaupt ab, in eine Einzelberatung der Vorlagen der Regierungskommission einzutreten. Wie von dem Sprecher der Zentrumsfraktion, Abg. Richard Becker, nochmals festgestellt wurde, bezahlt die Saarbevölkerung im Verhältnis zu ihrem Einkommen die höchsten Steuern der Welt, obwohl das Saargebiet keine Staatsschulden habe, keine Kriege führe, keine Rüstungen betreibe und vor allem auch keine Dameslasten zu tragen habe. Verantwortlich macht man für diese Zustände, die den sogenannten „Aktivposten des Völkerbundes“ — wie der englische Völkerbundsdelegierte das Saargebiet einmal nannte — in einem derartigen Lichte erscheinen lassen, die kostspielige, viel zu groß aufgelegte Saarverwaltung, die fortgesetzte vertragswidrige Begünstigung der französischen Saargruben bei ihren Steuerzahlungen, die mangelhafte Verwaltung der Vermögenswerte des Saargebietes und schließlich die verhängnisvolle Inflation des gegen das Votum des Landesrats eingeführten französischen Franken. Hinzu kommt, daß die Regierungskommission ungeachtet ihrer im Saarstatut eindeutig festgelegten Verpflichtung dem Landesrat den tatsächlichen Haushalt (Ist-Haushalt) des Gebiets trotz wiederholter Aufforderung nicht vorgelegt, so daß jede Kontrolle über die Berechnung und Notwendigkeit, — die vom Landesrat einstimmig verneint wird, — der neuen Steuerlasten fehlt.

In welchem Geist die Regierungskommission bei dem Mangel jeder wirksamen Kontrolle durch die Bevölkerung mit ihren Ausgaben verfährt, dafür ist das heute von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann angeführte Beispiel typisch, demzufolge die Regierungskommission trotz erheblichen Defizits der Saarbahnen selbst französische Offiziere der Rheinarmee Freifahrtsscheine auf dem Saarnetz gewährt. Um das Saargebiet angesichts der Frankentatastrophe aus seiner mißlichen Lage zu retten, wurde vom Landesrat unverzügliches Einschreiten des Völkerbundes gefordert, wobei auf § 19 des Völkerbundsstatuts verwiesen wurde, der bestimmt, daß unhaltbare Zustände vor den Völkerbund gebracht und deren Abhilfe von ihm beschlossen werden kann. Die Sorge der Regierungskommission für eine stabile Währung und die möglichst baldige Rückkehr des Saargebietes zur deutschen Reichswährung und zum deutschen Zollgebiet bildeten die dringendsten Forderungen des Landesrats. Der sozialdemokratische Sprecher erklärte, entweder solle man die unerträgliche Belastung der Bevölkerung mit

Steuern und Abgaben auf ein vernünftiges Maß verringern oder den Konkurs anmelden. Es sei nunmehr Zeit, daß sich Frankreich mit Deutschland über den Rückkauf der Saargruben einige und das Saargebiet nach Beseitigung dieses größten Hindernisses baldmöglichst zu Deutschland zurückkehre.

★

Die Währungskrise in Frankreich und ihre Entwicklung für das Saargebiet

bespricht die „Saarbrücker Zeitung“ in einem längeren „Inflationsfieber“ überschriebenen Aufsatz.

In der Einleitung stellt sie fest, daß das Frankreich von 1918 sich lange gegen die Erkenntnis seiner finanziellen Schwäche gestraubt und sich über die Last seiner Schulden, die Erschütterung seiner Währung, mit schönen Worten hinweggetröstet habe. Noch vor wenigen Monaten habe die Währungsfrage für die breite Masse des französischen Volkes nur eine untergeordnete Bedeutung gehabt, der Glaube an die wirtschaftliche Kraft des „siegreichen“ Frankreich sei stärker, als die drohenden Vorzeichen der Inflation. Die Hoffnung auf Besserung des Frankenkurses habe die wirtschaftlichen Wirkungen des Währungsniederganges aufgehoben und erst der letzte große Kurssturz habe die Masse des französischen Volkes aus dieser Gleichgültigkeit gerüttelt. Die politische Lage sei zurzeit noch dunkel und ungeklärt.

Die Gefahr der Entwicklung, die der erste Weg zur Umwandlung von Papierkapital in wertbeständiges Kapital bringe, werde immer mehr erkannt. In den Straßen von Paris wiederhole sich das bekannte Bild der Inflationsbetriebe. Banken werden gestürmt, Tausende drängen sich in die Läden und jeder suche angstvoll seinen Besitz zu sichern. Erscheinungen, die wir in Deutschland auch erlebt, glücklicherweise aber schon fast vergessen haben.

Für das Saargebiet habe diese Entwicklung der Dinge in Frankreich ebenfalls ihre Konsequenzen. Auch das Wirtschaftsleben fühle den Rhythmus der Inflation. Allerdings werden die Reibungen der Umstellung auf die Wertbeständigkeit hier geringer sein als in Frankreich, da hier der größte Teil des Zahlungsverkehrs bereits auf der Goldbasis erfolgt. Schwierigkeiten werden hier nur bei der Anpassung der Preisbildung an die Preisbildung in Frankreich entstehen. Besonders der Handel und das Kleingewerbe, das mit Papierfrankenzahlungen rechnen muß, sehen sich durch die schnelle Steigerung der französischen Erzeugerpreise und den Uebergang zur Goldrechnung Substanzverlusten ausgesetzt. Soweit diese Wirtschaftskreise noch mit Waren arbeiten, die langfristig zu bezahlen sind, bleibt der Substanzverlust gering und eine Wahrung des richtigen Verhältnisses zwischen Kaufkraft und Preisbildung möglich. Unerträglich aber werden diese Verluste dann, wenn der ganze Warenverkehr auf der Grundlage der neuen Zahlungsbedingungen erfolgt. So groß, wie Pessimisten sie darstellen, werden diese Schädigungen zwar auch dann nicht werden, denn der innere Wert der französischen Währung und die französische Finanzkraft ziehen der Abwärtsbewegung des Franken eine verhältnismäßig enge Genze. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung wird sich die Kammer schließlich auch zu einer Abwehraktion aufrufen müssen. Aber das Saargebiet hat eine Inflation bereits hinter sich, und darum wirken derartige Verluste doppelt empfindlich. Aufgabe der Regierungskommission wird es sein, die Mittel zur Verhütung dieser Inflationswirkungen zu finden, Aufgabe der Wirtschaft und der Bevölkerung ist es, durch Besonnenheit und gegenseitiges Nachgeben die seelischen Erschütterungen dieser Inflation vom Saargebiet fernzuhalten. Die Einigkeit macht auch in diesem Falle stark.

★

Saargebiet und Zollhoheit.

Verurteilung der französischen Zollverwaltung wegen Erhebung der französischen Einfuhrumsatzsteuer im Saargebiet durch das Amtsgericht Saarbrücken.

Die Handelskammer in Saarbrücken teilt mit: Nachdem Reichsfinanzrat Dr. Scholz bereits in seinem der Handelskammer erstatteten Rechtsgutachten überzeugend dar-

geant hat, daß die Erhebung der französischen Einfuhrumsatzsteuer im Saargebiet jeder rechtlichen Grundlage entbehrt, hat nun auch das Amtsgericht Saarbrücken in einem unter dem 13. Juli ergangenen Urteil in gleichem Sinne entschieden. Bei dem der Entscheidung zugrundeliegenden Falle handelte es sich um die französische erhöhte Einfuhrumsatzsteuer, die sogenannte Luxussteuer, die für einen privat aus dem Reiche bezogenen Zimmerturnapparat von der französischen Zollverwaltung erhoben wurde. Da derartige Gegenstände nach saarländischem Recht nicht luxussteuerpflichtig sind, reichte der Bezieher des Apparates gegen die französische Zollverwaltung Klage ein. Das Gericht gab dieser Klage in vollem Umfange statt und verurteilte die französische Zollverwaltung zur Zahlung des von ihr zu Unrecht erhobenen Steuerbetrages nebst 5 Prozent Zinsen sowie zu den Kosten des Rechtsstreites. Aus den Gründen dürften nachstehende Ausführungen von allgemeinem Interesse sein:

Die Beklagte trägt vor, daß die bei der Einfuhr auf Grund des französischen Gesetzes vom 25. Juni 1920 zu erhebende „Tage“ — das Gesetz sagt „impôt“ — der Verwaltung der Zölle zur Einziehung übertragen worden sei und demnach „im wesentlichen dem französischen Zollsystem anhafte, sogar einen integrierenden Bestandteil desselben ausmache“. So habe es auch die Regierungskommission aufgefacht.

Auch das Gericht ist der Auffassung, daß der französische „impôt sur le chiffre des affaires“ dem französischen Zollsystem anhafte, weil in Artikel 72 des französischen Gesetzes vom 25. 6. 1920 dieses so bestimmt ist (les instances seront instruites et jugées comme en matière de douane et par les tribunaux compétents en cette matière); dieser Gesetzeswortlaut beweist aber auch ganz unzweideutig, daß dieses Steuer-gesetz kein „integrierender Bestandteil“ des Zollsystems ist, wie es die Beklagte behauptet. Infolgedessen ist die Schlussfolgerung, daß dieses französische Gesetz ein Zollgesetz geworden und deshalb im Saargebiet anzuwenden sei, irrig. Dieses Gesetz ist ein Steuergesetz geblieben und seine Anwendung im Saargebiet widerspricht dem Geist und dem Wortlaut des § 26 des Saarstatuts, wie es auch der Kläger in überzeugender Weise ausgeführt hat.

Wäre die Auffassung der Beklagten richtig, dann wäre es theoretisch möglich, jedes Steuergesetz der französischen Republik dadurch, daß der französische Gesetzgeber die Erhebung der Steuer „comme en matière de douane“ verfügte, zum für das Saargebiet verbindlichen Zollgesetz zu machen. Das würde aber mit dem Friedensvertrag (Saarstatut § 26) unvereinbar sein. Es darf ferner kein saarländisches Gesetz, wie Scholz in seinem Gutachten hervorhebt, die Erhebung einer Steuer den Organen des französischen Staates übertragen (Abs. 1 des § 26). Das französische Einfuhrumsatzsteuergesetz gilt also im Saargebiet nicht; es haftet daher für das Saargebiet auch nicht dem Zollsystem an, wie es für Frankreich vorgeschrieben ist, und es ist demnach nicht die Zollkammer, sondern das Amtsgericht zur Entscheidung dieses Rechtsstreites zuständig. Die Beklagte hatte abgesonderte Verhandlung über die Einrede der Unzuständigkeit beantragt (siehe Absatz 3 des § 504 CPD.). Diesem Antrag zu entsprechen, ist das Gericht nicht in der Lage, weil der Rechtsstreit zur Entscheidung reif ist (§ 300 CPD.).

Weil das französische Gesetz vom 25. Juni 1920 nicht anwendbar ist, so sind die 100 Franken Luxussteuer vom Kläger ohne Rechtsgrund gezahlt worden; er kann die Herauszahlung einer gleichen Summe nebst den Zinsen nach §§ 813, 818 BGB. daher verlangen.

Es ist bei diesem Urteil besonders zu beachten, daß es sich nicht etwa nur auf die Erhebung der erhöhten Einfuhrumsatzsteuer, der sogenannten Luxussteuer, bezieht, sondern ganz allgemein die Frage der Rechtsgültigkeit der Erhebung der französischen Einfuhrumsatzsteuer im Saargebiet untersucht und, wie nicht anders zu erwarten war, diese ohne jede Einschränkung verneint. Die außerordentlich weittragende Bedeutung, die dem Urteil unter diesen Umständen zukommt, bedarf keiner besonderen Betonung.

Die Saarregierung auf Schleichwegen.

Politische Eingemeindungsabsichten der Regierungskommission?

J. G. Saarlouis, den 22. Juli.

Noch sind die Gerüchte über die event. zwangsweise betriebene Eingemeindung Lisdorfs mit Saarlouis nicht verstummt, da tauchen schon wieder, vorläufig in noch etwas nebelhafter Verschleierung, neue Absichten der Regierungskommission des Saargebiets am politischen Himmel auf. Wie wir zuverlässig wissen, plant die Saarregierung in absehbarer Zeit die Gemeinden Wallerfangen, Beaumarais, Picard und Lisdorf mit Saarlouis zu einer Kommune zu vereinigen.

Zum Verständnis dieses Vorhabens sei kurz auf folgendes hingewiesen, das auch aus der unten stehenden Karte ersichtlich ist. Die 4 zur Eingemeindung vorgesehenen Gemeinden liegen zunächst einmal alle auf dem linken Saarufer und sind gerade in dem letzten Jahrzehnt durch viele Neubauten sehr nahe an Saarlouis herangerückt. Das geopolitische Bild ist so, daß durch diese Bauten in absehbarer Zeit ein zusammenhängendes Ganzes geformt wird. Sodann bilden diese Gemeinden einen natürlichen Bezirk, dessen peripherische Kräfte möglicherweise im Gegensatz zu dem Zentrum Saarlouis stehen oder durch allerlei Machinationen in Gegensatz gebracht werden könnten.

Bei solcher Erwägung stoßen wir auf politische Absichten der Regierungskommission. Bekanntlich soll das Saargebiet im Jahre 1935 zu einer Volksabstimmung aufgerufen werden, die darüber entscheidet, wie die endgültige staatliche Rechtsordnung für das Saargebiet festgelegt wird. Diese Abstimmung findet nach dem § 34 Satz 2 des Saarstatuts gemeinde- oder bezirksweise statt. In den Bestimmungen des Saarstatuts ist nicht gesagt, wer den Aufruf zur Abstimmung im Saargebiet vornimmt: Die Vollversammlung des Völkerbundes oder der Rat. Aus dem § 34 Satz 4 kann jedoch geschlossen werden, daß der Völkerbundsrat dazu berufen sein wird. Er hat auch dafür Sorge zu tragen, daß die Abstimmung geheim, frei und unbeeinflusst vor sich geht.

Der Rat wird die Abstimmung gemeinde- oder bezirksweise festsetzen. Wir sind im Gegensatz zu Andres (Grundlagen des Rechts im Saargebiet) der Auffassung, daß mit dieser Wendung nicht eine nur gemeinde- oder nur bezirksweise Abstimmung beabsichtigt ist, sondern daß sehr wohl die Möglichkeit vorliegt, beide Abstimmungsarten miteinander zu verbinden, d. h. also: Der Rat kann im Hinblick auf die Wünsche Frankreichs einen natür-

lichen Bezirk zerschneiden und die Abstimmung auf der einen Seite nach Gemeinden, auf der anderen Seite nach dem restgebliebenen Bezirksstück vornehmen lassen. In dem Worte „oder“ liegt unseres Erachtens die Wahlmöglichkeit des Rates, aber nicht ein „entweder — oder“. Zweifellos hat der Rat die Befugnis, Bezirke nach eigenem Gutdünken zu bilden, ohne sich an bestehende Verwaltungseinteilungen halten zu müssen.

Einen solchen Bezirk will offenbar die Regierungskommission jetzt schon schaffen, um womöglich später den Rat vor vollendete Tatsachen zu stellen. Diese Bezirkschaffung hat ohne Zweifel französischen Ursprung. Genau wie Frankreich in außenpolitischer Hinsicht am Rhein betrachten die französischen Kräfte in der Saarregierung einen Fluß, in diesem Fall die Saar, als Grenze der nationalen bzw. der Eingemeindungspolitik. Denn Fraulautern, das rechtsaarsisch liegt und doch sicherlich Saarlouis näher steht, als z. B. Wallerfangen oder Picard, ist in dem Plan nicht vorgesehen zur Eingemeindung. Warum wohl nicht?

Die Möglichkeiten bei der Abstimmung sind doch die, daß die Peripheriegemeinden unter Aufbietung aller französischen Kräfte und Propaganda im Gegensatz zum Zentrum Saarlouis, wenn nicht für den Anschluß an Frankreich, so doch immerhin für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes ihre Stimme geben können, so daß also die Kommune gespalten wäre. Rechnet man außerdem mit noch einigen Stimmen für Frankreich — man steige uns wegen dieser Annahme nicht, in der Politik gibt es immer Ueberraschungen — so ergibt sich zum mindesten eine große Stimmenzersplitterung, die das politische Einheitsbild des Bezirkes Saarlouis und seiner peripherischen Kräfte gewaltig zerschneidet. Die einheitliche national-deutsche Linie wäre durchbrochen, je nach dem Ergebnis sogar voll oder zum großen Teil aufgerollt.

Für diesen Fall wäre das französische Ziel erreicht. Im § 35 des Saarstatuts heißt's nämlich:

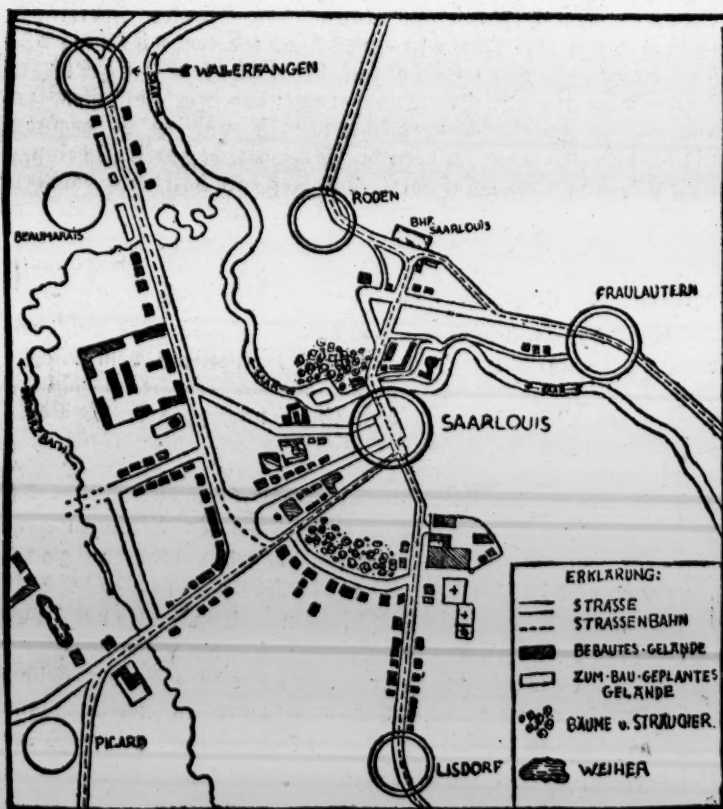
„Der Völkerbund entscheidet unter Berücksichtigung des durch die Volksabstimmung ausgedrückten Wunsches darüber, unter welche Souveränität das Gebiet tritt.“

Man beobachte die vorsichtige Formulierung dieses Paragraphen. Es heißt nicht, daß der Völkerbund sich auf Grund der Abstimmung entscheiden muß, sondern die Entscheidung erfolgt unter Berücksichtigung des Wunsches der Bevölkerung! Was bedeutet diese Berücksichtigung? Der Völkerbund ist sehr wohl in der Lage, auch den Wunsch einer Minderheit des Bezirkes Saarlouis zu berücksichtigen. Von der Verpflichtung, den Wunsch der Mehrheit zu berücksichtigen, ist nirgends die Rede. Die Fassung des Paragraphen ist sehr lauschartig und das Beispiel der oberschlesischen Abstimmung muß uns warnen! Hat Genf in Oberschlesien nicht auch reine deutsche Städte zu Polen geschlagen? Aus wirtschaftlichen Erwägungen! Gibt es für den Bezirk Saarlouis, so wie er von uns gekennzeichnet ist, nicht vielleicht auch solche wirtschaftlichen Erwägungen? Das ganze Hinterland von Saarlouis graviert nach dem Saargau, nach Westen. Ist ferner durch die Bahnlinie Saarlouis—Kreuzwald nicht entgegen der politischen Vernunft, sicherlich aber aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten, ein — wirtschaftliches Bindeglied zwischen Lothringen und dem Bezirk Saarlouis geschaffen worden?

Unter der Voraussetzung, daß Saarlouis selbst zu 95 Prozent deutsch, die Peripherie jedoch zu 50 Prozent für die Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtszustandes oder gar für Vereinigung mit Frankreich aus wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten stimmen würde, wäre die Möglichkeit geschaffen, Saarlouis gegen seinen Willen als im Bezirk Saarlouis liegend vom deutschen Vaterlande loszureißen.

Hier lauert eine Gefahr, der man ins Auge schauen muß.

Was sagt die Regierungskommission dazu?



Das Ergebnis der Kommunalwahlen im Saargebiet.

Die Franzosenliste ganz verschwunden.

„ Von einem guten Kenner der Verhältnisse an der Saar und ruhigen Beobachter der Vorgänge bei den Kommunalwahlen wird uns geschrieben:

Am 11. Juli fanden im ganzen Saargebiet die Gemeinderats- und Kreis- und Bezirkstagswahlen statt. Es ist gut, daß sie vorüber sind. Wahlzeiten sind eben kritische Zeiten. Selbst sonst ruhige Gemüter geraten in solchen Tagen, wenn die Wogen der Wahlbewegung recht hoch gehen, nicht selten in große Aufregung. Das ist nicht nur für den Einzelnen wenig vorteilhaft, sondern kann auch für die politische Arbeit, insbesondere dann, wenn man auf Zusammenarbeiten mit anderen Parteien angewiesen ist, recht nachteilig sein. Meistens plähen die Geister eben derart aufeinander, daß dabei vieles in die Brüche geht. Und wenn man sich nachher den Schaden besieht, dann ist er meistens nur sehr schwer wieder gut zu machen, manchmal auch gar nicht.

Erfreulicherweise ist es im Saargebiet bei dieser Wahl verhältnismäßig gut abgegangen. Wertvolles politisches Porzellan ist kaum zertrümmert worden. Als man anfangs, sich gegenseitig kräftig in die Haare zu geraten, war der Wahltag schon in die allernächste Nähe gerückt, so daß es nicht zu einer schlimmen politischen Kauferei gekommen ist. Allerdings fanden in den letzten Tagen vor der Wahl recht scharfe Auseinandersetzungen statt, auch solche, die sich recht weit von der Sachlichkeit entfernten. Sie wurden durchweg verursacht durch Wahlmanöver kleinerer Gruppen, die die alten Parteien, die die Verantwortung für die bisherige Gemeindepolitik zu tragen hatten, mehrfach in so unsachlicher Weise angriffen, daß diese Angriffe als Wahlschwindel und Demagogie zurückgewiesen werden konnten. Ein gewisses Maß von Sachlichkeit ist jedoch wohl allenthalben eingehalten worden. Hemmungslosigkeiten und gehässige Schärpen, wie sie sonst nicht selten bei Wahlkämpfen in Erscheinung treten, kamen nicht vor. Das ist in erster Linie ein Verdienst der führenden Parteileute und der großen Presse, die sich bewußt blieben, daß die besonderen Verhältnisse an der Saar eine größtmögliche Zurückhaltung — auch in der Abwehr von unberechtigten Vorwürfen — erforderten. Man blieb im großen und ganzen ruhig und sachlich und beschränkte sich im wesentlichen auf eine Rechtfertigung der bisherigen Tätigkeit und auf die Hervorhebung der Programme und der nächsten kommunalpolitischen Ziele. Mit dem politischen Gegner beschäftigte man sich weniger als sonst. Stark betont wurde die Notwendigkeit des Sparens und der Umgestaltung des Steuersystems.

Zur Beruhigung der Wahlarbeit trug auch der Umstand bei, daß jetzt nach dem gebundenen Listensystem gewählt wurde. Die Parteien hatten überall die Leute, auf deren Wahl sie besonderen Wert legten, vorne auf die Liste gesetzt, so daß ihre Wahl gesichert war. Sie sind auch ziemlich reiflos gewählt, bzw. wiedergewählt worden. Bei der vorhergegangenen Wahl, die nach sogenannten freien Listen getätigt werden mußte, weil die Saarregierung hoffte, dadurch die deutschen Parteien schädigen zu können, waren allerhand üble Streichungen und Schiebungen vorgekommen, die sich nur deswegen nicht so nachteilig ausgewirkt haben, weil sie durch vereinbarte Gegenmaßnahmen in etwa ausgeglichen werden konnten. Da aber niemand, auch wenn er der stärksten Partei des Ortes angehörte und Spitzenkandidat der Liste war, die Sicherheit hatte, daß er gewählt wurde — es brauchten ihn nur einige Hund „gute Freunde“ zu streichen, dann fiel er ziemlich sicher durch —

war allenthalben eine große Nervosität festzustellen, wodurch die Wahlbewegung eine sehr gereizte Note bekam. Daß dieses so sehr beunruhigende Moment der freien Listen jetzt fortgefallen war, machte sich wohlthuend bemerkbar.

Zimmerhin war es aber auch jetzt noch eine harte Probe, die bestanden werden mußte, was namentlich dadurch sehr erschwert wurde, daß auch diesmal sich wieder Leute in den Vordergrund drängten, die wenig oder gar kein Verständnis für nationale Werte haben und infolgedessen hierauf auch keinerlei Rücksicht nehmen, wie das bei dem Führer der früheren Haus- und Grundbesitzer-Partei, die sich jetzt „Deutsche Wirtschaftspartei“ nannte, der Fall ist, der ziemlich offensichtlich danach strebt, seinen persönlichen Ehrgeiz und seine Kritiksucht zu befriedigen. Daß dieser Mann, der 1919 nach Saargemünd ging, um Herrn Poincaré zu begrüßen, immer noch eine Rolle im Saarbrücker kommunalpolitischen Leben spielen kann — wenn auch nur eine traurige — und sogar Spitzenkandidat der sich Deutsche Wirtschaftspartei nennenden Haus- und Grundbesitzergruppe werden konnte, ist wohl das Unerfreulichste, was bei dieser Wahlbewegung in Erscheinung trat und sicherlich auch nichts Schmeichelhaftes für die, die mit ihm auf der gleichen Liste standen.

Das Wahlergebnis kann im „Saar-Freund selbstverständlich nur vom überparteilichen und nationalpolitischen Standpunkt aus besprochen werden. In erster Linie interessieren hier auch nur etwaige Verschiebungen, die für die politische Zukunft des Saargebietes von Bedeutung sein können. Für einen Vergleich etwaiger Verschiebungen in den Stärkerelationen der Parteien können nur die in der Stadt Saarbrücken, als freispreier Stadt, und die in den preussischen Kreisen und pfälzischen Bezirksämtern abgegebenen Stimmen in Frage kommen. Die in den einzelnen Gemeinden für die Gemeinderats-Wahllisten abgegebenen Stimmen sind schon deswegen für einen hier interessierenden Vergleich ohne Bedeutung, weil dort nicht selten besondere Bürger- und sonstige Listen eingereicht werden und die Personenfrage mehrfach immer noch eine größere Rolle spielt als die Parteizugehörigkeit. Im allgemeinen hielt sich jedoch auch die Zahl der Sonderlisten wohl unter der in Deutschland sonst üblichen. So wurden z. B. in der Stadt Saarbrücken nur sieben Listen eingereicht, eine Zahl, die für deutsche Verhältnisse nicht besonders hoch genannt werden kann. In vielen anderen Gemeinden war diese Zahl noch niedriger.

Eine gute Uebersicht über das Wahlergebnis und die Verschiebungen der Stimmenverhältnisse gibt folgendes, von der „Saarbrücker Landes-Zeitung“ veröffentlichtes Zahlenbild. (Siehe untenstehende Tabelle.)

Wenn es sich hier bei den Zahlen für die jetzige Wahl auch noch nicht um endgültige amtliche Feststellungen handelt — diese lagen bis zur Stunde, wo dieses geschrieben wurde, noch nicht vor —, so lassen die mitgeteilten — für die Jahre 1923 und 1924 sind es amtliche Zahlen — doch bereits ein ziemlich zuverlässiges Urteil über das Gesamtergebnis zu, insbesondere weil auch die Stimmenzahlen für 1926 der Wirklichkeit sehr nahe kommen werden. Sie zeigen auch, daß die Wahlbeteiligung gegenüber der von 1924 etwas zurückgeblieben ist; denn für die genannten Parteien sind insgesamt abgegeben worden:

Jahr:	1923	1924	1926
Stimmenzahl:	225 175	243 932	238 267

Zahl der Wähler bei den Kreistagswahlen am 8. Juli 1923, den Landesratswahlen am 27. Januar 1924 und den Kreistagswahlen am 11. Juli 1926.

Stadt bzw. Kreis bzw. Bezirk	Zentrum			Deutsch-Saarländische Volkspartei (Liberaler Volkspartei und Demokraten)			Sozialdemokraten			Kommunisten			Haus- und Grund- besitzer-Partei, jetzt Deutsche Wirt- schaftspartei			Saarbund		Deutsch- nationale Volks- partei	
	1923	1924	1926	1923	1924	1926	1923	1924	1926	1923	1924	1926	1923	1924	1926	1924	1926	1923	1926
Saarbrücken (Stadt)	10 839	10 943	10 391	8 931	10 257	5 249	7 602	7 863	7 932	2 726	5 921	4 826	3 831	2 887	3 779	892	—	1 852	3 304
Saarbrücken (Landkr.)	25 027	24 992	25 736	12 739	11 632	9 304	14 591	13 829	16 040	8 251	11 813	13 412	—	1 843	2 321	2 225	—	—	1 688
Saarlouis (Kreis)	20 866	23 224	21 837	1 580	3 392	6 371	7 863	5 641	6 680	3 730	8 416	7 414	2 924	833	2 589	1 446	—	—	—
Merzig (Kreis)	5 911	6 956	4 868	—	790	—	2 437	1 358	2 497	—	—	2 206	—	352	604	178	—	—	—
Ottweiler (Kreis)	21 303	20 240	18 049	6 717	5 854	2 962	10 926	10 670	9 938	3 947	7 739	7 837	—	2 825	2 803	1 311	—	—	1 120
St. Wendel (Kreis)	5 887	6 305	4 607	—	428	2 088	1 867	1 519	1 291	373	831	2 448	—	552	1 167	390	—	—	—
St. Ingbert	11 878	10 358	9 891	2 471	1 807	2 477	3 467	2 594	3 807	756	2 248	1 731	—	564	1 103	519	—	—	—
Homburg	5 484	5 484	5 860	4 745	3 411	2 792	3 557	3 153	4 154	—	1 061	—	—	530	545	138	—	—	1 008
Gesamtwählerzahl der Parteien	107 294	108 211	101 399	37 183	37 571	31 263	52 290	46 627	52 234	19 783	40 235	37 688	6 755	10 390	14 911	6 893	—	1 852	7 120
Wählergewinn		+1 016			+388				+5 607		+20 452	+17 885			+8 156				+5208
															+4 521				
Wählerverlust																			
a) zu 1923			— 5 895			— 5 920		— 5 663	— 56										
b) zu 1924			— 6 812			— 6 308						— 2 567					— 6898		

Also gegen 1923 mehr 13 492, gegen 1924 weniger 5665. Die Zahlen zeigen weiter, daß die Landratswahl auf die weniger politisch regbaren Wahlberechtigten größere Anziehungskraft ausübt als die Kommunalwahlen, eine Erscheinung, die nichts Außergewöhnliches darstellt, wenn man die Landratswahl etwa mit den Wahlen zu den einzelnen Landtagen vergleichen will. Das Gesamtbild läßt auch die Verschiebungen erkennen, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Deutsche nationale Volkspartei 1923 nur in Saarbrücken eigene Listen einreichte, 1924 nicht selbständig aufstellte und jetzt außer in Saarbrücken auch in drei preußischen Kreisen und im Bezirksamt Homburg (Pfalz) Listen eingereicht hat.

Daß der „Saarbund“, dieses separatistisch-franzosenfreundliche Gebilde, ganz verschwunden ist, ist das Erfreulichste bei der ganzen Wahl und wird allenthalben mit Genugtuung empfunden. Die bei der Landratswahl 1924 von ihm aufgebrachten 6898 Stimmen sind wohl in der Hauptsache der Wirtschaftspartei zugefallen; denn sie hatte Kandidaten auf ihrer Liste stehen, die den Saarbündlern am meisten zugesagt haben werden. Teilweise sind diese Stimmen — soweit es sich nicht um solche Wähler handelte, die 1924 aus irgendeinem Grunde von ihrer alten Partei abgeirrt waren und jetzt wieder den Weg zu dieser zurückfanden — nach ziemlich weitverbreiteter Ansicht besonders den Flügelparteien, die durchweg als Oppositionsparteien angesehen wurden, zugefallen.

Von Wahlbetrachtungen, die ins Parteipolitische übergreifen, sehen wir hier, wie bereits bemerkt, ab. Solche Erwägungen kann jeder an Hand des Zahlenbildes selber anstellen. Vielleicht darf aber der Ansicht, daß von einer Umschichtung größerer Wählermassen angesichts der Gesamtzahlen wohl nicht geredet werden kann, Ausdruck gegeben werden. Und die Hauptsache ist, daß die eingetretenen kleine-

ren Verschiebungen auf keinen Fall als ein Umschwung zugunsten französischer oder separatistischer Bestrebungen bezeichnet werden können. Im Gegenteil. Die Ablehnung solcher Pläne ist schon vor der Wahl derart deutlich geworden, daß die Franzosenfreunde es gar nicht mehr gewagt haben, mit einer eigenen Liste auf den Plan zu treten. Wahrscheinlich ist das Häuflein der „Unentwegten“ so klein geworden, daß seine Zahl nicht mehr ausreichte, um die für die Einreichung einer Wahlvorschlagsliste erforderlichen Unterschriften zusammenzubringen. Und da sich die Gegensätze zwischen den Parteien, auf die es im Kampfe gegen die Verwelschung in erster Linie ankommt, wohl nicht verschärft haben, ist zu erwarten, daß die gemeinsame Abwehrfront gegen welsche Annahmen und mit dem deutschen Empfinden der Bevölkerung in Widerspruch stehenden Bestrebungen nach wie vor unerschütterlich feststehen wird.

★

Der neue Saarbrücker Stadtrat.

Das amtliche Wahlergebnis.

Abgegeben wurden 36 445 Stimmen, davon waren 22 ungültig. Die Stimmen und Sitze verteilen sich wie folgt:

Zentrum	10 400 Stimmen, 17 Sitze,
Sozialdemokraten	7 937 Stimmen, 13 Sitze,
Deutsch-Saarländ. Volksp.	5 256 Stimmen, 9 Sitze,
Kommunisten	4 823 Stimmen, 8 Sitze,
Deutsche Wirtschaftspartei	3 742 Stimmen, 6 Sitze,
Deutschnationale Volksp.	3 005 Stimmen, 5 Sitze,
Demokraten	1 282 Stimmen, 2 Sitze.

Die Sozialpolitik der Saarregierung unter der Lupe.

Nicht gehaltene Zusicherungen.

Gelegentlich der diesjährigen Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen in Düsseldorf sprach der Vertreter des internationalen Arbeitsamtes in Genf, Dr. Stein, über die deutsche Sozialpolitik. Dabei betonte er, daß die Reform unserer Wirtschaftsordnung, wie sie in der Sozialversicherung verkörpert ist, von Deutschland ausging. „Die deutsche Sozialversicherung steht heute als leuchtendes Beispiel da, und mit Reiz blickt das Ausland auf Deutschlands soziale Rüstung, vor allem auf die deutsche Krankenversicherung.“

Bekanntlich ist das internationale Arbeitsamt eine Einrichtung des Völkerbundes, desselben Völkerbundes, dessen Sozialpolitik an der Saar unter aller Kritik dasteht. Es ist überaus bezeichnend, daß ein Vertreter des internationalen Arbeitsamtes die deutsche Sozialpolitik als leuchtendes Beispiel beleuchtet, während die Sozialpolitik der Saarregierung innerhalb und außerhalb des Saargebiets als die rückständigste bezeichnet wird.

Als die Regierungskommission des Saargebiets die Verwaltung dieses Völkerbundslandes im Frühjahr 1920 übernahm, versprach sie in ihrer Proklamation, daß sie sich mit besonderer Sorgfalt der Interessen der arbeitenden Stände und des sozialen Fortschritts annehmen werde. Leider haben die sechs Jahre ihrer Verwaltungstätigkeit das Gegenteil von dem erbracht, was die Regierungskommission versprochen und was die Bevölkerung von ihr erwartet hatte. Gerade auf dem Gebiete der Sozialpolitik befindet sich das Saargebiet unter der Völkerbundsverwaltung in einem Zustand, wie er rückständiger kaum in einem anderen Land zu verzeichnen ist. Der einst von Herrn Rault angekündigte Sozial- und Arbeiterstaat, in welchem die Sozialrentner, die Unfallrentner, die Kriegsinvaliden usw. regelrecht dem Hunger ausgeliefert sind, ist eine Ankündigung geblieben, die niemals ihre Ausführung fand. Die soziale Fürsorge für die Arbeiterschaft befindet sich auf einem Tiefstand, wie er in einem Völkerbundsland nicht gesucht werden sollte.

Mit dieser Rückständigkeit der saarländischen Sozialversicherung befaßte sich auch die 25. Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes, der in der ersten Juliwoche in Saarbrücken tagte. Unter den zahlreichen Anträgen gelangten zwei Entschließungen von besonderer Bedeutung zur Annahme, die die sozial- und lohnpolitischen Verhältnisse vor allem im Saarbergbau und zugleich die praktische Einstellung des Völkerbundes zu den Fragen des sozialen Fortschritts scharf beleuchten.

Die Beurteilung, die die sozialpolitischen Verhältnisse im Saargebiet durch die Generalversammlung des deutschen Bergarbeiterverbandes erfahren hat, wird übereinstimmend von allen Gewerkschaftsorganisationen und politischen Parteien des Saargebiets geteilt. Man ist sich im Saargebiet vollkommen darüber einig, daß die Schuld an diesen unhaltbaren Zuständen auf sozialpolitischem Gebiet einmal darin liegt, daß die Saarregierung Rücksicht nehmen muß auf den Hauptunternehmer des Saargebiets, den französischen Grubenfiskus, zum andern auf die politischen Bestrebungen Frankreichs an der Saar, die einzelnen Bande, die das Saargebiet mit dem übrigen Deutschland verbanden, restlos zu lösen. Die Lösung der Sozialversicherung des Saargebiets von den Organisationen der sozialen Reichsversicherung und die Schaffung selbständiger Versicherungsorganisationen für das Saargebiet mußten daher die sozialpolitische Katastrophe an der Saar herbeiführen, wie wir sie heute zum Schaden der arbeitenden Bevölkerung feststellen.

★

★ Eine Tagung

des Alten Bergarbeiterverbandes in Saarbrücken.

Anfang Juli hielt der Verband der Bergarbeiter Deutschlands — von den Bergarbeitern in der Regel „Alter Verband“ genannt, weil er die älteste deutsche Bergarbeiterorganisation auf gewerkschaftlicher Grundlage ist — in Saarbrücken seine 25. Generalversammlung ab. Es war das erstemal, daß dieser Verband mit einer Hauptversammlung im Saargebiet tagte. Daß sie jetzt in Saarbrücken stattfand, ist in der Hauptsache wohl darauf zurückzuführen, daß die Leitung des Verbandes mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen wollte, daß sie das kohlenreiche Saargebiet auch jetzt noch als zum Deutschen Reiche gehörend betrachtet. In der Tat zeigt die Abhaltung von Tagungen, wie es jetzt die Altverbändler und kurz vorher die im Gewerkschaftsbund christlicher Bergarbeiter Deutschlands organisierten Bergleute in Saarbrücken getan haben, in aller Klarheit, daß es sich beim Saargebiet trotz seiner internationalen Regierung um einen Teil Deutschlands handelt; denn solche Organisationen halten ihre Hauptversammlungen, an denen Vertreter aus allen Gauen Deutschlands teilnehmen, nicht im Auslande oder in einem abgetrennten und einer fremden staatlichen Regierung unterstehenden Gebiet ab. Des weiteren zeigten diese Tagungen in Saarbrücken, daß es unseren Volksgenossen an der Saar geht, sich wieder Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Es ist noch nicht lange her, daß der französische Einfluß im Saargebiet derart stark war, daß die Abhaltung solcher Veranstaltungen deutscher Organisationen dort einfach ein Ding der Unmöglichkeit war.

Eingeleitet wurde die Tagung durch einen großen Demonstrationzug, der in der Hauptsache ein Protest gegen die schlechten Lohnverhältnisse auf den, dem französischen Staat gehörenden Saargruben und die äußerst rückständige Sozialpolitik im Saargebiet war. Es war schade, daß die zahlreich mitgeführten roten Fahnen dem Zuge ein parteipolitisches Gepräge gaben und dieses, gemeinsam mit sonstigen Vorkommnissen den Anschein erwecken mußte, als wenn es sich hier um eine sozialistische Veranstaltung handele, obgleich der Verband selber parteipolitisch neutral sein will und auf der Saarbrücker Tagung ein Antrag, der die Aufhebung eines Beschlusses der Gießener Generalversammlung im Jahre 1921, in dem gesagt wird, daß der Verband sich gegenüber allen politischen Parteien und religiösen Gemeinschaften völlig unabhängig zu verhalten habe, verlangte, mit 116 gegen 30 Stimmen abgelehnt wurde.

Von den Reden und Verhandlungen interessiert hier vornehmlich das, was mit der politisch-nationalen Zukunft des Saargebietes zusammenhängt; denn die Einstellung dieses Verbandes, der an der Saar ungefähr die gleiche Mitgliederzahl hat wie der Christliche Bergarbeiterverband, ist hierfür von wesentlicher Bedeutung. Und da ist zu sagen, daß in bezug auf die politische Zugehörigkeit des Saargebietes zum Deutschen Reiche keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestanden. Der Verbandsvorsitzende, Herr Hufemann-Bochum, M. d. R., erklärte unter allgemeiner Zustimmung und in Gegenwart mehrerer ausländischer Gäste, daß er wünsche, daß der Zeitpunkt recht bald kommen möge, an dem man allenthalben einsehe, daß es für alle Teile das Beste sei, wenn das Saargebiet endgültig wieder zu Deutschland komme. Noch deutlicher war der Bezirksleiter des Verbandes für das Saargebiet, Herr Schwarz. Er hieß die Vertreter aus allen Teilen Deutschlands willkommen als deutsche Brüder und sagte u. a.: „Wenn man geglaubt hat, durch Grenzstriche im Saargebiet die Herzen zu erobern, so war man auf dem Holzwege.“ Daß es den Franzosen auch sonst nicht gelungen ist — auch nicht durch den „Frankenbogen“ — die Herzen der zum Alten Verbands gehörenden Saarbergleute zu erobern, bewiesen die vielen Klagen und Anklagen, die im Verlauf der Verhandlungen gegen die französische Bergverwaltung und Regierung erhoben wurden. So wurden z. B. folgende Entschlüsse angenommen:

„Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter stellt mit Bedauern fest, daß die Saarbergarbeiter die Nachteile einer zweiten Inflation ertragen müssen. Die gezahlten Frankenhöhne sind zum Leben vollständig unzureichend und entsprechen umgerechnet in Reichsmark der Höhe von 3,50—4,— M. pro Schicht den Löhnen vom Jahre 1890 und den folgenden Jahren. Diese vor mehr als 20 Jahren gezahlten Lohnsätze müssen nachteilige Wirkungen auf die Gesundheit der Bergarbeiter und ihre Familien haben. Die 25. Generalversammlung fordert von der französischen Grubenverwaltung sowie von dem französischen Staat als Arbeitgeber, die Löhne so zu erhöhen, daß sie der Teuerung und Geldentwertung angepaßt sind.“

Die Entschliebung über die sozialpolitischen Verhältnisse lautet:

„Die 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands stellt mit Bedauern fest, daß die sozialpolitischen Verhältnisse des Saargebietes sich in der Nachkriegszeit sehr verschlechtert haben. Die Leistungen aus der Sozial- und Knappschaftsversicherung stellen nurmehr einen geringen Bruchteil dessen dar, was in der Vorkriegszeit und jetzt im Reich aus diesen Versicherungen gewährt wurde und gewährt wird. Die Notlage ist auf Grund dessen in den Kreisen der Sozialrentner und Pensionsempfänger so groß, daß diese zum großen Teil auf Armenunterstützung angewiesen sind. Es ist deshalb eine alsbaldige Erhöhung der Leistungen und eine Reform der Versicherungsgesetze notwendig, damit diese wieder den Reichsgesetzen angepaßt werden. Völlig ungenügend ist auch das öffentliche Fürsorgerecht, das sich keinesfalls dem Reichsfürsorgerecht anpaßt. Die längst veralteten Bestimmungen der Vorkriegszeit haben immer noch Geltung.“

Dasselbe Verhältnis ist beim Arbeits- und Tarifrecht zu verzeichnen. Die fortschrittliche Nachkriegsgesetzgebung des Reiches ist im Saargebiet noch nicht eingeführt, obgleich es die erhebliche Pflicht einer vom Völkerbund ernannten Regierungskommission sein müßte, dies zu tun. Die in der Nachkriegszeit durchgeführte sozial-fortschrittlich eingestellte sozialpolitische Reichsgesetzgebung entspricht voll und ganz den im Teil XIII des Versailler Vertrags festgesetzten

Richtlinien und den von der Internationalen Arbeiterorganisation vertretenen Grundsätzen, die einzuhalten Pflicht der Regierungskommission ist. Dies bestimmt ausdrücklich der Versailler Vertrag, der ferner bestimmt, daß die wohlerworbenen Rechte der Arbeitnehmer auf Pensionen und Renten nicht geschmälert werden sollen.

Die Regierungskommission des Saargebietes und die Reichsregierung sind nach § 24 Abs. 2 des Saarstatuts zum Versailler Vertrag ausdrücklich verpflichtet, diese wohlerworbenen Rechte aufrecht zu erhalten und zu stützen. Die Generalversammlung fordert deshalb mit aller Entschiedenheit, daß die Sozial- und Knappschaftsversicherung des Saargebietes der Versicherung des Reiches angepaßt wird.“

In der Aussprache kam die Unzufriedenheit mit der französischen Bergverwaltung und Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes mehrfach noch erheblich schärfer zum Ausdruck. Ein Vertreter aus Wieselstirchen (Saar) erklärte, daß im Reich mehr für den Arbeiterschutz geschehe als im Saargebiet. Die im Saargebiet geltende Arbeitsordnung sei gleich Null. Das einzige, was sie bisher gebracht habe, sei die Erlaubnis, in der Grube Bier zu trinken. Die französische Bergverwaltung liefere schlechte Materialien (gemeint sind solche zum Schutze der Gesundheit und des Lebens der Bergleute) und treibe Raubbau in den Gruben. Wie es da mit dem Bergarbeiterschutz stehe, könne man sich lebhaft denken.

Beachtenswert ist auch die Einstellung des Verbandes zum „Saarbund“, dieser von den Franzosen für das Saargebiet ins Leben gerufenen Organisation, bei der auch zwei frühere Verbandsbeamte (Krämer und Beder) tätig sind. Von einem Vertreter aus dem Saargebiet wurde hierzu folgender Antrag eingebracht, der einstimmig Annahme fand:

„Die Generalversammlung wolle beschließen, den Vorstand zu beauftragen, bei der preussischen Regierung Schritte zu unternehmen, daß gegen die Grubenbeamten im Saargebiet, die im Saarbund waren, heute aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, vom preussischen Staat fünf Jahre lang bis zu ihrer Pensionierung Goldmark-Wartegeld beziehen und später in den Besitz ihrer Pension gelangen, die vom preussischen Landtag beschlossenen Disziplinarverfahren eingehalten und beschleunigt durchgeführt werden.“

Am Schluß der Tagung dankte ein Vertreter aus dem Saargebiet der Verbandsleitung und den Vertretern aus dem Reich nochmals dafür, daß sie nach Saarbrücken gekommen waren und bat sie, den deutschen Brüdern die Grüße der Arbeiter an der Saar zu übermitteln.

So zeigte auch diese Tagung, daß man an der Saar weit entfernt ist, sich nach Frankreich oder französischen Verhältnissen zu sehnen, sondern lieber heute als morgen wieder mit dem deutschen Vaterlande verbunden sein möchte. Auch den Franzosen, die zunächst hofften, gerade den Teil der Saarbevölkerung, der sich zu dieser Arbeiterorganisationsrichtung bekannte oder ihr zuneigte, für ihre Pläne zu gewinnen — allerdings ohne den erwarteten Erfolg —, werden aus dieser Tagung ersichen haben, daß sie im Saargebiet in politischer Hinsicht alle Hoffnungen fahren lassen können.

★

Bedeutende Konferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes im Saargebiet.

Von Ewald Sommer.

Am 27. Juni hielt der Christliche Metallarbeiter-Verband Deutschlands, Bezirk Saar, eine Konferenz seiner Vertrauensleute ab, die wegen ihrer Bedeutung für das politische, wirtschaftliche und soziale Leben im Saargebiet die größte Beachtung auch im Reich verdient. Der Christliche Metallarbeiterverband ist bekanntlich die stärkste auf christlich-nationaler Grundlage aufgebaute Arbeiterorganisation Deutschlands. An der einen vollen Tag ausfüllenden Konferenz nahmen über 300 Funktionäre des Verbandes aus annähernd 120 Orten des Saargebietes teil. Der Bedeutung der Tagung entsprechend war auch der geschäftsführende Vorsitzende des Verbandes, Herr Schmitz aus Duisburg, in der Konferenz anwesend. Mit erfreulicher Deutlichkeit ging aus dem Verlaufe der Veranstaltung hervor, daß die Arbeiterschaft des Saargebietes sich auf das engste mit dem Reich verbunden fühlt. Dies kam besonders in den Entschliebungen zur Sozialpolitik zum Ausdruck. Im übrigen hielten die durch politische und wirtschaftliche Schranken vom Reich getrennten Hütten-

und Metallarbeiter des Saargebietes ihre Zugehörigkeit zum Reich für so selbstverständlich, daß die ganzen Verhältnisse im Reich selbst als allein maßgebend auch für das Saargebiet bezeichnet wurden.

Dieser Geist der Arbeiterschaft spricht mehr als alle mehr oder minder hochtönenden Entschlüsse übernationaler Belange. Wäre dieser Geist der Arbeiterschaft in den Jahren 1919 und 1920 bei allen Trägern der Wirtschaft im Saargebiet vorhanden gewesen, lägen die politischen Dinge wohl ganz anders im Saargebiet, als es heute der Fall ist. Angesichts aber der unter der Arbeiterschaft bestehenden Einstellung kann man im Reich mit Zuversicht die über kurz oder lang stattfindende Rückkehr des Saargebietes zum alten Vaterlande als selbstverständlich betrachten. Diese Haltung hinderte selbstverständlich weder Führer noch Kongreßteilnehmer, dort Kritik zu üben, wo sie nach Auffassung der Arbeiterschaft auch bei verschiedenen Handlungen gewisser Reichsstellen geübt werden muß. Der von dem Führer des Verbandes im Saargebiet, Bezirksleiter Pich, erstattete Geschäftsbericht entrollte allerdings ein trübes Bild der wirtschaftlichen, arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Lage der deutschen Arbeitnehmer im Saargebiet. Als geradezu erschreckend müssen die Ausführungen über die Lohnverhältnisse besonders in Bergbau und Schwerindustrie bezeichnet werden. Verdient doch heute in der Schwerindustrie ein gelernter Facharbeiter einen tariflichen Stundenlohn von Fr. 2,88. Auch die bei angestrengtester Arbeit verdienten Akkordlöhne erreichen pro Stunde kaum eine Höhe von Fr. 3,50 bis 4. Noch schlimmer sind die ungelerten Arbeiter bezahlt, die sich mit einem tariflichen Stundenlohn von Fr. 2,62 abfinden müssen, währenddem der volljährige Hilfsarbeiter bloß Fr. 2,43 tariflichen Stundenlohn erhält. Es konnte nachgewiesen werden, daß seit Mai 1925 die Teuerungsziffer um 40 Prozent und der damals schon unzureichende Lohn nur um 20 Prozent gestiegen ist.

Auch im Bergbau liegen die Verhältnisse nicht günstiger. Der Hauerdurchschnittslohn beträgt heute pro Schicht Fr. 31,85, der Lohn eines gelernten Handwerkers im Bergbau pro Schicht Fr. 29,50. Wenn auch die Löhne in den sogenannten freien Berufen (Baugewerbe, handwerksmäßige Betriebe usw.) etwas höher sind, so entsprechen auch diese immer noch nicht den im Saargebiet bestehenden Teuerungsverhältnissen, die höher sind, als in Frankreich selbst. Bittere Klage wurde geführt, daß die Regierungskommission diesen Dingen vollständig gleichgültig gegenübersteht. Ebenfalls dem Ausbau eines vernünftigen Schlichtungswesens, Tarifrechtes, Erwerbslosenversicherung usw. nicht die geringste Aufmerksamkeit schenkt. Es wurde die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die neue Regierungskommission dem aus dem Reich herbeigerufenen neuen Leiter der Sozialversicherung, Herrn Ministerialdirektor Dr. Thyssen, keine Schwierigkeiten macht bei Abänderung dieser unhaltbaren Zustände.

Auf dem Gebiete des Lohnwesens wurde besonders stark kritisiert, daß wohl die deutsche Reichsregierung, wie dies auch von der gesamten Arbeiterschaft als durchaus richtig anerkannt wird, Zollstundungen der Industrie des Saargebietes zugestimmt hat, ohne aber dabei zu verlangen, daß der deutschen Arbeiterschaft des Saargebietes möglichst einigermaßen auskömmliche Löhne gezahlt werden. Es wird Sache der zuständigen Reichsstelle sein, diesen Wunsch der Hütten- und Metallarbeiterschaft des Saargebietes nicht unberücksichtigt zu lassen. Daß die Dinge so wie bisher nicht weitergehen können, hat der Verlauf dieser Konferenz mit aller Deutlichkeit gezeigt.

Sind schon die Verhältnisse auf arbeitsrechtlichem und besonders lohnpolitischem Gebiete trostlos, so müssen die Zustände auf sozialpolitischem Gebiete ohne Uebertreibung als katastrophal bezeichnet werden. Wohl wurde in der letzten Zeit die Leistung der Krankenversicherung erhöht, die neue Inflation des französischen Franken hat aber auch diese Verbesserung zunichte gemacht. Von den Unfallrentnern prägte Herr Pich den Satz, „daß diese sich bei den heutigen Renten freiwillig aufhängen müssen, um nicht zu verhungern.“ Dasselbe gilt für die Pensionäre, Witwen und Waisen der Hüttenknappschaftsvereine, die sich mit geradezu kümmerlichen Pensionen durchbetteeln müssen. Bei den übrigen Sozialrentnern liegen die Dinge nicht besser. Wenn man bedenkt, daß z. B. das Deutsche Reich seinen Staatszuschuß zu den Invaliden-

renten auf 72 G.M. erhöht hat (das sind ungefähr 600 Fr.), während im Saargebiet nur 125 Fr. von der Regierung gezahlt werden, so sagen diese Zahlen mehr als Worte. Es ist daher verständlich, wenn die verschiedenen sich an der Aussprache beteiligenden Vertrauensleute in der schärfsten Weise ebenfalls diese Zustände geißelten. Allgemein war der Wunsch, — zurück zum Reich!

In einer Reihe von Entschlüssen legte die Konferenz ihre Forderungen nieder. Daß angesichts der unzureichenden Verdienste und des momentan nicht ungünstigen Standes der Saarwirtschaft die Forderung nach höheren Löhnen erhoben wurde, ist selbstverständlich. Ein Zusatz zu dieser Entschlüsse in der Lohnfrage, der aus Versehen nicht in der saarländischen Tagespresse, die ausführlich über diese Konferenz berichtete, erschien, verlangte, daß das Deutsche Reich der Saarwirtschaft die Zölle weiter stundet, aber auch von der Industrie Zusicherungen auf lohnpolitischem Gebiet für die Arbeiterschaft verlangte.

Diese Forderungen wurden alle in ruhiger, sachlicher aber entschiedener Weise vorgebracht, so daß es an dem saarländischen Unternehmertum liegt, die gebotene Friedenshand zu ergreifen. Dasselbe gilt für die Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet. Hier stellt die Konferenz sorgfältig abgewogene Forderungen auf, die sich die neue Regierungskommission als Richtschnur für ihre Arbeit auf sozialpolitischem Gebiete nehmen sollte. Mit Zug und Recht kann man sagen, diese Forderungen kommen zur rechten Stunde, mögen sie nicht ungehört verhallen.

Schon allein die Zahl der Resolutionen zeigt, wie rückständig das Saargebiet heute sozialpolitisch dasteht. Mitbestimmungsrecht der Versicherten und ihrer Organisationen werden von den Hüttenknappschaftsvereinen verlangt. Erhöhung der Hinterbliebenenrenten, Einführung der Familienversicherung, Umstellung und Erhöhung der Invalidenrenten. In der Unfallversicherung Beseitigung der veralteten, im Reich längst abgeschafften Dreiteilungsgrenze, Anerkennung der Berufskrankheiten in der Unfallversicherung. Kurz und gut, eine Menge Wünsche mußten geäußert werden, die der Arbeiterschaft im Reich schon längst erfüllt sind. Als Quintessenz aller sozialen Forderungen wurde erneut der Satz aufgestellt: „Daß die Sozialversicherung des Saargebietes analog derjenigen im übrigen Deutschland ausgebaut wird, also alle Nachkriegsgesetze des Reiches in der Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Knappschafts- und Erwerbslosenversicherung alsbald für das Saargebiet unternommen werden und der Wiederanschluß an die Versicherungsträger im Reich mit möglichster Beschleunigung durchgeführt wird.“

Konnte der geschäftsführende Vorsitzende des Verbandes in seinen Ausführungen die Zustände des Saargebietes in seinen Ausführungen nur auf das tiefste bedauern und die Arbeiterschaft auf den Weg der Selbsthilfe verweisen, so war es ihm andererseits eine Freude, die zielklare Haltung der Verbandsmitglieder auf wirtschaftlichem und nationalem Gebiete lobend anerkennen zu können.

Mit aller Deutlichkeit hat diese bedeutsame Konferenz den Abgrund gezeigt, an dem heute die deutsche Arbeiterschaft des Saargebietes durch die geradezu wahnwitzigen Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles und die Auslegungen derselben, die diese bisher von der Regierungskommission erfuhren, geführt hat. Gewiß leiden alle Bevölkerungskreise des Saargebietes unter den heutigen Zuständen. Mit am meisten aber eine Arbeiterschaft, die, schon allein im Hinblick auf ihre muster-gültige nationale Haltung in schweren Zeiten, ein anderes Los verdient hätte. Das Reich wird an diesen Dingen nicht achtlos vorbeigehen können.

★

Sozialdemokratie und Sozialpolitik im Saargebiet. Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschland für den Bezirk obere Rheinprovinz nahm eine von den Saarbelegierten beantragte Entschlüsse einstimmig an, in der der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß, soweit die staatsrechtlichen Verhältnisse des Saargebietes dem nicht im Wege stehen, von den Reichs- und Staatsbehörden alles geschieht, um die empörend rückständige Sozialpolitik des Saargebietes zu heben. In der Entschlüsse wird darauf hingewiesen, daß der Vertrag von Versailles der Arbeiterschaft des Saargebietes das Recht zusichert, in keiner Hinsicht bezüglich ihrer sozialen Ver-

Sprache schlechter gestellt zu sein als die Arbeiterschaft des übrigen Deutschland. In der Entschliebung wird ferner der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu ernennende deutsche Völkerbundsvertreter auch das nötige soziale Verständnis für die Besserung der im Saargebiet unter der bisherigen Völkerbundsverwaltung vernachlässigten Sozialpolitik mitbringt. Im übrigen wird zum Ausdruck gebracht, daß die Sozialdemokratie die baldige Herbeiführung des Tages der Wiedervereinigung mit ihren saarländischen Arbeitsbrüdern ersehnt.

Kleine politische Umschau.

Die „Neutralität“ der Saarregierung am französischen Nationalfest.

Am französischen Nationalfeiertag veranstaltete das französische Militär in Saarbrücken wieder die übliche Parade. Dem Brauch Kautls folgend, der im Zeichen seiner Würden die Parade abzunehmen pflegte, war auch der neue Präsident, der Kanadier Stephens, amtlich zu dem militärischen Schauspiel erschienen. Demokratie und Militarismus fanden so ihre Verkörperung. Natürlich fehlten die übrigen Mitglieder der Regierungskommission, die Herren Morize, Lambert und Bezenky, die sich in dem Mehrheitsbeschuß für die dauernde Belassung der französischen Truppen im Saargebiet zusammengefunden haben, nicht, um der französisch-nationalen Kundgebung als Völkerbundsvertreter die höhere Weihe amtlicher Regierungsvertretung der „Garnison Heimat“ zu geben. Lediglich das saarländische Reg.-Mitglied, Herr Rossmann, blieb der Veranstaltung fern.

Die „Saarbrücker Landeszeitung“ bemerkt zu der eigenartigen Auffassung der Saarregierung, über ihre Neutralitätspflicht u. a.: Daß Herr Morize dabei war, wird ihm als Franzosen kein Saarländer verdenken. Man hat sich hier nachgerade auch daran gewöhnt, die Herren Lambert und Bezenky im französischen Schlepptau zu sehen. Daß aber auch der Präsident, Herr Stephens, sich bewogen fühlte, die Parade mit seiner Gegenwart zu beehren, nimmt um so mehr wunder, als er ja noch vor einigen Wochen sich energisch beim Völkerbundsrat gegen den vertragswidrigen Aufenthalt des französischen Militärs im Saargebiet ausgesprochen hat. Durch seine Teilnahme an dieser offiziellen Feier sanktioniert er tatsächlich das, was er als vertragswidrig selbst bezeichnet. Dagegen wendet sich die Saarbevölkerung mit aller Entschiedenheit, und sie glaubt, sich mit dieser Verwahrung auch in Uebereinstimmung mit der Ansicht der Landsleute des Herrn Stephens zu befinden, was aus der Auslassung der kanadischen Zeitung „Manitoba Free Press“ klar hervorgeht. Sie verlangt von ihrem Landsmann auf dem saarländischen Präsidentenstuhle, daß er, um seine Treuhänderaufgabe zu erfüllen, immer wachsam und in jedem Falle auch fest sein muß.“ Ob Herr Stephens in vorliegendem Falle dieser Forderung gerecht geworden ist, überlassen wir dem Urteil seiner Landsleute.

Auch die „Kölnische Zeitung“ bemerkte zu der Teilnahme des Präsidenten Stephens an der Parade der noch immer vertragswidrig im Saargebiet weilenden französischen Besatzung u. a.: Man kann der Auffassung zuneigen, daß er durch seine Beteiligung an der Parade seine Stellungnahme, die ein weiteres Verbleiben der französischen Truppen im Saargebiet nicht mehr für wünschenswert erachtet, selbst wieder abschwächt. Daß dies nicht beabsichtigt war, halten wir für selbstverständlich. Herr Stephens mag sich als Repräsentant des Völkerbunds hier im Saargebiet für verpflichtet erachtet haben, einem Mitgliedsstaat des Bundes nicht die Reverenz verlagern zu dürfen. Daß freilich auch die sogenannte neue Regierungskommission nach der Seite, auf der die deutsche Saarbevölkerung steht, nicht die gleiche Rücksichtnahme bekundet, hat sich erst dieser Tage wieder durch die Beschränkung der Generalsammlung bewiesen. Sollte auf der Herbsttagung des Völkerbundes der Eintritt Deutschlands zur Tatsache werden, so dürfen wir wohl eine Reihe Erleichterungen von der internationalen Höflichkeit erwarten, die solche Verbindlichkeiten als unumgänglich betrachtet. Wir haben für diese Dinge ein feines Gefühl, so hieß es vor kurzem gewiß sehr richtig in der hiesigen Presse, ein Gefühl, das sich verschärfen muß, wenn die Bevölkerung in der gesellschaftlichen Repräsentation der Re-

gierungskommission beim französischen Nationalfest den großen Unterschied in der Behandlung ihrer eignen nationalen Belange nicht verkennen kann. Man muß wünschen, daß der Rat der Landsleute des Präsidenten auf recht fruchtbaren Boden fällt.

*

Was unter dem „Schutze des Völkerbunds“ möglich ist: Wer sein Recht sucht, wird entlassen!

Auf der französischen Saargrube „Altenwald“ droht ein Streik auszubrechen, dessen Veranlassung für die Willkürherrschaft des französischen Grubenfiskus im französischen Saargebiet bezeichnend ist. Die Grubenverwaltung hat der Altenwalder Belegschaft, die schon immer über schikanöse Behandlung zu klagen hatte, durch eine Bekanntmachung mitgeteilt, daß jeder auf der Grube Beschäftigte sofort „entlassen“ würde, wenn er sich wegen Nichtzahlung (zu ständiger oder rückständiger Löhne) an das Berggewerbegericht wende. Veranlassung zu dieser ungeheuerlichen Maßnahme des französischen Grubenfiskus gab folgender Tatbestand:

Am 14. Juni stand vor dem Berggewerbegericht Sulzbach eine Lohnklage eines Kameradschaftsältesten gegen die Verwaltung der Gruben Altenwald zur Verhandlung. Da der Anspruch des Klägers, der durch den Bergarbeiterverband vertreten wurde, als zu Recht bestehend anerkannt wurde, wurde die Verwaltung zur Zahlung des eingeklagten Betrages verurteilt. Nachdem der Kläger bei der Grubenverwaltung die Nachzahlung forderte, wurde ihm die Kündigung übergeben, weil er die Klage durchgeführt habe. Da in der fraglichen Kameradschaft 40 Kameraden im strittigen Lohnmonat Schichten verfahren hatten, gaben die Organisationen sämtlichen in Frage kommenden Mitgliedern die Anweisung, bei der Grubenverwaltung die Nachzahlung anzufordern. Diesen Arbeitern wurde erklärt, daß die Verwaltung die Nachzahlung ablehne und nur im Klagefalle gewähren würde. Sämtliche Kläger wurden dann aber entlassen. Bald darauf wurde den Kameradschaftsältesten die Abkehr ausgehändigt. Damit hat die Verwaltung einen schweren Rechtsbruch und ungeheuren Willkürakt durchgeführt. Auf den Einspruch des zur Entlassung Gekommenen beim Grubendivisionär wurde erklärt, daß die Entlassung von der Generaldirektion von Saarbrücken verfügt sei. Das heißt also mit anderen Worten: Wenn im Völkerbundsgebiet ein Bergarbeiter den ihm gesetzlich zustehenden Schutz in Anspruch nimmt, dann will der französische Fiskus ihn brotlos machen. In einer stark besuchten Belegschaftsversammlung wurde gegen diese Zustände schärfster Protest eingelegt. Die Belegschaft von Altenwald beabsichtigt, in den Ausstand zu treten, falls die von den Organisationsvertretern bei der Bergwerksdirektion und der Regierungskommission gemachten Vorstellungen ohne Erfolg bleiben sollten. In diesem Falle wäre mit einem Uebergreifen des Streiks auch auf andere Saargruben zu rechnen gewesen.

Der drohende Ausstand ist dann aber durch Einlenken der französischen Grubenverwaltung vermieden worden, indem sich die Direktion zur Wiedereinstellung des entlassenen Bergmannes bereit erklärte. Die Bergwerksdirektion sagte auch die Prüfung der Beschwerden zu, so daß die Streikgefahr vorerst beseitigt ist.

*

Ein Grenzwissenschaft im Saargebiet.

Im Anschluß an den hier abgehaltenen Verbandstag der rheinisch-westfälischen Buchhändler ist es zu einem ganz bedauerlichen Grenzwissenschaft gekommen, über den die französische Zeitung „Deuvre“ einen entstellenden Bericht veröffentlicht. Das Blatt verlegt den Zwischenfall auf die Schlachtfelder von Metz und behauptet, die deutschen Besucher hätten in nationalistisch gefärbter Sprache manifestiert, die französische Gendarmerie beschimpft, so daß diese nur durch weitere Polizeiverstärkungen vor Tötlichkeiten bewahrt werden konnten. Diese Darstellung ist maßlos übertrieben. Eine Anzahl der Teilnehmer an dem Verbandstag hatte für den Montag einen Ausflug nach den Epicherer Schlachtfeldern bei Saarbrücken unternommen. Sie fuhren im Wagen bis zu dem Galthof auf der Höhe des Epicherer Berges, der heute auf französischem Boden liegt. Da die meisten

Der Herren sich nicht im Besitz von französischen Pässen befanden, wurden sie von herbeigekommenen französischen Gendarmen aufgefordert, den französischen Boden zu verlassen. Sie begaben sich daher den Berg hinunter und in der Annahme, die Grenze sei bereits überschritten — die Grenze verläuft unmittelbar am Fuße des Spicherer Berges —, wurde ihnen dort der Verlauf der Schlichtung kurz geschildert. Ein Zivilist, der sich zu der Gesellschaft gesellt hatte, glaubte hiergegen Einspruch erheben zu müssen, indem er den Teilnehmern an der Besichtigung das Wort बोche zurief. Hierüber stellte ihn einer der Teilnehmer der Fahrt, der aber dem Buchhändlerverband nicht angehörte, zur Rede, und es kam gleich darauf zu Tätlichkeiten, wobei der Störenfried einen Schlag ins Gesicht erhielt. Die französischen Gendarmen, die diesen Vorfall beobachtet hatten, eilten nun ebenfalls den Spicherer Berg herab. Sie stellten fest, daß eine Anzahl der Gäste sich noch auf französischem Boden befand. Der eine französische Gendarm packte dabei einen der Herren an der Brust, schüttelte ihn, versetzte ihm einen Schlag ins Gesicht, daß das Blut aus Nase und Mund hervordrang. Trotzdem dieser Herr im Besitz eines französischen Passes war, wurde er für verhaftet erklärt, gefesselt und zunächst nach Forbach geführt. Von dort wurde er am nächsten Tage in Ketten geschlossen nach Saargemünd gebracht, wo er sich wegen Widersehllichkeit gegen die französische Gendarmerie zu verantworten hatte.

Es handelt sich um den Geschäftsführer des Deutschen Buchhändlerverbandes, Dr. Wild aus Saarbrücken, der an sich an dem Zwischenfall völlig unbeteiligt war. Er hatte vielmehr bei dem Dazwischentreten der Gendarmen auf französischem Boden seine Uhr verloren und überschritt nach Beseizung der Differenzen mit ordnungsmäßigem Paß nochmals die Grenze, um seine Uhr zu suchen. Herr Dr. Wild war bei den vorhergegangenen Vorgängen in keiner Weise aktiv beteiligt. Er glaubte deshalb mit gutem Gewissen nochmals das französische Gebiet betreten zu können, zumal er sich im Besitz einer französischen Einreiseerlaubnis befand. Die französischen Gendarmen nahmen ihn trotzdem fest, offenbar in der Annahme, daß er bei den Vorgängen sich aktiv beteiligt hatte. Die Strafkammer Saargemünd verurteilte Dr. Wild am 26. Juli nach 2½stündiger Verhandlung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu drei Wochen Gefängnis. Das auffallend harte Urteil erregt im Saargebiet umso größeres Befremden, als Dr. Wild nach einwandfreien Feststellungen, wie das französische Gericht selbst zugeben mußte, in keiner Weise an dem Zusammenstoß beteiligt war, so daß eine Geldstrafe für das durchaus verständliche leichte Vergehen vollaus genügt hätte, umso mehr als Dr. Wild durch erhebliche Verlesungen, die er bei seinem Transport durch die Fesselung mit Ketten erlitt, mehr als ausreichende Sühne geleistet hat. — Wie sich nachträglich herausgestellt hat, handelt es sich bei dem Zivilisten, der durch das Schimpfwort बोche erst den peinlichen Zwischenfall hervorgerufen hat, um einen Angehörigen der französischen Besatzung. Dieser hatte inzwischen eine Anzahl Soldaten mobil gemacht, die mit aufgepflanztem Seitengewehr die Straße nach Saarbrücken besetzt hielten, um die Wagen auf der Rückfahrt abzufangen. Weitere Auseinandersetzungen wurden dadurch vermieden, daß die Wagen den Rückweg über einen Seitenweg nahmen.

Der Vorfall zeigt, daß es gefährlich ist, ohne französischen Paß die Grenze zu überschreiten. Gäste aus dem Reich seien daher ausdrücklich gewarnt, ohne Paß den Besuch vorzunehmen.

Ausschreitungen der französischen Besatzung befohlen!

Angeichts der immer wiederkehrenden Ausschreitungen französischer Besatzungsangehöriger im Saargebiet haben wir wiederholt die Behauptung aufgestellt, daß diese von oben herab gewünscht bzw. geheim befohlen worden sind. Diese unsere Behauptung ist bisher nicht bestritten worden, sie erfährt aber durch zwei Vorgänge ihre indirekte Bestätigung:

1. Aus Anlaß des Kriegerverbandesfestes in Neunkirchen war von kommunistischer Seite eine Gegendemonstration mit dem ausgesprochenen Zweck der Störung des Kriegervereinsfestes beantragt worden. Die Lokalbehörden hatten diese kommunistische Gegendemonstration angesichts der beabsichtigten und zu erwartenden Zusammenstöße verboten; der Franzose Heimburger von der Regierungskommission aber hat sie nach Angabe der Saarbrücker „Volksstimme“ genehmigt. Die Zusammenstöße fanden dann auch statt. Man wird sie zweifellos beim Völkerbund als Beweis der „notwendigen Belassung der französischen Besatzung“ erfolgreich verwenden.

2. Die Störung der Kriegervereinsveranstaltungen in Germersheim durch französische Besatzung ist offenbar auf Veranlassung des stellvertretenden französischen Platzkommandanten von Germersheim geschehen.

Daß bei all diesen Zwischenfällen ein „höherer“ Wille mit bestimmter politischer Absicht vorherrscht, hat sich gerade in dem Verhalten der Saarregierung vor und nach den Zusammenstößen in Neunkirchen gezeigt: Sie hat den von ihr erwarteten und erwünschten Ueberfall roter Frontkämpfer auf den Kriegervereinszug dazu benützt, grundsätzlich alle Umzüge im Saargebiet zu verbieten. Nur Veranstaltungen in Sälen oder auf umsäumten Plätzen sollen in Zukunft noch gestattet werden. Dieses neue Verbot der Regierungskommission erregt im Saargebiet lebhaftesten Widerspruch. Man macht hier die Regierungskommission selbst für die Vorfälle in Neunkirchen mit verantwortlich, da sie den Umzug der Roten Frontkämpfer in Neunkirchen ohne hinreichende Sicherheitsmaßnahmen entgegen dem Votum der Ortspolizei und des Landrats, die ihre Genehmigung dazu versagt hatten, gestattete, obwohl ihr genau bekannt war, daß dieser Umzug den ausschließlichen Zweck verfolgte, gegen den ebenfalls in Neunkirchen stattfindenden Umzug der Kriegervereine zu protestieren, so daß mit Zwischenfällen zu rechnen war. Dieses auffällige Verhalten der Regierungskommission beweist, daß sie an den Zwischenfällen in Neunkirchen anscheinend selbst Interesse hatte, um einen Vorwand für dieses schändliche Verbot zu haben. Durch dieses Verbot, durch das auch kirchliche und sportliche Umzüge betroffen werden, soll offensichtlich nach außen hin der Eindruck einer besonderen Gefährlichkeit der Saarbevölkerung erweckt werden, um bei nächster Gelegenheit wieder mit der Behauptung von der notwendigen Anwesenheit französischen Militärs im Saargebiet aufwarten zu dürfen.

Im Saargebiet gehen deshalb die Ausschreitungen der französischen Besatzung systematisch und befehlsgemäß weiter. So machten sich nach einer Mitteilung der „Saarbr. Ztg.“ am Abend des französischen Nationalfeiertages Militärpersonen in Uniform das Vergnügen, die Passanten der Gegend am Proviantamt mit Ziegeln und anderen Gegenständen zu bewerfen.

Ferner benahm sich gelegentlich des französischen Nationalfestes am Mittwoch, den 14. Juli, französisches Militär im Walde bei Bildstod derart herausfordernd, daß es zwischen diesen und zur Arbeit gehenden Bergarbeitern bald zu einer regelrechten Prügelei gekommen wäre. Einige Bergarbeiter aus Landsweiler gingen auf der Nachschicht am Abend des bezeichneten Tages zu ihrer Arbeitsstätte, der Schachtanlage Bildstod. Eine größere Anzahl französischer Soldaten kamen die entgegengesetzte Richtung, um anscheinend nach Landsweiler oder Schiffsweiler zu marschieren. Einige dieser Soldaten schlugen ohne jede Veranlassung dreien dieser Bergarbeiter in das Gesicht. Nur dem beschleunigten Verschwinden des Militärs war es zuzuschreiben, daß größere Auseinandersetzungen verhindert wurden. Wir fragen aber wiederholt: Wie lange noch? („Saarbr. Ztg.“)

Wehrlose Deutsche als Freiwillig.

Im Preussischen Landtag haben die Deutschnationalen folgende kleine Anfrage eingebracht:

„Im Geiste von Locarno ist wieder einmal ein wehrloser Deutscher wie Freiwillig von französischen Soldaten niedergelassen worden. Die Tat ist vor einigen Tagen im Saargebiet geschehen, wo sogar nach dem Friedensvertrage überhaupt kein französischer Soldat sich aufhalten dürfte, und zwar in dem preussischen Saarbrücken. Es scheint, daß durch diese sich auch im Saargebiet immer wiederholenden Vorgänge die Stimmung erst geschaffen werden soll, die das Verbleiben der Truppen zur Begründung der französischen Stellung und Ansprüche auch vor dem Völkerbunde rechtfertigen soll. Wie gedenkt das preussische Staatsministerium im Benehmen mit der Reichsregierung das Leben preussischer Staatsbürger und die Rechte preussischer Gebietsteile zu schützen?“

Wie Frankreich die Neutralität des Saargebiets achtet!

Mitte Juli konnte man wiederum ein französisches Militärflugzeug geschwader über Saarbrücken kreuzen und manövrieren sehen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß innerfranzösische Truppen noch weniger mit dem Schutz des

Saargebietes etwas zu tun haben, als die sogenannten Garnisonstruppen, die sich widerrechtlich noch immer im Saargebiet aufhalten. Es geht sogar nach alliierter Auffassung nicht an, daß innerfranzösische Truppen auf saarländischem Gebiet ihre Übungen und Manöver abhalten, obwohl ab und zu die Forbacher Garnison die Grenze zu überschreiten beliebt. Zur saarländischen Hoheitszone gehört natürlich auch das Lustgebiet.

Französische „Kriegstrophäen“.

Wie der „Saarbrücker Zeitung“ von einem Augenzeugen berichtet wird, hat man in Pariser Museen eine Reihe von Kriegervereinsfahnen aus dem Saargebiet, die bei Einzug der Besatzungstruppen beschlagnahmt worden waren, als „Kriegstrophäen“ ausgestellt. Unter diesen dürfte sich auch die Kriegervereinsfahne von Wallerfangen befinden, die bekanntlich Herr Urban Fabrier auf recht eigenartige Weise — „eroberte“! — Armes französisches Volk, das so von seinen Militärs belogen und betrogen wird.

Die Zeppelin-Gäner-Spende im Saargebiet behindert.

Da die Regierungskommission trotz ihrer Verpflichtung zur Neutralität beziehungsweise die Genehmigung zur Abhaltung einer von allen Parteien des Saargebietes unterstützten Zeppelin-Gäner-Sammelwoche versagt hat, konnte nur am 18. Juli im Saargebiet eine Sammlung veranstaltet werden.

Werbern in die Hände gefallen.

Wie das „Saarbrücker Abendblatt“ meldet, sind 24 junge Leute Fremdenlegionswerbern im Saargebiet in die Hände gefallen. — Die Saarregierung aber behauptet, im Saargebiet gebe es keine französischen Werbebüros! — Man wird demnach auf die Werber aller Art ein wachsameres Auge haben müssen, die sich im Saargebiet unter den verschiedensten Masken herumtreiben und junge Leute vor allem mit den Versprechen locken, ihnen gute und lohnende Arbeit zu verschaffen. Ein guter Trunk, bei dem das Opfer gewöhnlich betrunken gemacht wird und sich später meist erst auf französischem Boden schuklos wiederfindet — und die Akten sind darüber geschlossen. Viele Saarländer, darunter eine Anzahl von Söhnen unserer Vaterstadt haben jugendlichen Leichtsinns und einige unüberlegte Minuten bitter büßen müssen. Sie befinden sich auf den blutigen Schlachtfeldern Marokkos, wo sie ihre Haut für den französischen Imperialismus zu Markt tragen dürfen. Deshalb Eltern und Söhne, größte Vorsicht jedermann gegenüber, der mit Versprechungen in oben angedeutetem Sinne oder ähnlich klingendem an euch herantritt. Eine Frage: Laut dem Saarstatut des Vertrages von Versailles ist im Saargebiet jeglicher Militärdienst untersagt. Was gedenkt die Regierungskommission zu tun, um dem vertragswidrigen schamlosen Werbesystem, das sich auch im Saargebiet breit macht und dessen Ende bekannt ist, ein Ende zu bereiten?

Protestversammlung der Sozial- und Unfallrentner. Der Pensionär-Verein von Sulzbach hatte zu einer großen Protestversammlung im Volkshaus sämtliche Sozial- und Unfallrentner eingeladen. Nachdem der Leiter der Versammlung die Erschienenen, u. a. Bürgermeister Barth und die Sekretäre der Gewerkschaften begrüßt hatte, hielt Herr Fried-Neunkirchen einen Vortrag, in welchem er etwa folgendes ausführte: Die Regierungskommission des Saargebietes hat eine Änderung des Sozialversicherungssystems vorgenommen. Diese Änderung bedeutet einen Bruch des Friedensvertrages von Versailles durch die Regierungskommission, denn der § 24 des Saarstatuts des Friedensvertrages bestimmt: „Die Rechte der Bewohner des Saarbeckens werden, was Versicherungen und Pensionen anbetrifft, durch keine Bestimmungen dieses Vertrages berührt, mögen diese Rechte zur Zeit der Inkraftsetzung des vorliegenden Vertrages erworben oder im Entstehen begriffen sein, mögen sie sich auf irgend ein deutsches Versicherungssystem oder auf Pensionen irgendwelcher Art beziehen. Deutschland und die Regierung des Saargebietes werden alle oben angeführten Rechte aufrecht erhalten und schützen.“ Entgegen dem klaren Wortlaut dieser Bestimmung hat die Regierungskommission des Saargebietes die Abtrennung der Sozialversicherung des Saargebietes von der des Deutschen Reiches unter Mißbrauch der ihr

erteilten Vollmacht durchgeführt. In dem 24. Bericht der Regierungskommission an den hohen Rat des Völkerbundes in Genf bekennst sie diese Änderung wie folgt: „Es wurden Verordnungen veröffentlicht mit dem Ziel, zugunsten der arbeitenden Klasse das gegenwärtig in Kraft befindliche Sozialversicherungssystem zu ändern.“ Die Regierungskommission wird niemals den Beweis dafür erbringen können, daß diese Änderung auf Wunsch auch nur eines geringen Teiles der Sozialrentenempfänger erfolgte. Die Behauptung, daß dadurch eine Verbesserung zugunsten der arbeitenden Klasse erzielt wurde, ist eine Lüge. Im Gegenteil, die Sozialrentner haben durch diese Maßnahme großen Schaden erlitten, die in vielen Fällen einer Verminderung der Rente bis zu 90 Prozent gleichkommt. Die Sozialrentner sind dadurch zum Teil unverschuldet der öffentlichen Armenpflege anheim gefallen. Vorteile aus dieser Änderung zieht nur die französische Grubenverwaltung und der französische Staat, die jeden Monat etwa 13 Millionen Franken an Pensionen sparen. Alle ererblichen Verluste der Sozialrentner, den verbürgten Rechtszustand wieder herzustellen, blieben bis heute ohne jeden Erfolg, und so sieht sich die Organisation der Sozial- und Unfallrentner gezwungen, den letzten Weg zu beschreiten: Die Beschwerde an den hohen Rat des Völkerbundes. — Den mit großem Interesse aufgenommenen Ausführungen des Redners schloß sich eine äußerst lebhafteste Diskussion an. — Hieran anschließend ergriff Bürgermeister Barth das Wort. Er gab seinem Bedauern über die schlechte Lage der Sozial- und Unfallrentner Ausdruck und betonte, daß man in den Kreisen der Kommunalverwaltung von der großen Notlage der Rentner überzeugt sei, und man gerne helfen wollte, wenn man so könnte, wie man wollte. Mit dem Versprechen, nach Möglichkeit für die Notleidenden jederzeit helfend einzutreten, schloß Bürgermeister Barth seine Ausführungen, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden.

Die große Unterschlagung von Stempelsteuergeldern, wodurch der Finanz- und Forstverwaltung des Saargebietes ein Schaden von über 600 000 Franken entstanden ist, kam am 13. Juli an dem Obergericht in Saarlouis zur Verhandlung. Berufung hatten die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte Kaufmann Eduard Hesse, Mitinhaber der durch die Unterschlagungsaffäre in Konkurs geratenen Firma F. Methner, eingelegt. Er war von der Strafkammer, Saarbrücken wegen Unterschlagung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Mitangeklagt waren infolge der staatsanwaltschaftlichen Berufung noch der Steuererrat Spurzem sowie die Steuerinspektoren Hoffeldt und Schmidt, alle aus Saarbrücken. Diese Beamten waren in der Strafkammerverhandlung vom 18. März d. J. von der Anschuldigung der Beihilfe und Bestechlichkeit freigesprochen worden. Erwiesen wurde heute wiederum, daß Unredlichkeiten Hesses mit dem Zeitpunkt der Einstellung der vierzehntägigen Revisionen des Stempelsteuer- und Kassenbestandes durch die Beamten des ihm übergeordneten Erbschaftssteueramtes begannen. Die Aufhebung der örtlichen Kontrolle bei Hesse erfolgte durch die mit 1. Juni 1923 von der Saarregierung verfügte Einführung des französischen Franken, womit eine Arbeitsüberlastung der Beamten verbunden war. Von da ab gab man sich mit der von Hesse eingereichten Bestandsanmeldung zufrieden. Durch diese Geschäftsführung hatte Hesse keine eigentliche Kassenprüfung mehr zu befürchten. Ob die Einstellung der vertraglich festgelegten Revisionen mit Wissen und Willen der vorgelegten Behörde des Erbschaftssteueramtes geschah, konnte in der Beweisaufnahme von den angeklagten Beamten nicht bewiesen, aber auch von den diesbezüglichen Zeugen und Sachverständigen nicht widerlegt werden. Nach der amtlichen Feststellung hat Hesse vom 1. Juni 1923 bis zum 1. Juli 1925 dem Tage der Aufstellung der Stempelverteilungsstelle bei Hesse, die Summe von 626 144,95 Franken unterschlagen. Der Mitangeklagte Hoffeldt hatte diese Unregelmäßigkeiten am 1. Juli 1925 bei der Übernahme des Markenbestandes entdeckt. Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte gegen Hesse wegen Amtsunterschlagung, Betrug und aktiver Beamtenebstechung eine Gefängnisstrafe von 2 ½ Jahren, gegen Spurzem wegen Beihilfe zur Amtsunterschlagung und wegen passiver Bebstechung 1 Jahr Gefängnis, bei Hoffeldt und Schmidt wegen Beihilfe Freisprechung und wegen passiver Beamtenebstechung je 4 Monate Gefängnisstrafe. Die Verteidigung hatten übernommen für Hesse Herr Rechtsanwalt Dr. Dieß, für Spurzem Herr Rechtsanwalt Wertheimer und für die beiden anderen Herr Rechtsanwalt Sender, alle aus Saarbrücken. Das Urteil lautete bei Hesse wegen Amtsunterschlagung auf 2 Jahre Gefängnis, wegen Bestechung auf Freisprechung und auf Freisprechung der drei Beamten in allen Anklagepunkten.

Vom Saargrubenbau.

Ausbeutung der Saargruben und Haftpflichtrenten.

Wer zahlt die Versorgungsansprüche der Angehörigen der an Frankreich abgetretenen Saargruben?

(Eine grundsätzliche Reichsgerichtsentscheidung vom 1. Juli 1926.)

Anlässlich einer Klage des Berginvaliden D. in Landsweiler gegen den Preussischen Bergfiskus, vertreten durch die Preussische Bergwerksdirektion in Bonn, führt das Reichsgericht zu der sehr interessanten Frage des Uebergangs von Rentenansprüchen der Rentenempfänger der abgetretenen deutschen Kohlengruben u. a. folgendes aus: Der beklagte Preussische Bergfiskus hat zunächst eingewendet, daß nicht er, sondern auf Grund der Anlage Kap. 1 § 4 zu Art. 45—50 des Friedensvertrages von Versailles der französische Staat verpflichtet sei, dem Kläger die Reichshaftpflichtrente zu zahlen. Vom Oberlandesgericht Köln ist diese Ansicht ohne Rechtsgrund verneint worden, weil der französische Staat nur die Leistung der öffentlich-rechtlichen Alters- und Invalidenrenten übernommen habe. Kap. 1 der erwähnten Anlage regelt die Abtretung und Ausbeutung der Saargruben. Sie werden nach § 1 zu den erwähnten Artikeln des Friedensvertrages vom französischen Staat zu vollem und unbefränktem Eigentum erworben. Darnach geht das Eigentum frei und ledig von allen Schulden und Lasten über; jedoch sollen nach Satz 2 (§ 1) bezüglich der Alters- und Invalidenrente des Personals der Gruben und ihrer Nebenanlagen die bisher erworbenen Rechte oder Anwartschaften unangetastet bleiben. Insofern tritt also eine Befreiung des französischen Staates von den mit dem Eigentum verknüpften Schulden und Lasten nicht ein. Daß es sich in § 4 Satz 2 aber nur um diese öffentlich-rechtlichen Renten handelt, ergibt sich jedenfalls zweifelsfrei aus Satz 3 daselbst, nach welcher Vorschrift zum Ersatz hierfür die mathematischen Reserven der verdienten Pensionen des Grubenpersonals, also die angesammelten Versicherungsfonds von Deutschland an den französischen Staat abzuführen sind. Derartige versicherungstechnische Reserven sind für Unfallrenten, die auf der Gefährdungshaftung des Reichshaftpflichtgesetzes beruhen und nicht „erdient“ sind, überhaupt nicht bestimmt. Hiernach ist dem Oberlandesgericht darin beizutreten, daß § 4 Satz 2 der Anlage sich nur auf die öffentlich-rechtlichen, nicht aber auf Renten der hier streitigen Art (Ansprüche aus dem Reichshaftpflichtgesetz) beziehen. (Aus den „Reichsgerichtsbriefen“ Karl Mühlack, Leipzig, Kochstraße 76) (4. 47/26, —

Opfer französischen Raubbaues. Schwer verunglückt ist auf Grube Dudweiler der Steiger Fritz Wagner, Rehbachstraße wohnhaft. Bei vorgenommenen Schiebarbeiten gingen plötzlich mehrere Felder Holz zu Bruch wodurch Wagner am Arm und Kopf so schwer verletzt wurde, daß er nach dem Knappschachtslazarett Sulzbach transportiert werden mußte. — Auf Grube Neunkirchen-Wellesweiler verunglückte der Bergmann Wilhelm Kellner dadurch, daß ein Kohlenstück im Gewicht von ungefähr 6 Zentner niederging, das ihm einen Fuß durchschlug und an der rechten Seite Quetschungen beibrachte. — Auf Grube Briesfeld wurde der 19 Jahre alte Bergmann Bastud aus Calmesweiler derart schwer am Kopfe verletzt, daß er zwei Tage später, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, im Knappschachtskrankenhaus zu Fischbach verschied.

Auf Grube Jägersfreude verunglückte der Schlepper Jakob Weintraut aus Ballweiler. W. war mit Ankuppeln von beladenen Förderwagen beschäftigt, als von hinten ein anderer beladener Förderwagen aufstieg und dem Weintraut den linken Vorderarm quetschte. W. wurde sofort nach dem Knappschachtslazarett Sulzbach gefahren. — Auf der 4. Tiefbauzohle, Steigerabteilung Nr. 1, der Grube Briesfeld verunglückte der ledige Bergmann (Pferdefreier) Elst aus Quierschied so schwer, daß seine Ueberführung in das Lazarett zu Fischbach sofort veranlaßt werden mußte. — Auf der Grube Altenwald, Abteilung Kolonieschacht, verunglückte der Bergmann Preßmann aus St. Ingbert so schwer, daß er sofort nach dem Knappschachtslazarett in Sulzbach überführt werden mußte.

Saarwirtschaftsleben.

Abwanderung des französischen Industriekapitals aus dem Saargebiet.

Unter den Zwangsmaßnahmen der Saarbesatzung und des französischen Saargrubenfiskus hatte französisches Kapital bekanntlich im Jahre 1919 die Saargrubenindustrie stark überfremdet. Es scheint aber nicht auf seine Rechnung zu kommen und auch die politischen Wirkungen sind ausgeblieben. Deshalb macht sich seit einiger Zeit eine zunehmende Abwanderung des

zwangsweise in der Saarindustrie investierten französischen Kapitals bemerkbar, das offenbar große Verluste erlitten hat, trotzdem es sich großer steuerlicher Vergünstigungen seitens der Saarregierung erfreut. Die Abwanderung des französischen Kapitals aus der Saarindustrie gibt der Meher „Lothringer Volkszeitung“ Veranlassung zu der Bemerkung, daß dies recht zweifelhafte Ergebnisse der wirtschaftlichen Besetzung des Saargebiets seien. Der Mund des französischen Kapitals sei eben größer gewesen als der Magen des französischen Volkes, das all diesen neuen Zuwachs nicht habe verdauen können.

Rohstahlgemeinschaft und Saarwerke. Wie die „Kölnische Zeitung“ erfährt, haben nunmehr auch die Neunkirchner Eisenwerke (Gebr. Stumm) grundsätzlich ihren Beitritt zur deutschen Rohstahlgemeinschaft und den übrigen Eisenverbänden erklärt. Es handelt sich jetzt nur noch um die Festsetzung der Einzelheiten. Der endgültige Beitritt sollte gelegentlich der am 30. Juli stattfindenden Monatsversammlung der genannten Verbände beschlossen werden.

Ruhholzerkauf aus Saarwaldungen. Aus den Oberförstereien Fischbach, Neunkirchen, Karlsbrunn, St. Ingbert, Homburg, St. Wendel, Neuhäusel, Saarlouis und Saarbrücken wurden ausbezogen: 2900 Kubikmeter Eichenstammholz, 568 Kubikmeter Buchenstammholz, 60 Kubikmeter Hainbuchen-, Ahorn- und Birkenstammholz, 1520 Kubikmeter Kiefern- und Fichtenstammholz, und 190 Ster Buchenscheit- und Brügelholz, alles bereits gefälltes Holz. Der Saarbezirk und Elsaß-Lothringen stellten den Hauptkäuferkreis. Durch die Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Lage bedingt, war die Kauflust schwach und viel geringer, wie bei vorangegangenen Verkäufen. Dabei konnte auch die exorbitante Frankentwertung nicht ohne Einfluß bleiben.

Kleine Tageschronik.

16. Saarbrüder Spiehererberg-Turn- und Spielfest 1926.

Wiederum riefen die Turner der Stadt zum Saarbrüder Turn- und Spielfest auf, das seit vielen Jahren weit über die Grenzen des Heimatbezirkes hinaus volkstümlich geworden ist. Eine Kette glanzvoll verlaufener Bergfeste, von Turnerschaft und Schulen gemeinsam veranstaltet, reichen in ihren Eindrücken heute noch aus der Vorkriegszeit herüber und feuern an, dem historisch gewordenen Fest die alte Bedeutung wieder zu erobern.

Es kann kein Zweifel darüber sein, daß der gewaltige Aufschwung der Feste in den ersten Jahren ihres Bestehens neben der turnerischen Bedeutung auf die stolze Geschichte des Saarbrücker Landes zurückzuführen war, stolz nicht an überragenden kulturellen oder politischen Bewegungen, sondern stolz an Taten des Volkstums und der Heimatliebe. Im Saarland schlugen seit altersher die Herzen mit glühender Liebe zum Vaterland und damit für die Ideale der Turnerschaft, hier lockten Gastfreundschaft und Brüderlichkeit und alle die deutschen Tugenden, die das Fest von selbst zum Symbol eines kraftvollen Volksbewußtseins werden ließen. Diese Bedingungen haben das Fest auch bald nach den Stürmen des Krieges, zunächst im verkleinerten Rahmen, wieder aufleben lassen. Im Jahre 1920 lud der Festausschuß zum ersten Saarbrüder Turn- und Spielfest in den Ludwigspark zu Saarbrücken ein, da die alte Kampfstätte des Exerzierplatzes durch die militärische Inanspruchnahme während des Krieges zerstört und zerstampft worden war. Erst nach der Errichtung des großen ausgebehten Turn- und Spielplatzes auf dem Kleinen Exerzierplatz, dem ein zweiter Platz angeschlossen ist, konnte im Vorjahre an die Erneuerung des alten Spiehererberg-Turn- und Spielfestes gedacht werden.

Das Fest 1925 reichte in der Zahl der Teilnehmer an die Friedensjahre heran. Nichtsdestoweniger wurde in diesem Jahre, am Sonntag, 25. Juli, das Spiehererberg-Turnfest alle Vorgänger, sowohl an Zahl der Teilnehmer als auch an neuzeitlicher Ausgestaltung übertroffen. Den von Tausenden von Turnern und Turnerinnen jeden Alters und Geschlechtes bestrittenen Einzelwettkämpfen sowie den von erstklassigen Mannschaften besetzten Spielen um die Wanderpreise, waren in diesem Jahre zum ersten Male in größerem Rahmen sportliche Kämpfe angegliedert, um ein vollständiges Bild des sogenannten volkstümlichen Turnens zu bieten. Viele Hunderte von Turnern aus dem rechts- und linksrheinischen Gebiet sind dabei mit den Brüdern vom Saarland in die Schranken getreten. Dem Feste voraus ging am Samstagabend ein Festkommers im Saalbau.

Der Franken fällt!

(Ein Stimmungsbild nach der „Saarbrüder Ztg.“)

Zu Hause, auf der Straße, im Kaffeehaus, in der Straßenbahn und sonstwo nur noch ein Thema: Wie steht der Franken! Ein nervöses Fiebern geht durch die Bevölkerung.

Was wird werden? Werden die Politiker in Paris, die uns f. Bt. an Stelle der Mark den „stabilen“ Franken aufgedrängt haben, aus ihrer Unschlüssigkeit und scheinbaren Rat- und Hilfslosigkeit einen Ausweg finden? Wie sichern wir unser Einkommen!? Unsicherheit, Mißtrauen und getäuschte Erwartung lauern an allen Enden, Propheten und Spekulanten machen sich breit. Kurzum: es fängt an, ungemütlich zu werden. Das alles ist verständlich. Saarbrücken und das Saargebiet haben schon einmal eine Inflation mitgemacht. Ja noch mehr: sie haben die Mark-Entwertung in einem Augenblick durchbeissen müssen, in dem Schritt um Schritt der alles „regulierende“, alles verteuern und jede vernünftige Preisgestaltung umstürzende Franken seinen Eingang fand. Man erinnert sich darum beim Worte Inflation vor allem an jene Schreckensbilder des Hungers und Jagens, der zermürbenden Spekulation, an Schieberexistenzen und unsaubere Machenschaften, an jenes entnervende Durcheinander mit Verlust des Einkommens und Vermögens. Solche Bilder vergift man auch nicht. Wie war es doch noch? Tägliche Lohnzahlungen mit steigenden Summen besiegelten ein fast zweckloses Ringen. Da stürzte die Menge aufgeregt in Warenhäuser und Läden. Da zerrann das Geld auf dem Wege zur Realisierung. Da schien im Strudel der revoltierenden Ereignisse die Wirklichkeit ihren Sinn zu verlieren. „Umsetzen“, „Kaufen“ war die Parole — aber es war schier unmöglich „Käufer“ ohne Valutabesitz zu werden. Und dazwischen ein ängstliches, lauerndes, hoffendes Fragen: Wie hoch? Wie steht er? Wie lange noch? Was soll man versuchen, was machen? Soll das alles wieder so werden? Kann es überhaupt so werden? Und was ist im Augenblick wachsender Unsicherheit und Nervosität zu tun? Das Inflationsgespenst von heute trägt nicht die absehbare Trahe der vergangenen bewegten Zeiten. Die Drohung ist gefahrloser, ja friedlicher loszusagen, trotz aller verwirrenden Begebenheiten. Sie ist nicht das Zeichen totaler Erschütterungen. Nichtsdestoweniger ist die Situation verzwickter genug. Ist sie aber verzweifelt? Bewahren wir kühles Blut und beobachten wir ruhig. Die Warenpreise in den Läden und Geschäftshäusern klettern langsam und beständig nach oben. Aber das Tempo ist gemäßig und bleibt hinter der sprunghafteren Kursenwicklung zurück. Es liegt auch trotz der stärkeren Kursschwankungen der letzten Tage kein hinreichender Grund vor, diese ruhigere Auffassung der Situation etwa zu ändern. Jedem Politiker und Wirtschaftler ist es klar, daß die Entwertung des Franken nicht zur Katastrophe führen kann, daß vielmehr gerade die jetzige drohende Entwicklung volens volens ein rettendes Eingreifen der Staatsmänner bringen muß. — Die Hausfrauen wissen am besten, wie sehr sich die Lebenshaltung in den letzten Monaten bei vielfach unzureichenden Einkommen verteuert hat. Löhne und Gehälter haben mit der Preisentwicklung oder gar mit der Geldentwertung nicht Schritt gehalten. In weitem Maße ist ein Sinken der Kaufkraft der Bevölkerung zu verzeichnen. Ist es wirtschaftlich wirklich ausgeschlossen, da die Arbeitgeber einmal tiefer in ihren Beutel greifen? Nur durch ein verständiges ausgleichendes Opferbringen auf allen Seiten, werden sich unnötige Härten und Unzuträglichkeiten in der Schlussperiode der Frankenentwertung vermeiden lassen. Alles in allem: Fort mit Nervosität und Selbstverwirrung. Kaltes Blut und ruhig abgewartet!

*

Saarbrücken. Im Wettbewerb zur Erlangung von Ideenentwürfen für die Ausgestaltung und Bebauung des Bahnhofes und die Führung der Zugangsstraßen zum neuen Empfangsgebäude des Hauptbahnhofes in Duisburg wurden angekauft die Entwürfe: Kennwort „Ecktürme“, 2000 RM., Architekt Dipl.-Ing. Fr. Emmerich, Saarbrücken, Kennwort „Weg und Raum“, 1500 RM., Architekten Dipl.-Ing. Ludwig Bellwinkel und Dipl.-Ing. Friedrich Unger, beide Saarbrücken. Eingeliefert waren 179 Entwürfe. Das Preisgericht verteilte folgende Preise: 2. Preis 5000 M. Prof. P. Bonatz und K. E. Scholer, Stuttgart, 3. Preis 4000 M. Stadtbaurat H. Melertens, Köln, ein Ankauf 3000 M. Architekt Kurt Meyer, Köln-Deutz, drei Ankäufe zu je 2000 M., ein Ankauf 1500 M. Außerdem wurden drei Entwürfe zum Ankauf empfohlen. — In unserem Bericht über den Delegiertentag des Kreiskriegerverbandes war u. a. folgender Satz enthalten: „Mit großer Unruhe wurde die Andeutung aufgenommen, daß man sich bei einer Behörde die Aufgabe stellt, Beamte, die sich im Vorstand des Kreiskriegerverbandes betätigen, in die Enge zu treiben.“ Wie aus einer Erklärung des Verbandsvorsitzenden hervorgeht, ist der Delegiertentag einer falschen Information zum Opfer gefallen. Bei einer Rücksprache mit der betreffenden Regierungsstelle ist zweifelsfrei festgestellt worden, daß von ihr keinem Beamten wegen seiner außerdienstlichen Betätigung im Kriegervereinswesen irgendwie Schwierigkeiten gemacht worden sind.

Büdingen. Das Fest seines 25jährigen Bestehens beging am 25. Juli der Turnverein Büdingen. Das Programm des Festes war in seiner ganzen Aufmachung als Werbeveranstaltung für die deutsche Turnerschaft gedacht. Außer turnerischen Vorführungen, die von der Bezirksriege, der Mädchenriege des Turnvereins Büdingen und den Turnern des festgebenden Vereins bestritten werden, sah das Programm auch musikalische, gesangliche und theatrale Darbietungen vor.

□ **Güldenbach.** Sein 30jähriges Stiftungsfest feierte am Sonntag der Männergesangsverein (Mitglied des Saar-Sängerbundes).

Heusweiler. Der Rathausumbau ist fertiggestellt. Eine große Freitreppe führt jetzt zum Rathaus. Zwölf neue Büros sind angelegt. Die Gemeindefasse ist nach hier verlegt worden. Der kommunale Dienst widelt sich jetzt bequemerweise unter einem Dache ab. Mit verhältnismäßig geringen Kosten von 250 000 Fr. sind diese Erfordernisse der Gegenwart wünschenswert gelöst worden. — Nachdem die Schulprojekte gelöst und das 12klassige Schulhaus in Heusweiler mit Zentralheizung und in Dilsburg das dreiklassige Schulhaus erbaut sind und der Rathausumbau fertiggestellt ist, geht unsere umsichtige Gemeindebauverwaltung an das große Programm der Kanalisation und der Straßenpflasterung. Der Kanal von Illingerstraße bis Bahnübergang ist bereits gelegt. Sobald das Straßenbahngleis neu gelegt ist, wird mit der Straßenpflasterung begonnen. — Neben diesen kostspieligen Aufgaben wird die Zentralwasserversorgung für die Gemeinden Kirchhof, Rukhof, Hellenhausen, Oberjalsbach und Rukhof geregelt. Auch hier wird die Gemeindebauverwaltung die Lösung geschickt zu finden wissen. — Das Charitashaus soll umgebaut und für ein Kinder- und Altersheim eingerichtet werden. Der jetzige Umbau wird so durchgeführt, daß der Plan eines späteren Krankenhauses verwirklicht werden kann.

Sulzbach. Das Fest seines 30jährigen Bestehens beging der hiesige Radfahrerverein. Über 20 auswärtige Radfahrer-Vereine hatten ihre Teilnahme zugesagt.

Heiligenwald. Durch die stetig wachsende Abwanderung der deutschen Kinder aus den französischen Domanienschulen — hier besteht nur noch eine Klasse, die zu Beginn des nächsten Schuljahres wohl auch verschwunden sein wird — nach der deutschen Schule, macht sich ein starker Mangel an Schulraum geltend. Das obere Schulhaus in der Schulstraße, das der französischen Verwaltung gehört, steht vollkommen leer. Die beiden Schulbaracken mußten abgerissen werden, weil sie auf dem Boden der Grubenverwaltung standen. In dem neu erbauten Gemeindehaus hat man die wenigen geraden Zimmer zu Notsschulräum hergerichtet. Das untere Schulhaus in der Schulstraße, das lebhaft an den „schiefen Turm von Pisa“ erinnert und nur noch durch das nebenan stehende Trarbachsche Haus gehalten wird, soll wie man von zuverlässiger Seite hört, abgerissen und neu aufgebaut werden. Sollte dieser Plan verwirklicht werden, so dürfte der Schulraumangel für die nächste Zeit behoben sein.

Dilsburg. Der Ankauf eines großen Anwesens soll den Bau eines Hallenbades einleiten. In großzügiger Weise wird damit für das Gesundheitswesen und Sportsleben Fürsorge getroffen.

Neunkirchen. Die viel und lang besprochene Schularztfrage hat ihre Lösung dahin gefunden, daß für den Stadtbezirk Neunkirchen ein hauptamtlicher Schularzt bestellt ist. Ein zweiter hauptamtlicher Schularzt wurde für die übrigen Orte des Kreises Ottweiler angestellt. Die Schularzte werden in der Schulpflege von sogenannten Schulschwestern unterstützt. — Der auf der Ziegelei Kanter beschäftigte Ziegeleiarbeiter Wilhelm Ebert aus der Ziehwaldstraße ist von einem Lieferauto überfahren und auf der Stelle getötet worden. Dem Vernehmen nach soll den Autoführer keinerlei Schuld treffen, das Unglück lediglich auf die Verkettung widriger Umstände zurückzuführen sein. — Der Forstgehilfe Müller von Sinnerthal befand sich abends auf einer Streife durch den Bildstoder Wald, als er plötzlich einen Hund bemerkte, der einen Hasen jagte. Der Gehilfe schoß auf den Hund, traf aber dabei drei in der Nähe am Rande einer Schonung sitzende junge Leute, die einen Abendspaziergang machten. Es handelt sich um den 22-23 Jahre alten Hüttenarbeiter Adler nebst Schwester aus der Neunkirchner Straße in Landsweiler und den Bräutigam der letzteren, den Bergmann Hart aus Heiligenwald. Die Geschwister sind durch den Schrotschuß schwer verletzt worden und liegen im evangel. Krankenhaus zu Neunkirchen. Der Forstgehilfe hatte die Spaziergänger nicht bemerkt.

Wieselskirchen. Ertrunken ist infolge Herzschlag beim Baden in der Blies, in der Nähe der Stummischen Schladenhalbe, der zehnjährige Junge des Lokomotivführers Fühling aus Sinnerthal.

Vom Saargrubenbau.

Ausbeutung der Saargruben und Haftpflichtrenten.

Wer zahlt die Versorgungsansprüche der Angehörigen der an Frankreich abgetretenen Saargruben?

(Eine grundsätzliche Reichsgerichtsentscheidung vom 1. Juli 1926.)

Anlässlich einer Klage des Berginvaliden D. in Landsweiler gegen den Preussischen Bergfiskus, vertreten durch die Preussische Bergwerksdirektion in Bonn, führt das Reichsgericht zu der sehr interessanten Frage des Uebergangs von Rentenansprüchen der Rentenempfänger der abgetretenen deutschen Kohlengruben u. a. folgendes aus: Der beklagte Preussische Bergfiskus hat zunächst eingewendet, daß nicht er, sondern auf Grund der Anlage Kap. 1 § 4 zu Art. 45—50 des Friedensvertrages von Versailles der französische Staat verpflichtet sei, dem Kläger die Reichshaftpflichtrente zu zahlen. Vom Oberlandesgericht Köln ist diese Ansicht ohne Rechtsirrtum verneint worden, weil der französische Staat nur die Leistung der öffentlich-rechtlichen Alters- und Invalidenrenten übernommen habe. Kap. 1 der erwähnten Anlage regelt die Abtretung und Ausbeutung der Saargruben. Sie werden nach § 1 zu den erwähnten Artikeln des Friedensvertrages vom französischen Staat zu vollem und unbeschränktem Eigentum erworben. Darnach geht das Eigentum frei und ledig von allen Schulden und Lasten über; jedoch sollen nach Satz 2 (§ 1) bezüglich der Alters- und Invalidenrente des Personals der Gruben und ihrer Nebenanlagen die bisher erworbenen Rechte oder Anwartschaften unangetastet bleiben. Insofern tritt also eine Befreiung des französischen Staates von den mit dem Eigentum verknüpften Schulden und Lasten nicht ein. Daß es sich in § 4 Satz 2 aber nur um diese öffentlich-rechtlichen Renten handelt, ergibt sich jedenfalls zweifelsfrei aus Satz 3 dajelbst, nach welcher Vorschrift zum Ersatz hierfür die mathematischen Reserven der verdienten Pensionen des Grubenpersonals, also die angesammelten Versicherungsfonds von Deutschland an den französischen Staat abzuführen sind. Derartige versicherungstechnische Reserven sind für Unfallrenten, die auf der Gefährdungshaftung des Reichshaftpflichtgesetzes beruhen und nicht „erdient“ sind, überhaupt nicht bestimmt. Hiernach ist dem Oberlandesgericht darin beizutreten, daß § 4 Satz 2 der Anlage sich nur auf die öffentlich-rechtlichen, nicht aber auf Renten der hier streitigen Art (Ansprüche aus dem Reichshaftpflichtgesetz) beziehen. (Aus den „Reichsgerichtsbriefen“ Karl Mißlaß, Leipzig, Kochstraße 76) (4. 47/26, —

Opfer französischen Raubbaues. Schwer verunglückt ist auf Grube Dudweiler der Steiger Fritz Wagner, Rehbachstraße wohnhaft. Bei vorgenommenen Schiebarbeiten gingen plötzlich mehrere Felder Holz zu Bruch wodurch Wagner am Arm und Kopf so schwer verletzt wurde, daß er nach dem Knappschäftslazarett Sulzbach transportiert werden mußte. — Auf Grube Neunkirchen-Wellesweiler verunglückte der Bergmann Wilhelm Kellner dadurch, daß ein Kohlenstück im Gewicht von ungefähr 6 Zentner niederging, das ihm einen Fuß durchschlug und an der rechten Seite Quetschungen beibrachte. — Auf Grube Bressfeld wurde der 19 Jahre alte Bergmann Bastud aus Calmesweiler derart schwer am Kopfe verletzt, daß er zwei Tage später, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, im Knappschäftslazarett Sulzbach verschied.

Auf Grube Jägersfreude verunglückte der Schlepper Jakob Weintraut aus Ballweiler. W. war mit Ankuppeln von beladenen Förderwagen beschäftigt, als von hinten ein anderer beladener Förderwagen aufstieg und dem Weintraut den linken Vorderarm quetschte. W. wurde sofort nach dem Knappschäftslazarett Sulzbach gefahren. — Auf der 4. Tiefbauföhle, Steigerabteilung Nr. 1, der Grube Bressfeld verunglückte der ledige Bergmann (Pferdefreier) Clet aus Quierschied so schwer, daß seine Ueberführung in das Lazarett zu Fischbach sofort veranlaßt werden mußte. — Auf der Grube Altenwald, Abteilung Kolonieschacht, verunglückte der Bergmann Preßmann aus St. Ingbert so schwer, daß er sofort nach dem Knappschäftslazarett in Sulzbach überführt werden mußte.

Saarwirtschaftsleben.

Abwanderung des französischen Industriekapitals aus dem Saargebiet.

Unter den Zwangsmassnahmen der Saarbesatzung und des französischen Saargrubenfiskus hatte französisches Kapital bekanntlich im Jahre 1919 die Saargrubenindustrie stark überfremdet. Es scheint aber nicht auf seine Rechnung zu kommen und auch die politischen Wirkungen sind ausgeblieben. Deshalb macht sich seit einiger Zeit eine zunehmende Abwanderung des

zwangsweise in der Saarindustrie investierten französischen Kapitals bemerkbar, das offenbar große Verluste erlitten hat, trotzdem es sich großer steuerlicher Vergünstigungen seitens der Saarregierung erfreut. Die Abwanderung des französischen Kapitals aus der Saarindustrie gibt der Mezer „Lothringer Volkszeitung“ Veranlassung zu der Bemerkung, daß dies recht zweifelhafte Ergebnisse der wirtschaftlichen Besetzung des Saargebiets seien. Der Mund des französischen Kapitals sei eben größer gewesen als der Magen des französischen Volkes, das all diesen neuen Zuwachs nicht habe verdauen können.

Kohlstahlgemeinschaft und Saarwerke. Wie die „Kölnische Zeitung“ erfährt, haben nunmehr auch die Neunkirchner Eisenwerke (Gebr. Stumm) grundsätzlich ihren Beitritt zur deutschen Kohlstahlgemeinschaft und den übrigen Eisenverbänden erklärt. Es handelt sich jetzt nur noch um die Festsetzung der Einzelheiten. Der endgültige Beitritt sollte gelegentlich der am 30. Juli stattfindenden Monatsversammlung der genannten Verbände beschlossen werden.

Ruhholzerverkauf aus Saarwaldungen. Aus den Oberförstereien Fischbach, Neunkirchen, Karlsbrunn, St. Ingbert, Homburg, St. Wendel, Neuhäusel, Saarlouis und Saarbrücken wurden ausbezogen: 2900 Kubikmeter Eichenstammholz, 568 Kubikmeter Buchenstammholz, 60 Kubikmeter Hainbuchen-, Ahorn- und Birkenstammholz, 1520 Kubikmeter Kiefern- und Fichtenstammholz, und 190 Ster Buchenscheit- und Brügelholz, alles bereits gefälltes Holz. Der Saarbezirk und Elsaß-Lothringen stellten den Hauptkäuferkreis. Durch die Ungunst der allgemeinen wirtschaftlichen Lage bedingt, war die Kauflust schwach und viel geringer, wie bei vorausgegangenem Verkauf. Dabei konnte auch die exorbitante Frankentwertung nicht ohne Einfluß bleiben.

Kleine Tageschronik.

16. Saarbrücker Spiehererberg-Turn- und Spielfest 1926.

Wiederum riefen die Turner der Stadt zum Saarbrücker Turn- und Spielfest auf, das seit vielen Jahren weit über die Grenzen des Heimatbezirks hinaus volkstümlich geworden ist. Eine Kette glanzvoll verlaufener Bergfeste, von Turnerschaft und Schulen gemeinsam veranstaltet, reichen in ihren Eindrücken heute noch aus der Vorkriegszeit herüber und feuern an, dem historisch gewordenen Fest die alte Bedeutung wieder zu erobern.

Es kann kein Zweifel darüber sein, daß der gewaltige Aufschwung der Feste in den ersten Jahren ihres Bestehens neben der turnerischen Bedeutung auf die stolze Geschichte des Saarbrücker Landes zurückzuführen war, stolz nicht an überragenden kulturellen oder politischen Bewegungen, sondern stolz an Taten des Volkstums und der Heimatliebe. Im Saarland schlugen seit altersher die Herzen mit glühender Liebe zum Vaterland und damit für die Ideale der Turnerschaft, hier lodten Gastfreundschaft und Brudertum und alle die deutschen Tugenden, die das Fest von selbst zum Symbol eines kraftvollen Volksbewußtseins werden ließen. Diese Bedingungen haben das Fest auch bald nach den Stürmen des Krieges, zunächst im verkleinerten Rahmen, wieder ausleben lassen. Im Jahre 1920 lud der Festausschuß zum ersten Saarbrücker Turn- und Spielfest in den Ludwigspark zu Saarbrücken ein, da die alte Kampfstätte des Exerzierplatzes durch die militärische Inanspruchnahme während des Krieges zerstört und zerstampft worden war. Erst nach der Errichtung des großen ausgedehnten Turn- und Spielplatzes auf dem Kleinen Exerzierplatz, dem ein zweiter Platz angeschlossen ist, konnte im Vorjahre an die Erneuerung des alten Spiehererberg-Turn- und Spielfestes gedacht werden.

Das Fest 1925 reichte in der Zahl der Teilnehmer an die Friedensjahre heran. Nichtsdestoweniger wurde in diesem Jahre, am Sonntag, 25. Juli, das Spiehererberg-Turnfest alle Vorgänger, sowohl an Zahl der Teilnehmer als auch an neuzeitlicher Ausgestaltung übertroffen. Den von Tausenden von Turnern und Turnerinnen jeden Alters und Geschlechtes bestrittenen Einzelwettkämpfen sowie den von erstklassigen Mannschaften besetzten Spielen um die Wanderpreise, waren in diesem Jahre zum ersten Male in größerem Rahmen sportliche Kämpfe angegliedert, um ein vollständiges Bild des sogenannten volkstümlichen Turnens zu bieten. Viele Hunderte von Turnern aus dem rechts- und linksrheinischen Gebiet sind dabei mit den Brüdern vom Saarland in die Schranken getreten. Dem Feste voraus ging am Samstagabend ein Festkommers im Saalbau.

Der Franken fällt!

(Ein Stimmungsbild nach der „Saarbrücker Ztg.“)
Zu Hause, auf der Straße, im Kaffeehaus, in der Straßenbahn und sonstwo nur noch ein Thema: Wie steht der Franken! Ein nervöses Fiebern geht durch die Bevölkerung.

Was wird werden? Werden die Politiker in Paris, die uns f. St. an Stelle der Mark den „stabilen“ Franken aufgedrängt haben, aus ihrer Unschlüssigkeit und scheinbaren Rat- und Hilflosigkeit einen Ausweg finden? Wie sichern wir unser Einkommen? Unsicherheit, Mißtrauen und getäuschte Erwartung lauern an allen Ecken, Propheten und Spekulanten machen sich breit. Kurzum: es fängt an, ungemütlich zu werden. Das alles ist verständlich. Saarbrücken und das Saargebiet haben schon einmal eine Inflation mitgemacht. Ja noch mehr: sie haben die Mark-Entwertung in einem Augenblick durchbeihen müssen, in dem Schritt um Schritt der alles „regulierende“, alles verteuernde und jede vernünftige Preisgestaltung umstürzende Franken seinen Eingang fand. Man erinnert sich darum beim Worte Inflation vor allem an jene Schreckensbilder des Hastens und Jagens, der zermürbenden Spekulation, an Schieberexistenzen und unsaubere Machenschaften, an jenes entnervende Durcheinander mit Verlust des Einkommens und Vermögens. Solche Bilder vergißt man auch nicht. Wie war es doch noch? Tägliche Lohnzahlungen mit steigenden Summen besiegelten ein fast zweckloses Ringen. Da stürzte die Menge aufgeregt in Warenhäuser und Läden. Da zerrann das Geld auf dem Wege zur Realisierung Da schien im Strudel der revoltierenden Ereignisse die Wirklichkeit ihren Sinn zu verlieren. „Umsehen“, „Kaufen“ war die Parole — aber es war schier unmöglich „Käufer“ ohne Valutabesitz zu werden. Und dazwischen ein ängstliches, lauerndes, hoffendes Fragen: Wie hoch? Wie steht es? Wie lange noch? Was soll man versuchen, was machen? Soll das alles wieder so werden? Kann es überhaupt so werden? Und was ist im Augenblick wachsender Unsicherheit und Nervosität zu tun? Das Inflationsgespenst von heute trägt nicht die abscheuliche Frage der vergangenen bewegten Zeiten. Die Drohung ist gefahrloser, ja friedlicher sozusagen, trotz aller verwirrenden Begebenheiten. Sie ist nicht das Zeichen totaler Erschütterungen. Nichtsdestoweniger ist die Situation verwirrt genug. Ist sie aber verzweifelt? Bewahren wir kühles Blut und beobachten wir ruhig. Die Warenpreise in den Läden und Geschäftshäusern klettern langsam und beständig nach oben. Aber das Tempo ist gemäßig und bleibt hinter der sprunghafteren Kursenwindelung zurück. Es liegt auch trotz der stärkeren Kursschwankungen der letzten Tage kein hinreichender Grund vor, diese ruhigere Auffassung der Situation etwa zu ändern. Jedem Politiker und Wirtschaftler ist es klar, daß die Entwertung des Franken nicht zur Katastrophe führen kann, daß vielmehr gerade die jetzige drohende Entwicklung nolens volens ein rettendes Eingreifen der Staatsmänner bringen muß. — Die Hausfrauen wissen am besten, wie sehr sich die Lebenshaltung in den letzten Monaten bei vielfach unzureichenden Einkommen verteuert hat. Löhne und Gehälter haben mit der Preisentwicklung oder gar mit der Geldentwertung nicht Schritt gehalten. In weitem Maße ist ein Sinken der Kaufkraft der Bevölkerung zu verzeichnen. Ist es wirtschaftlich wirklich ausgeschlossen, da die Arbeitgeber einmal tiefer in ihren Beutel greifen? Nur durch ein verständiges ausgleichendes Opferbringen auf allen Seiten, werden sich unnötige Härten und Ungütigkeiten in der Schlussperiode der Frankenentwertung vermeiden lassen. Alles in allem: Fort mit Nervosität und Selbstverwirrung. Kaltes Blut und ruhig abgewartet!

★

Saarbrücken. Im Wettbewerb zur Erlangung von Ideenentwürfen für die Ausgestaltung und Bebauung des Bahnhofspalastes und die Führung der Zugangsstraßen zum neuen Empfangsgebäude des Hauptbahnhofes in Duisburg wurden angekauft die Entwürfe: Kennwort „Ecktürme“, 2000 RM., Architekt Dipl.-Ing. Fr. Emmerich, Saarbrücken, Kennwort „Weg und Raum“, 1500 RM., Architekten Dipl.-Ing. Ludwig Bellwinkel und Dipl.-Ing. Friedrich Unger, beide Saarbrücken. Eingeliefert waren 179 Entwürfe. Das Preisgericht verteilte folgende Preise: 2. Preis 5000 M. Prof. B. Bonatz und F. E. Scholer, Stuttgart, 3. Preis 4000 M. Stadtbaurat H. Melertens, Köln, ein Ankauf 3000 M. Architekt Kurt Meyer, Köln-Deutz, drei Ankäufe zu je 2000 M., ein Ankauf 1500 M. Außerdem wurden drei Entwürfe zum Ankauf empfohlen. — In unserem Bericht über den Delegiertentag des Kreisriegerverbandes war u. a. folgender Satz enthalten: „Mit großer Unruhe wurde die Andeutung aufgenommen, daß man sich bei einer Behörde die Aufgabe stellt, Beamte, die sich im Vorstand des Kreisriegerverbandes betätigen, in die Enge zu treiben.“ Wie aus einer Erklärung des Verbandsvorsitzenden hervorgeht, ist der Delegiertentag einer falschen Information zum Opfer gefallen. Bei einer Rücksprache mit der betreffenden Regierungsstelle ist zweifelsfrei festgestellt worden, daß von ihr keinem Beamten wegen seiner außerdienstlichen Betätigung im Riegervereinswesen irgendwie Schwierigkeiten gemacht worden sind.

Büdingen. Das Fest seines 25jährigen Bestehens beging am 25. Juli der Turnverein Büdingen. Das Programm des Festes war in seiner ganzen Aufmachung als Werbeveranstaltung für die deutsche Turnerschaft gedacht. Außer turnerischen Vorführungen, die von der Bezirksriege, der Mädchenriege des Turnvereins Büdingen und den Turnern des festgebenden Vereins bestritten werden, sah das Programm auch musikalische, gesangliche und theatrale Darbietungen vor.

□ **Güchenbach.** Sein 30jähriges Stiftungsfest feierte am Sonntag der Männergesangsverein (Mitglied des Saar-Sängerbundes).

Heusweiler. Der Rathausumbau ist fertiggestellt. Eine große Freitreppe führt jetzt zum Rathaus. Zwölf neue Büros sind angelegt. Die Gemeindefasse ist nach hier verlegt worden. Der kommunale Dienst wird sich jetzt bequemerweise unter einem Dache ab. Mit verhältnismäßig geringen Kosten von 250 000 Fr. sind diese Erfordernisse der Gegenwart wünschenswert gelöst worden. — Nachdem die Schulprojekte gelöst und das 12klassige Schulhaus in Heusweiler mit Zentralheizung und in Dilsburg das dreiklassige Schulhaus erbaut sind und der Rathausumbau fertiggestellt ist, geht unsere umsichtige Gemeindebauverwaltung an das große Programm der Kanalisation und der Straßenpflasterung. Der Kanal von Illingerstraße bis Bahnübergang ist bereits gelegt. Sobald das Straßenbahngleis neu gelegt ist, wird mit der Straßenpflasterung begonnen. — Neben diesen kostspieligen Aufgaben wird die Zentralwasserversorgung für die Gemeinden Kirchhof, Kuchhof, Hellenhausen, Oberjalsbach und Kuchhof geregelt. Auch hier wird die Gemeindebauverwaltung die Lösung geschickt zu finden wissen. — Das Charitashaus soll umgebaut und für ein Kinder- und Altersheim eingerichtet werden. Der jetzige Umbau wird so durchgeführt, daß der Plan eines späteren Krankenhauses verwirklicht werden kann.

Sulzbach. Das Fest seines 30jährigen Bestehens beging der hiesige Radfahrerverein. Über 20 auswärtige Radfahrer-Vereine hatten ihre Teilnahme zugesagt.

Heiligenwald. Durch die stetig wachsende Abwanderung der deutschen Kinder aus den französischen Domanialschulen — hier besteht nur noch eine Klasse, die zu Beginn des nächsten Schuljahres wohl auch verschwunden sein wird — nach der deutschen Schule, macht sich ein starker Mangel an Schulraum geltend. Das obere Schulhaus in der Schulstraße, das der französischen Verwaltung gehört, steht vollkommen leer. Die beiden Schulbaracken mußten abgerissen werden, weil sie auf dem Boden der Grubenverwaltung standen. In dem neubauten Gemeindehaus hat man die wenigen geraden Zimmer zu Notschulställen hergerichtet. Das untere Schulhaus in der Schulstraße, das lebhaft an den „schiefen Turm von Pisa“ erinnert und nur noch durch das nebenanstehende Trarbachsche Haus gehalten wird, soll wie man von zuverlässiger Seite hört, abgerissen und neu aufgebaut werden. Sollte dieser Plan verwirklicht werden, so dürfte der Schulraummangel für die nächste Zeit behoben sein.

Dilsburg. Der Ankauf eines großen Anwesens soll den Bau eines Hallenbades einleiten. In großzügiger Weise wird damit für das Gesundheitswesen und Sportsleben Fürsorge getroffen.

Neunkirchen. Die viel und lang besprochene Schularztfrage hat ihre Lösung dahin gefunden, daß für den Stadtbezirk Neunkirchen ein hauptamtlicher Schularzt bestellt ist. Ein zweiter hauptamtlicher Schularzt wurde für die übrigen Orte des Kreises Ottweiler angestellt. Die Schularzte werden in der Schulpflege von sogenannten Schulschwestern unterstützt. — Der auf der Ziegelei Kanter beschäftigte Ziegeleiarbeiter Wilhelm Ebert aus der Ziehwalddstraße ist von einem Lieferauto überfahren und auf der Stelle getötet worden. Dem Vernehmen nach soll den Autoführer keinerlei Schuld treffen, das Unglück lediglich auf die Verletzung widriger Umstände zurückzuführen sein. — Der Forstgehilfe Müller von Sinnerthal befand sich abends auf einer Streife durch den Bildstoder Wald, als er plötzlich einen Hund bemerkte, der einen Hasen jagte. Der Gehilfe schoß auf den Hund, traf aber dabei drei in der Nähe am Rande einer Schonung sitzende junge Leute, die einen Abendspaziergang machten. Es handelt sich um den 22—23 Jahre alten Hüttenarbeiter Adler nebst Schwester aus der Neunkirchener Straße in Landsweiler und den Bräutigam der letzteren, den Bergmann Hart aus Heiligenwald. Die Geschwister sind durch den Schrotschuß schwer verletzt worden und liegen im evangel. Krankenhaus zu Neunkirchen. Der Forstgehilfe hatte die Spaziergänger nicht bemerkt.

Wieselskirchen. Ertrunken ist infolge Herzschlag beim Baden in der Blies, in der Nähe der Stummischen Schladenhalde, der zehnjährige Junge des Lokomotivführers Fühling aus Sinnerthal.

Großrosseln. Auch unser Ort gedenkt seiner toten Helden und will in der Errichtung eines Kriegerdenkmals gegen andere Orte unseres deutschen Vaterlandes nicht zurückstehen. Hart an der deutschen Grenze soll das Ehrenmal errichtet werden, das der nachfolgenden Generation verkünden soll, daß Kosseler Männer und Jünglinge für ihr Vaterland gestorben sind. Am 18. und 19. Juli fand in zwei großen Sälen unseres Ortes ein großer Volksbasar mit vielen Programmnummern statt, dessen Erlös restlos in die Kasse zur Errichtung eines Kriegerdenkmals fließt.

Schaffhausen. Am 19. Juli ereignete sich auf hiesiger Grube Hostenbach ein tödlicher Unfall. Der Steiger Lorenz wurde von einem Lokomotivzug mit leeren Wagen dermaßen stark gedrückt, daß er seinen zugezogenen Verletzungen alsbald erlag. Der Betroffene ist Ernährer einer vielköpfigen Familie.

Nalbach. Am 13. Juli stürzte der Arbeiter Kraz aus Düppenweiler in den Steinbruch der Chamotte- und Dinaswerke am Vitremont ab und erlitt einen schweren Schädelbruch. Er wurde im Krankenhaus Dillingen untergebracht, wo er seinen Verletzungen erlegen ist. — Vom Unglück schwer getroffen wurde hier in den letzten sechs Jahren die Familie Franz Theobald-Puffa. In dieser Zeit sind den Eltern ihre vier erwachsenen Kinder im Alter von 23, 20, 17 und 13 Jahren — zwei Söhne und zwei Töchter — gestorben.

Saarlouis. Ein französischer Offizier fuhr als Begleiter eines höheren französischen Militärs zum Bahnhof. Während dieser im Dienstgebäude weilte, machte sich der Offizier an dem elektrischen Anlaßer des Motors zu schaffen, der ansprang und den Wagen in Bewegung setzte. Da der Offizier nicht fahren konnte, gondelte das Auto kreuz und quer über den Bahnhofsplatz, fuhr schließlich gegenüber dem Hotel Zimmer auf den Bürgersteig und stürzte, nachdem es noch einen Baum umgerissen, die Böschung des Rodener Sportplatzes hinunter. Dabei wurde das Auto schwer beschädigt, dem Fahrer, der nicht fahren konnte, schadete die Exkursion nichts. — Ein Landjäger wollte am Bahnhof einen bekannten Rodener Taugenichts verhaften. Plötzlich überfielen ihn die berüchtigten Gebrüder Fries, entrißen ihm den Arrestanten, der entfliehen konnte und bedrängten den Beamten derart, daß er zur Waffe greifen und mehrere Schüsse auf sie abgeben mußte, die allerdings fehlgingen. Erst durch das Eingreifen zweier zur Hilfe herbeigeeilter anderer Landjäger gelang es, die Angreifer zu überwältigen und auch den Flüchtling wieder dingfest zu machen.

Merzig. Die Bluttat zu Merzig, der die 33jährige Elise Becker zum Opfer gefallen ist, hat nunmehr ihre Aufklärung gefunden. Die Becker hat nicht durch Selbstmord, sondern durch Mörderhand ihr Leben lassen müssen. Als Mörder konnte, wie die „Saarzeitung“ berichtet, das Verbrecherindividuum Joseph Köpp, Mechaniker, geboren am 26. August 1900 zu Duisburg, zuletzt wohnhaft zu Driedenhofen, festgestellt werden. Der Mörder gehörte seinerzeit dem Separatistengesindel im Rheinland an und hat sich dort verschiedener verbrecherischer Schandtaten schuldig gemacht. Als die „Separatistenherrlichkeit“ ihr Ende erreicht hatte, flüchtete Köpp nach Driedenhofen, um unter den Fittichen der Franzosen den versprochenen Schutz zu genießen. Er beglückte dann das Saargebiet, wo er sehr bald hinter Gefängnismauern saß, um eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen. Aus dem Gefängnis ist er ausgebrochen und hat dann die Mordtat verübt. Zweifelsohne dürfte das Motiv zur Tat Diebstahlsabsicht gewesen sein, auch ein abgewehrter Vergewaltigungsakt an dem Mädchen kann als Motiv mit in Frage gezogen werden. Der Mörder ist noch nicht gefaßt.

Dreibach (Kreis Merzig.) Schikanen der französischen Zollbehörde. Die französischen Zollbeamten trafen vor zwei Wochen unerwartet in unserem Orte ein und verboten den Fährbetrieb mit der Begründung, es werde Schmuggel vermutet. Durch diese Maßnahme sind hier viele Familien in ihrer kargen Existenz sehr geschädigt worden. Die Maßnahme selbst bleibt höchst unverständlich, da die Einwohner bisher ungestört diesem Nebenerwerb nachgehen konnten.

Mettlach. Ein verhängnisvolles Ende nahm eine Neckerei zwischen drei Anglern aus Merzig, die oberhalb des Stauwerkes ihrem Sport huldigten. Um den auf dem linken Saarufer angelnden Kollegen zu necken, wurden diesem seitens seiner Genossen von dem gegenüberliegenden Ufer Revolvergrüße in den Angelbereich geschickt, um ihm die Fische zu verjagen. Eine Kugel prallte auf dem Wasser ab und traf den Angler, der mit einem Bauchschuß zu Boden sank. Die Kollegen brachten den Verletzten in das hiesige Krankenhaus. Es mußte unter Zuziehung eines auswärtigen Facharztes sofort eine schwierige Operation vorgenommen werden.

Mimbach. Bei einem Ausfluge nach Walsheim wurde die Ehefrau Sophie Müller, 66 Jahre alt, aus St. Ingbert, von einem Blitzschlag betroffen. Der hinzugezogene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Dremsheim. Spurlos verschwunden ist das 20jährige Dienstmädchen Luise Röder. Das Mädchen wurde von seiner Dienstherrschaft nach Saarbrücken geschickt, von wo es nicht wieder zurückkehrte.

Vom Höcherberg. Vertretern der Gemeinden Oberbergbach, Frankenholz, Mittelbergbach und Höchen, die in Sachen der Einrichtung einer Postautoverbindung zwischen Waldmohr und Bahnhof Bergbach bei der Pfalzregierung Ende des Vorjahres vorstellig wurden, wurde damals die Erfüllung der vorgetragenen Wünsche mit Wirkung von frühestens 1. April 1926 in Aussicht gestellt. Nun traf dieser Tage die Nachricht ein, die Reichspost wolle ab 1. September d. Js. auf der Strecke Waldmohr—Frankenholz—Bahnhof Bergbach und zurück ein Postauto verkehren lassen, nachdem sich scheinbar ein Einverständnis zwischen ihr und der Saarregierung erzielen ließ.

Unwetter im Saargebiet.

Ueber Saarbrücken und Umgegend sind am 15. Juli den ganzen Nachmittag über schwere, anhaltende Gewitter hinweggezogen. Der Fernsprechverkehr erfuhr infolge Zerstörungen zahlreicher Leitungen empfindliche Unterbrechungen, insbesondere der Fernverkehr nach dem Westen, wo ebenfalls heftige Gewitter tobten.

An einzelnen Unwettermeldungen verzeichnen wir folgende: In Jägersfreude schlug der Blitz in die Grubenwohnungen der Bergleute Peter Zapp und Johann Pegrom. In beiden Fällen wurde größerer Sachschaden angerichtet. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Ein besonders launischer Blitz stürzte sich auf das Wahrzeichen von Jägersfreude, auf den zur Erinnerung stehengebliebenen großen Schornstein des früheren Blechhammers, lief an dem Schornstein mehrere Male auf und ab und sprang zum Schluß in eine größere Wasserpfütze, die sich in der Nähe befand. Die Steine flogen bis in die Zimmer der Anwohner „Im Wert“. Auch in diesem Falle wurden glücklicherweise keine Leute verletzt. Ebenso nicht bei dem Einschlag in die Dienstwohnung des hier in der St. Johannerstraße wohnenden französischen Beamtenkontrolleurs. Der Schornstein wurde bis auf die Straße geschleudert und die ganze Lichtleitung in dieser Straße wurde zerstört. Ferner schlug ein Blitz in das Straßenbahngleis und sprang von da in eine nahe Baubude, wo sich gerade 21 Arbeiter zum Mittagessen niedergesetzt hatten. Zwei Arbeiter wurden vom Blitz getroffen; während der jüngere Arbeiter sich bald erholen konnte, traten bei dem älteren Sprachstörungen ein. Die beiden Arbeiter mußten nach dem Krankenhaus gebracht werden. — Wie schwer das Unwetter gehaust hat, sieht man schon daraus, daß einem Beamten, der gerade 60 Zentner Rußkohlen erhalten hatte, über 20 Zentner weggeschwemmt wurden. Die ganze Straße lag voller Kohlen. — Hagelförner von der Dicke eines Daumens zerstörten Obst und Frucht.

In Walschied schlug der Blitz zweimal ein, einmal im Anwesen des Bergmanns Altpeter ohne zu zünden, während bei einem andern Bergmann die Heuvorräte Feuer fingen. Der Brand war dank sofortiger Hilfe nach kurzer Zeit gelöscht.

Auch in Ludweiler richtete das Unwetter größeren Schaden an. Ein Blitz schlug in das Schüßliche Haus in der Nähe der Apotheke ein, zündete aber nicht, sondern verursachte nur einen Riß in der Giebelwand. Schwere Verletzungen wurde dagegen das Haus des Heinrich Schneider, auf dem sogenannten „Hübel“. Hier brannte der Dachstuhl vollständig nieder. Sämtliche landwirtschaftlichen Vorräte fielen den Flammen zum Opfer. Das tatkräftige Eingreifen verhinderte ein weiteres Umsichgreifen der Flammen. Außerdem wurde ein Mann, der sich auf dem Arbeitswege am Hahnenkopf befand, vom Blitz erheblich verletzt, so daß er zum Arzt gebracht werden mußte. Auch wurde die Stromlieferung des Ortes durch einen Blitzschlag in die Kraftanlage des Wasserwerkes gestört, so daß Ludweiler am Abend ohne Licht war. — Der 17jährige Ludwig Hufinger aus Dillingen, der auf einem Gute in Remlingen bei Freisdorf in Lothringen beschäftigt war, wurde vom Blitze erschlagen. Er wollte bei dem heraufziehenden Gewitter mit seiner Mitarbeiterin vom Felde, auf dem sie mit Heumachen beschäftigt waren, nach Hause gehen und trug eine Heugabel auf der Schulter. Ein Blitzschlag tötete ihn, während seine Begleiterin nur betäubt wurde. Die Familie Hufinger hat damit in kurzer Zeit drei männliche Familienmitglieder verloren.

In St. Ingbert war das Gewitter von schwerem Hagel und einem wolkenbruchartigen Regen begleitet. Stellenweise lagen die Hagelstücke in der Größe von Taubeneiern mehrere Zentimeter hoch auf der Straße. In den Gärten und Feldern sah es trostlos aus, alles wurde vom Hagel zerstört. In der hinteren Pfarrgasse standen die Keller unter Wasser, das Vieh konnte noch knapp gerettet werden. Ueberall gab es große Ueberschwemmungen. In der vorderen Bliestalstraße sah es auch schrecklich aus, die ganze Straße war ein See, das Wasser stand bis Straßenhöhe in den Kellern. Der Blitz hat mehrere Male eingeschlagen, ohne glücklicherweise zu zünden. Der Schaden, den das Gewitter angerichtet hat, ist sehr bedeutend.

Personalnachrichten.

Aus der Schulverwaltung. An Stelle des verstorbenen Direktors Ehlernach wurde mit Wirkung vom 1. Juni Oberlehrer Peter Becker aus Sulzbach zum Rektor der evangel. Volksschulen Altenwald ernannt.

An Stelle des an das Reformgymnasium nach Saarbrücken versetzten Oberstudiendirektors Steppling ist Studienprofessor Seyfried vom Ludwigsgymnasium zum Direktor des Realgymnasiums in Sulzbach gewählt worden.

Auf eine 30jährige Tätigkeit beim Amtsgericht Sulzbach konnte der in allen Kreisen Sulzbachs geachtete Gerichtsassistent Fritz Rau zurückblicken.

Sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der Aktienbrauerei Merzig konnte der Bierbrauer Joh. Schreier in Merzig feiern. Gleichzeitig sei hierbei bemerkt, daß der Jubilar im letzten Jahr schon drei silberne Jubiläums feiern konnte, und zwar seine silberne Hochzeit, seine 25jährige Mitgliedschaft bei der freiwilligen Feuerwehr und des Brauereifangvereins.

Drei Arbeiterveteranen der Vereinigten Bogeliuschen und Wengelschen Glashütten, G. m. b. H., und der Richard-Hütte A.-G. für Glasfabrikation in Sulzbach konnten ihre 50jährige Zugehörigkeit zu der Firma feiern und zwar der Aufseher Ludwig Röth, Materialverwalter Ludwig v. Freital und Pförtner Wilhelm Adermann. Die Jubilare wurden durch die Firmeneinhaber mit einer goldenen Erinnerungsur und einem reichlichen Geldgeschenk bedacht.

Der älteste Bürger Saarbrückens, der Pensionär August Bergmann, ist im Alter von 96 Jahren und 3 Monaten im Altersheim Paul-Marien-Stift der evangelischen Gemeinde St. Johann gestorben. Bergmann, eine in weiten Kreisen Saarbrückens bekannte Persönlichkeit, war Veteran der Feldzüge 1864, 1866 und 1870. In seinem häuslichen Leben war es ihm vergönnt, mit seiner Gattin, die ihm vor 5 Jahren im Tode vorausging, nach 65jähriger Ehe das seltene Fest der Eisernen Hochzeit zu feiern. Jetzt ist er, der nahezu Hundertjährige, zum ewigen Frieden eingegangen. Seine Beisetzung erfolgte am 12. Juli auf dem Zentralfriedhof an der Goldenen Bremm. — In Wiesbaden starb Herr August Zeiß in fast vollendetem 70. Lebensjahre, Mitinhaber der bekannten Firma Gebrüder Zeiß in Saarbrücken, die früher ihren Sitz in Sulzbach hatte und Menschenalter hindurch die Saargruben mit Grubenholz beliefert haben, bis sie nach Uebergang der Saargruben in den Besitz der französischen Regierung die Lieferungen einstellen mußte und sich infolgedessen gezwungen sah, sich anderweitig durch die Errichtung einer Karosseriefabrik umzustellen. Erst vor wenigen Wochen ist sein jüngerer Bruder Gustav Zeiß verstorben. Die Familie Zeiß steht im Saargebiet ihrer treudeutschen vaterländischen Gesinnung und stetig gleichgebliebenen deutschen Haltung wegen in sehr hohem Ansehen.

Der Kriegsveteran von 1870-1871 Hermann Wönnelshoff, Bahnhofsvorsteher a. D. in Dillingen, ist unter großer Beteiligung zur letzten Ruhe beigesetzt worden. Er wurde zweimal verwundet in einer Schlacht; ein Schuß ging ihm quer durch den Mund und zerstörte ihm das Gebiß, eine andere Kugel brachte ihm eine schwere Beinwunde bei. An seinem 76. Geburtstag ist er einer Lungenentzündung erlegen. — Von einheimischen Dillinger Kriegsveteranen von 1866 und 1870-1871 leben zurzeit noch 7.

*

Saarbrücken: Friedrich Schlink, 50 Jahre. — Frau Katharina Richarz, 52 Jahre. — Schlossermeister August Gutmann, 32 Jahre. — Heinrich Braun, 61 Jahre. — Gewerbelehrerin Elise Münch, Frau Marg. Hauser, geb. Buhr, 49 Jahre. — Frau Anna Schulz, geb. Kleinbauer, 27 Jahre. — Jakob Stähelin, 56 Jahre. — Frau Marg. Schmitt, geb. Thiele. — August Bergmann, Mitkämpfer von 1848-49, 1864 und 1866, 96 Jahre. — Polizeiwachtmeister Josef Hoffmann I. Albert Bernading, 40 Jahre. — Schlossermeister Rudolf Sorg, 58 Jahre. — Oberpostinspektor Diehle. — Frau Wwe. Blasius, Maria geb. Thirn, 84 Jahre. — Prokurist Wilhelm Junfer, Frau Peter Quinten, geb. Eloy, 54 Jahre. — Eisenbahnzugführer a. D. Joh. Fr. Scherer, Frau Charlotte Schaub, geb. v. Schüh, 58 Jahre. — Frau Anna Grün, geb. Fleden, 54 Jahre. — Frau Maria Leidinger, geb. Schmidt, 58 Jahre. — Friedrich Leibrod, 27 Jahre, 8 Monate. — Karl Brösch, 32½ Jahre. — Eisenbahnbetriebsrat Julius Eli, 49 Jahre. — Bergdirektor a. D. u. Zivilingenieur Oskar Ritter von Horstig, gen. d'Aubigny von Engelbrunner, 70 Jahre. — Johann Thum, 61 Jahre. — Frau Katharina Geiß, geb. Horbach, 58 Jahre; Richard Uheret; Otto Ruhn, 44 Jahre; Adolf Holz, 53 Jahre; Frau Witwe Friedrich Meyer, Katharina geb. Müller, 49 Jahre; Witwe Jakob Brunder, geb. Edinger,

36 Jahre; Frau Caroline Rinzel; Frau Berta Geyer, geb. Siebenpfeiffer, 30 Jahre; Frau Elisabeth Reih, geb. Tack, 51 Jahre; Josef Zollinger, 53 Jahre; Friedrich Götzel, 69 Jahre; Andreas Wiegand, 74 Jahre; Malermeister Jakob Schlantzen, 65 Jahre; Frau Sara Steilberger, geb. Joste; Philipp Maurer, 77 Jahre; Julius Birkelbach, 65 Jahre; Frau Philippine Hauch, geb. Kiefer, 77 Jahre; Schachtmeister Michael Schillo, 61 Jahre; Frau Maria Baer, geb. Lauer, 51 Jahre; Bankbeamter Paul Geisbauer, 27 Jahre; Koch und Gastwirt Ferdinand Jolas; Frau Margarethe Stach, geb. Beder, 74 Jahre; Ernst Weinz, 55 Jahre; Frau Ida Schneider, geb. Paulus, 23 Jahre. — **Scheidt:** Frau Philippine Pulch, geb. Diener, 49 Jahre. — **Brebach:** Frau Maria Dier, geb. Ries, 34 Jahre. — **Herrensohr:** Malermeister Carl Krüd. — **Jenne:** Johann Peter Bermes, 50 Jahre. — **Groß-Roseln:** Frau Elisabeth Neno, geb. Koenig, 59 Jahre. — **Püttlingen:** Frau Elisabeth Grün, geb. Hohneß, 60 Jahre. — **Niegelsberg:** Frau Anna Wess, geb. Brill. — **Quierschied:** Kaufmann Wilhelm Wonn, 65 Jahre. — **Neuweiler:** Frau Karoline Hunsicker, geb. Schunt, 71 Jahre. — **Friedrichsthal:** Frau Witwe August Flohr, Wilhelmine, geb. Weil, 63 Jahre; Franz Wagner; Nikolaus Lang, 44 Jahre. — **Bildstod:** Carl Höfler sen. — **Neunkirchen:** Witwe Elise Maetel, geb. Engelmänn, 71½ Jahre; Wilhelm Trost, 77 Jahre; Friedrich Leibold, 82 Jahre. — **Richard Fried, Kaufmann,** 42 Jahre. — Frau Eva Hehr, geb. Buchert, 56 Jahre. — **Johann Strauß,** 77 Jahre. — **Albert Stummblig,** 24 Jahre. — **Martha Leonhard,** 16 Jahre. — Frau Martha Schmidt, geb. Haag, 20 Jahre. — **Hüttenpensionär Andreas Scherer,** 67 Jahre. — **Karl Fiering,** 9 Jahre. — **Altentessel:** Schmiedemeister i. R. Karl Sorg, 84 Jahre. — **Auersmacher:** Jagdaufseher Wilhelm Bähr. — **Berus:** Schulleiter Peter Nicola, 49 Jahre. — **Bildstod:** Andreas Brust, 27 Jahre. — **Philipp Wöfler,** Heilgehilfe, 60 Jahre. — Frau Anna Blandfort, geb. Cornelius, 27 Jahre. — **Duisburg-Weidenich:** Frau Wwe. Johann Heinrich, verw. Johann Anlauf, 76 Jahre. — **Dudweiler:** Frau Karoline Märker, geb. Pih, 30 Jahre. — **Linchen Schwemmler.** — **Elversberg:** Frau Wwe. Katharine Koll, geb. Benk, 70 Jahre. — **Enselheim:** Fr. Wilhelmine Quierina, 47 Jahre. — **Ensdorf:** Johann Frank, Bädermeister. — **Johann Jak. Christoffel,** Bauaufseher, 49 Jahre. — **Fraulautern:** Frau Wwe. Johann Haas, Barbara, geb. Haffner, 74 Jahre. — **Fürstenhausen:** Frau Regina Böhm, geb. Häbler, 27 Jahre. — **Frankfurt a. M.:** Fr. Wilhelmine Wedmüller, 55 Jahre. — **Friedrichsthal:** Jakob Dedarm. — **Griesborn:** Herbert Massonne, 3 Jahre. — **Gersweiler:** Frau Marg. Philipp Schneider, geb. Schweizer, 70 Jahre. — **Hüttenmeister a. D. Philipp Schneider,** 72 Jahre. — **Holz:** Maschinenführer Konrad Schneider, 59 Jahre. — **Karlsruhe:** Hauptlehrerswitwe Elise Günter, geb. Alexander. — **Merzia:** Fr. Martha Schnerb, 21 Jahre. — **Ottenshausen:** Frau Wwe. Geora Litwischuch, Margarete geb. Käufer. — **Oldenburg i. D.:** Oberstleutnant a. D. August Barntedt, 56 Jahre. — **Picard:** Frau Oberlehrer Kath. Annen, geb. Sartor, 50 Jahre. — **Schaffhausen-Saar:** Steiger Valentin Lorenz, 46 Jahre. — **Saarlouis:** Fr. Ww. Katharina Schüh, 87 Jahre in Frankfurt a. M. — Frau Marie Fischer, geb. Debus, 54 Jahre. — **Sulzbach:** Peter Schneider. — **Völklingen:** Karl Hollinger, 49 Jahre. — **Wadgassen:** Willi Frank, Kaufmannslehrling, 17 Jahre. — **Wellesweiler:** Jacob Mager, 67 Jahre. — **Wieselstirchen:** Frau Katharina Schner, geb. Kessler, 54½ Jahre; Frau Sofie Müller, geb. Hoffmann, 70 Jahre. — **Wellesweiler:** Frau Witwe Kath. Schmidt, geb. Lauer, 81 Jahre. — **Berschweiler:** Ortsvorsteher Joh. Valentin Wagner, 63 Jahre. — **Hirzweiler:** Maria Agitia Jene, 41 Jahre. — **Bedingen:** Frau Louise Kallmeyer, geb. Hilgers, 50 Jahre. — **Dillingen:** Frau Witwe Johann Cazzini, geb. Zeller, 80 Jahre. — **Nalbach:** Gemeindevorsteher Peter Henz, 75 Jahre. — **Hof Monbijou:** Karl Höfler, 62 Jahre. — **Saarburg:** Monfratore Heinrich Klisserath, Bäcklicher Geheimkammerer, 80 Jahre. — **St. Ingbert:** Franz Die.

Vom „Bund der Saarvereine“.

§ 6. Tagung des Bundes der Saarvereine in Köln a. Rh. Um die Fahrkosten für die Berliner Teilnehmer an der diesjährigen Bundestagung am 14. und 15. August d. J. in Köln am Rhein, möglichst niedrig zu gestalten, besteht die Absicht, 20 Teilnehmer zu einer sogenannten Gesellschaftsfahrt zusammenzuschließen, da sich dadurch der Fahrpreis um 25 Prozent ermäßigen würde.

Interessenten bitten wir Ihre Adressen möglichst sofort der Geschäftsstelle „Saarverein“ Berlin SW. 11, Königgräzer Str. 94 angeben zu wollen.

Die Ortsgruppe Hannover des Bundes der Saarvereine veranstaltete am Sonntag, dem 11. Juli d. J., ihren diesjährigen Sommerausflug nach dem schönen, am Deister gelegenen Barsinghausen. Obwohl der bis in die späteren Morgenstunden hinein dauernde Regen bei den Ausflugsteilnehmern durchaus nicht zu der nötigen Stimmung beitrug, hatten sich zu der festgesetzten Abfahrtszeit doch etwa 60 Teilnehmer, unsere Damen mit eingerechnet, eingefunden. Die hiesige Straßenbahn hatte zwei Extrawagen gestellt, und kurz nach 10 Uhr vormittags ging es in flottem Tempo unserem Ausflugsziel entgegen, das wir Punkt 11½ Uhr erreichten. Am Ziel angelangt, waren zu unsere Freude mehrere Vorstandsmitglieder der Barsinghäuser Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine zur Begrüßung erschienen. Zu einem solchen Ausflug gehört Sonnenschein, und er kam. Und damit schlug auch die Stimmung um, denn in der schönen, unmittelbar am Waldrande gelegenen Waldschenke „Zur Schweiß“, deren Inhaber der Barsinghäuser Ortsgruppe als Mitglied angehört, wurden ein paar schöne und angenehme Stunden verlebt. Aber besonders die Nachmittagsstunden, die dank der vorbereitenden Tätigkeit der Barsinghäuser Ortsgruppe, in dem schönen Saal von Volker verbracht werden konnten, werden den Teilnehmern und Gästen unvergeßlich sein. Eine besondere Ehre war es für uns, Herrn Oberbergerrat Bracht aus Barsinghausen, der dem Saargebiet kein Fremder ist, in unserer Mitte begrüßen zu können. Zu dem unterhaltenden Teil trug eine gut geschulte achtköpfige Jazzkapelle und besonders unser Vereinskomiker Hans Heinrich mit seinem reichhaltigen humoristischen Programm, wobei ihm sein Bruder Alfred am Klavier sehr gut begleitete, in vorzüglicher Weise bei. Reicher Beifall lohnte die einzelnen Vorträge. Manche neue Saarbekanntschaft wurde gemacht und nur allzu schnell schlug die Scheidestunde. Unser Vereinsphotograph H. Grassow ließ es sich nicht nehmen, durch mehrere photographische Aufnahmen den Tag festzuhalten. Um 10 Uhr abends wurde die Heimfahrt angetreten. Alle Teilnehmer waren sich in dem Bekenntnis einig, daß der Barsinghäuser Ausflug uns allen immer eine angenehme und schöne Erinnerung bleiben wird.

Ortsgruppe Dortmund. Am 11. Juli fand im Restaurant Berghoff, Körnerplatz, die Monatsversammlung statt. Herr Ost eröffnete die ziemlich gut besuchte Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt: 1. Ausflug nach Königsborn; 2. Feriensonderzug; 3. Mitteilungen der Geschäftsstelle Saar-Verein. Hierauf verlas der Schriftführer Walter die Niederschrift über die letzte Versammlung, die genehmigt wird. Sodann wird in die Besprechung der Tagesordnung eingetreten. Zu dem Ausflug nach Königsborn gab Herr Berkessel die erforderlichen Erläuterungen. Herr Rafalski beantragt, die Fahrkarten für die Erwerbslosen aus der Vereinskasse zu bezahlen, was zur Feststellung der Zahl der Erwerbslosen auf im ganzen 6 im Verein, Veranlassung gibt. Herr Schwolau fragt an, ob der Fahrpreis nur für den betreffenden Erwerbslosen oder auch für dessen Familie bezahlt wird. Nachdem Herr Berkessel sich erfreulicherweise imstande erklärt hat, für die ganze Familie zu zahlen, wird im Sinne des Antrages Ratsloski beschlossen. Punkt 2: Es wird die Fahrt mit dem Feriensonderzug besprochen, zu der Herr Ost die bisher unternommenen Schritte des näheren erläutert und Herr Berkessel die Erläuterungen ergänzt. Im besonderen erwähnt er, daß auch Düsseldorf, das eine große Ortsgruppe hat, mit zum rheinisch-westfälischen Industriegebiet für den Sonderzug hinzugezählt werden soll. Gemeldet haben sich bis jetzt beim Schriftführer Walter 93 Erwachsene und 15 Kinder. Es besteht also Aussicht, daß der Zug zustande kommt. Vielfachen Wünschen entsprechend soll als Abfahrtstag der 2. oder 3. August gewählt werden. Zu Punkt 3 verliest Herr Ost das Rundschreiben der Geschäftsstelle Berlin vom 1. Juli 1926 betreffs Bundestagung in Köln und verteilt die eingegangenen Einladungen. Auf die Mahnung der Geschäftsstelle auf Zahlung des Bundesbeitrages erklärt Herr Berkessel für 1925 und 1926 seien die Beiträge entrichtet. Herr Ost hat Zweifel, ob für 1926 gezahlt sei und läßt abstimmen, ob für dieses Jahr der Beitrag wieder gezahlt werden soll; die Versammlung beschließt in diesem Sinne. Sodann gibt Herr Ost das Schreiben der Geschäftsstelle über Bestellung von Ansichtspostkarten bekannt, worauf beschlossen wird, für 10 Mark Postkarten zu bestellen. Zu Punkt 4 verliest Herr Ost die Satzungen der Arbeitsgemeinschaft mit dem B. d. A., die teilweise mißverständlich aufgefaßt werden, was Herrn Ost Veranlassung gibt, entsprechende Aufklärungen zu geben. Zu Punkt 5, die Wahl eines Vergnügungsdirektors für den verstorbenen Herrn Zehle wird vertagt. Schluß 7.30 Uhr.

§ Ortsgruppe Buer-Erle des Bundes der Saarvereine. Am 4. Juli 1926 hat auch die Ortsgruppe Buer-Erle, nachdem sie infolge des Ruheinbruchs ihre Vereinsarbeit einstellen mußte, ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Jetzt sind es nur noch wenige Ortsgruppen, die vorläufig noch ruhen, aber auch bei diesen sind Bestrebungen im Gange, sie recht bald wieder ins Leben zu rufen. Der bisherige 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Schulz, eröffnete die gutbesuchte Versammlung und ging nach einer kurzen Begrüßung der Anwesenden zur Erledigung der Tagesordnung über. Vom früheren Vorstand war außer dem bisherigen Vorsitzenden niemand anwesend. Aber auch Herr Schulz mußte wegen anderweitiger Inanspruchnahme seinen Posten zur Verfügung stellen. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde deshalb die Neuwahl des Vorstandes behandelt. Es wurden gewählt: Als 1. Vorsitzender Friedrich Hofinger, Buer-Erle, Westf., Auguststraße 8, als 2. Vorsitzender Friedrich Triem, als 1. Schriftführer Heinrich Altpeter, als 2. Schriftführer Jakob Heyer, als 1. Kassierer Jakob Schmidt, als 2. Kassierer Franz Sanger, als Beisitzer und zu gleicher Zeit als Revisoren Wilhelm Bommer, Heinrich Schmitt und Hermann Köhl, als Vereinsbote und Unterkassierer Alfred Spengler. Wir wünschen der Ortsgruppe Buer-Erle zu ihrer Wiederaufbauarbeit recht gute Erfolge.

□ Die Ortsgruppe Herne in Westfalen des Bundes der Saarvereine, hatte ihre Mitglieder zum Sonntag, den 27. Juli 1926, zu einer Versammlung im Lokal Biermann, Strümpferstraße, eingeladen. In dieser Versammlung, die gut besucht war, machte der 1. Vorsitzende des Saarvereins, Herr Korf, die Mitglieder mit dem Abschnitt des Versailler Vertrages bekannt, der die Abstimmung über das Saargebiet, ob es zu Deutschland oder Frankreich gehören soll, regelt. Nach dem Vertrage dürfen nur diejenigen außerhalb des Saargebietes Wohnenden im Jahre 1935 abstimmen, die nach dem 28. Juni 1919 verzogen sind und deren Kinder bis zu dem Abstimmungstage 20 Jahre alt werden. Das Bestreben der Saarvereine und des Bundes der Saarvereine, Berlin, geht aber dahin, daß auch alle anderen, außerhalb des Saargebietes Wohnenden abstimmungsberechtigt werden. Die zur Abstimmung benötigten Unterlagen sammelt der Verein schon und bittet alle in Frage kommenden Landsleute, sich in die Listen eintragen zu lassen. Die Vorstandsmitglieder und alle anderen Mitglieder nehmen die Anmeldungen entgegen. Ueber die Bundestagung in Köln gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Kölner Landsleute Privatquartiere zur Verfügung stellen. Auch hierzu sollen die Anmeldungen frühzeitig erfolgen.

Ueber eine große Saarlandgebung in Bochum, verbunden mit einer Rundgebung der Grenzlanddeutschen und Heimatvereine berichtet der „Bochumer Anzeiger“ folgendes:

Am Sonntag, dem 11. Juli, abends, hielt die Arbeitsgemeinschaft der Grenzlanddeutschen und Heimatvereine im großen Saale der Bürgergesellschaft eine Rundgebung unter der Parole „Das Deutschtum an der Saar“ ab. Der Vorsitzende der Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine, Dir. Klemmer, begrüßte die Anwesenden, besonders den Vertreter der Stadt Bochum, Magistratsrat Dr. Klingholz, Studienrat Dr. Kruse (Essen) von der Reichszentrale für Heimatdienst, sowie Redakteur Olmert (Zulba). Magistratsrat Dr. Klingholz überbrachte die Grüße der Stadt Bochum und versicherte das Interesse der Stadtverwaltung an der gemeinsamen Aufgabe bei dem Kampf um die Grenzlande, im besonderen des Saarlandes. Sodann nahm Studienrat Dr. Kruse das Wort zu seinem Vortrage: „Die Lage des Deutschtums an der Grenze und im Auslande.“ Er führte u. a. aus: „Vor dem Kriege kannten wir kein Grenzdeutschtum. Selbst der Tiroler wurde nicht als Deutscher in Deutschland behandelt. Mit den Balten sind nie Stammverwandtschaften gepflegt worden. Im Kriege sind diese bei Gefangennahme als Russen behandelt worden. Der Deutsch-Masure wird immer als Pole angesehen, dies ist er aber nicht. Die Sudetendeutschen sind stets als Tschechen angesehen worden. Erst seit 1918 kennen wir Grenzdeutsche. Grenzland ist national-politischer Begriff. Grenzland ist rein deutsches Gebiet, das abgetreten worden ist. Selbstverwaltung erhalten hat oder von fremden Truppen besetzt ist. Es ist kein Kampf um das Grenzland, sondern um das Grenzvolk. Dies muß unterstützt werden. 1918 war dieser Wille nicht da, sonst hätte man versucht, Österreich in das Reich aufzunehmen. Deutsch ist der Ausdruck der Kultur. Die Kultur des Ostens ist vom deutschen Geist beeinflusst. Deutsche Kultur ist wertvoller als Auslandskultur. Daher der Kampf gegen die deutschen Schulen und die deutsche Sprache. Grenzlandnot kommt zum Ausdruck in der Unterdrückung der freien Meinung und des Selbstbestimmungsrechts. Darum sei in erster Linie Kulturpropaganda in den Grenzlanden erforderlich. Die Lage der Auslandsdeutschen ist verschieden. Bei den Völkern germanischen Stammes ist die Lage der Deutschen leicht, sie haben deutsche Schulen. Bei den romanischen Völkern ist die Lage

Aufruf!

Anläßlich unseres Aufrufes zur Mitarbeit zu der Neugestaltung der zweiten Auflage des „Saarländers Wanderbuches“ erhielten wir eine ganze Anzahl zum Teil vortrefflicher Vorschläge, deren Einsender wir an dieser Stelle nochmals unseren aufrichtigsten Dank versichern müssen.

Wie wir bereits in dem ersten Aufrufe betont hatten, soll diese Neuauflage so gestaltet werden, daß sie auch wirklich allen Anforderungen an einen guten Führer gerecht wird. Dieses wird jedoch nur dann möglich sein, wenn alle in Frage kommenden Kreise tatkräftig mitarbeiten. Deshalb ergeht nochmals an alle Freunde des Büchleins die dringende Bitte, sich im Interesse der guten Sache und zur Verwirklichung des Planes, einen einwandfreien Führer herauszubringen, noch weiter an der Einwendung von geeigneten Vorschlägen in bezug auf Kartenmaterial, Erweiterungen und Berichtigungen zu beteiligen.

In der zweiten Auflage sollen u. a. besonders die Vorgesetzten so ausgearbeitet werden, daß sich die Anschaffung eines besonderen Vorgesetztenführers für den in der Zeit begrenzten Ferienreisenden erübrigt. Außerdem soll das Büchlein eine Erweiterung an Illustrationen aus unserem schönen Saarland erfahren, welche Mitteilung sicher den Beifall der Wanderer finden wird.

Weitere Vorschläge erbitten wir bis zum 15. August an die Adresse des Verfassers.

Verlagsanstalt Gebr. Hofer A.-G., Saarbrücken.

Der Verfasser R. Rudolf Rehanel, Frau-lautern-Saar, Saarlouiser Str. 23.

für den Deutschen schwieriger. Man unterdrückt die deutsche Sprache und die deutschen Schulen. Wir wollen Schutz der nationalen Minderheiten.“ Sodann sprach Redakteur Ollmert (Zulda) über die Bedeutung des Saargebietes für Deutschland. Er überbrachte die Grüße der Saarvereine Berlins und dankte der Stadtverwaltung für das Interesse, das sie dem Saarland entgegenbringe. Dann sagte er u. a.: „Das Saargebiet ist stets rein deutsch gewesen. Nur durch Fälschung ist es den Franzosen gelungen, ins Saargebiet zu kommen. Sie beherrschen die Wirtschaft. Jetzt versucht man, das Saargebiet auf kulturellem Gebiet französisch zu machen. Kampf des Westtums gegen das Deutschtum ist die Parole, doch das Deutschtum steht heute fester da denn je. Das hat die Jahrausfeier glänzend bewiesen. Die politischen Parteien und andere Verbände haben sich zusammengefunden im gemeinsamen Kampf gegen die Franzosen. Das Saargebiet ist kulturell bedrängt, wirtschaftlich versklavt und politisch entrechtet. Die Saargefrage ist eine deutsche Frage. Das deutsche Recht wird siegreich bleiben.“ Als dritter Redner sprach Herr Friedrichs (Bochum) über die Frage der Entschädigung vertriebener Deutscher. Seine Ausführungen fanden in nachstehender Entschädigung ihren Niederschlag: „Die in Bochum zu einer öffentlichen Kundgebung zusammengetretene Arbeitsgemeinschaft der Grenzland-Deutschen unter Teilnahme der landsmännischen und der Saarvereine, denen sich Angehörige aller Schichten der Industrie-Bevölkerung angeschlossen haben, fordert von der Regierung: Volle Anerkennung der Schadenersatzpflicht für die verdrängten und liquidierten Deutschen der Grenzländer. Bereitstellung von ausreichenden Mitteln im Reichshaushalt zur Durchführung dieser Aufgabe. Bestimmte Zusage der Reichsregierung für die beschleunigte Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Entschädigung. Angemessene Hilfeleistung für die Gewerbetreibenden, Handwerker und Angehörige freier Berufe durch Bereitstellung von Darlehen zum Wiederaufbau der verlorenen Existenz. Gewährung von Altersbeihilfen an alte und erwerbsunfähige Vertriebene, auch vor Erreichung des 65. Lebensjahres, wenn eine besondere Notlage offenkundig ist. Die bis jetzt zugestandenen Entschädigungen (bei Verlust von Hausrat und Sachschaden (sechs bis zehn Prozent von dem 2000 Mark übersteigenden Friedenswert) sind bei ihrer Geringfügigkeit keine Abgeltung für den Verlust, den die Verdrängten ihres Deutschtums wegen erleiden mußten. Wir erwarten, daß die vom 22er Reichs-

tagsauschuß in gutem Willen beabsichtigte Lösung der Entschädigungsfrage von der Reichsregierung nicht unterbunden wird. In den Reichstag setzen wir das Vertrauen, daß er bei der Vorlage eines Gesetzentwurfs für die Notlage der Verdrängten offenes Ohr zeigt.“ Die Kundgebung war umrahmt von musikalischen Darbietungen und einem Lichtbildervortrag: „Der deutsche Rhein“. Die gut besuchte Kundgebung zeigte das starke Interesse der Bochumer Bevölkerung besonders an dem Schicksal des Saargebietes.

Ueber Lenicet-Mundwasser „in Pulverform“, das bekanntlich in der modernen Mundpflege einen bevorzugten Platz einnimmt, wird durch den der heutigen Nummer beiliegenden Prospekt der Firma Dr. R. Reiß, Rheumajän- und Lenicet-Fabrik, Berlin NW. 37, Gelegenheit gegeben, sich gründlich zu informieren. Die hübsche elegante Metalldose, die übrigens im Prospekt in Originalfarben abgebildet ist, bildet ein Schmuckstück für jeden Toiletentisch und wird auch, weil praktisch und bequem, auf Reisen gern mitgeführt.

Nicht reizen!

Ellen ist dabei, den Koffer zu packen. Fred kommt dazu. „Ellen, hast du denn Mundwasser besorgen lassen?“ — „Ja.“ — „Lenicet-Mundwasser?“ — „Ich glaube.“ — „Was heißt, du glaubst? Du mußt es doch wissen. Ist es in Pulverform?“ — „Wie kann denn Mundwasser in Pulverform sein!“ — „Aber Ellen, stell dich doch nicht so dumm an?“ — „Ich stell mich dumm an? Empörend! Du stellst dich dumm an, mein Lieber! Mundwasser ist Mundwasser und nicht Pulver, merk dir das!“ — „Aber es gibt Lenicet-Mundwasser in Pulverform, Ellen.“ Es ist das ideale Mittel für Mund und Zähne, bitte, glaube es mir!“

„Lächerlich, Marie soll zum Drogisten gehn und Lenicet-Mundwasser in Pulverform fordern. Dann werden wir ja sehn, wer recht hat.“

Marie geht zum Drogisten und holt Lenicet-Mundwasser „in Pulverform“. Ellen ist geschlagen. Grollend setzt sie die Packerei fort, während sich Fred zum Abendschoppen begibt.

Andern Tags sind beide mit dem Auto auf dem Wege zum Bahnhof. Plötzlich sagt Fred:

„Mein Gott, da fällt mir ein, Ellen, hast du denn die Zigarren eingepackt?“

Zum ersten Mal nach dem Meinungswechsel öffnet Ellen den Mund.

„Jawohl, die Zigarren liegen ganz oben — in Pulverform.“
(Aus „Lustige Blätter“ 1926.)

Kaufmann,

36 Jahre, geb. Frau-lauterner, sucht kaufmännische Stellung, gleich welcher Art. War bisher in leitenden Positionen. Kaution 700-800 R.-M. kann evtl. gestellt werden.

Jakob Hennrich,

Berlin SW 11, Königgräferstr. 78.

Am 15. Juli verschied im Krankenhaus zu Bünde i. W. im fast vollendeten 79. Lebensjahre unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante und Großtante,

Frau Hermann von der Bede

geb. Natalie Karcher.

Um stille Teilnahme bitten

Pauline von der Bede, geb. Karcher.

Clara Karcher, geb. von Waldow.

Sundwig i. W., Bünde i. W., Berlin, den 16. Juli 1926.

Auf Wunsch der Entschlafenen findet die Beerdigung in aller Stille statt, auch werden Blumenspenden dankend abgelehnt.

Interessenten bitten wir Ihre Adressen möglichst sofort der Geschäftsstelle „Saarverein“ Berlin SW. 11, Königgräzer Str. 94 angeben zu wollen.

Die Ortsgruppe Hannover des Bundes der Saarvereine veranstaltete am Sonntag, dem 11. Juli d. J., ihren diesjährigen Sommerausflug nach dem schönen, am Deister gelegenen Barsinghausen. Obwohl der bis in die späteren Morgenstunden hinein dauernde Regen bei den Ausflugsteilnehmern durchaus nicht zu der nötigen Stimmung beitrug, hatten sich zu der festgesetzten Abfahrtszeit doch etwa 60 Teilnehmer, unsere Damen mit eingerechnet, eingefunden. Die hiesige Straßenbahn hatte zwei Extrawagen gestellt, und kurz nach 10 Uhr vormittags ging es in flottem Tempo unserem Ausflugsziel entgegen, das wir Punkt 11½ Uhr erreichten. Am Ziel angekommen, waren zu unsere Freude mehrere Vorstandsmitglieder der Barsinghäuser Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine zur Begrüßung erschienen. Zu einem solchen Ausflug gehört Sonnenschein, und er kam. Und damit schlug auch die Stimmung um, denn in der schönen, unmittelbar am Waldrande gelegenen Waldschenke „Zur Schweiß“, deren Inhaber der Barsinghäuser Ortsgruppe als Mitglied angehört, wurden ein paar schöne und angenehme Stunden verlebt. Aber besonders die Nachmittagsstunden, die dank der vorbereitenden Tätigkeit der Barsinghäuser Ortsgruppe, in dem schönen Saal von Volker verbracht werden konnten, werden den Teilnehmern und Gästen unvergänglich sein. Eine besondere Ehre war es für uns, Herrn Oberbergerrat Bracht aus Barsinghausen, der dem Saargebiet kein Fremder ist, in unserer Mitte begrüßen zu können. Zu dem unterhaltenden Teil trug eine gut geschulte achtköpfige Jazzkapelle und besonders unser Vereinskomiker Hans Heinrich mit seinem reichhaltigen humoristischen Programm, wobei ihm sein Bruder Alfred am Klavier sehr gut begleitete, in vorzüglicher Weise bei. Reicher Beifall lohnte die einzelnen Vorträge. Manche neue Saarbekanntschaft wurde gemacht und nur allzu schnell schlug die Scheidestunde. Unser Vereinsphotograph Hl. Grassow ließ es sich nicht nehmen, durch mehrere photographische Aufnahmen den Tag festzuhalten. Um 10 Uhr abends wurde die Heimfahrt angetreten. Alle Teilnehmer waren sich in dem Bekenntnis einig, daß der Barsinghäuser Ausflug uns allen immer eine angenehme und schöne Erinnerung bleiben wird.

Ortsgruppe Dortmund. Am 11. Juli fand im Restaurant Berghoff, Körnerplatz, die Monatsversammlung statt. Herr Ost eröffnete die ziemlich gut besuchte Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt: 1. Ausflug nach Königsborn; 2. Feriensonderzug; 3. Mitteilungen der Geschäftsstelle Saar-Verein. Hierauf verlas der Schriftführer Walter die Niederschrift über die letzte Versammlung, die genehmigt wird. Sodann wird in die Besprechung der Tagesordnung eingetreten. Zu dem Ausflug nach Königsborn gab Herr Berkessel die erforderlichen Erläuterungen. Herr Rafalski beantragt, die Fahrkarten für die Erwerbslosen aus der Vereinsklasse zu bezahlen, was zur Feststellung der Zahl der Erwerbslosen auf im ganzen 6 im Verein, Veranlassung gibt. Herr Schwolau fragt an, ob der Fahrpreis nur für den betreffenden Erwerbslosen oder auch für dessen Familie bezahlt wird. Nachdem Herr Berkessel sich erfreulicherweise imstande erklärt hat, für die ganze Familie zu zahlen, wird im Sinne des Antrages Rafalski beschlossen. Punkt 2: Es wird die Fahrt mit dem Feriensonderzug besprochen, zu der Herr Ost die bisher unternommenen Schritte des näheren erläutert und Herr Berkessel die Erläuterungen ergänzt. Im besonderen erwähnt er, daß auch Düsseldorf, das eine große Ortsgruppe hat, mit zum rheinisch-westfälischen Industriegebiet für den Sonderzug hinzugezählt werden soll. Gemeldet haben sich bis jetzt beim Schriftführer Walter 93 Erwachsene und 15 Kinder. Es besteht also Aussicht, daß der Zug zustande kommt. Vielfachen Wünschen entsprechend soll als Abfahrtstag der 2. oder 3. August gewählt werden. Zu Punkt 3 verliest Herr Ost das Rundschreiben der Geschäftsstelle Berlin vom 1. Juli 1926 betreffs Bundestagung in Köln und verteilt die eingegangenen Einladungen. Auf die Mahnung der Geschäftsstelle auf Zahlung des Bundesbeitrages erklärt Herr Berkessel für 1925 und 1926 seien die Beiträge entrichtet. Herr Ost hat Zweifel, ob für 1926 gezahlt sei und läßt abstimmen, ob für dieses Jahr der Beitrag wieder gezahlt werden soll; die Versammlung beschließt in diesem Sinne. Sodann gibt Herr Ost das Schreiben der Geschäftsstelle über Bestellung von Ansichtspostkarten bekannt, worauf beschlossen wird, für 10 Mark Postkarten zu bestellen. Zu Punkt 4 verliest Herr Ost die Satzungen der Arbeitsgemeinschaft mit dem B. d. A., die teilweise mißverständlich aufgefaßt werden, was Herrn Ost Veranlassung gibt, entsprechende Aufklärungen zu geben. Zu Punkt 5, die Wahl eines Vergnügungsdirektors für den verstorbenen Herrn Fehle wird vertagt. Schluß 7.30 Uhr.

§ Ortsgruppe Buer-Erle des Bundes der Saarvereine. Am 4. Juli 1926 hat auch die Ortsgruppe Buer-Erle, nachdem sie infolge des Ruhrreinbruchs ihre Vereinsarbeit einstellen mußte, ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Jetzt sind es nur noch wenige Ortsgruppen, die vorläufig noch ruhen, aber auch bei diesen sind Bestrebungen im Gange, sie recht bald wieder ins Leben zu rufen. Der bisherige 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Schulz, eröffnete die gutbesuchte Versammlung und ging nach einer kurzen Begrüßung der Anwesenden zur Erledigung der Tagesordnung über. Vom früheren Vorstand war außer dem bisherigen Vorsitzenden niemand anwesend. Aber auch Herr Schulz mußte wegen anderweitiger Inanspruchnahme seinen Posten zur Verfügung stellen. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde deshalb die Neuwahl des Vorstandes behandelt. Es wurden gewählt: Als 1. Vorsitzender Friedrich Hofinger, Buer-Erle, Westf., Auguststraße 8, als 2. Vorsitzender Friedrich Triem, als 1. Schriftführer Heinrich Altpeter, als 2. Schriftführer Jakob Heyer, als 1. Kassierer Jakob Schmidt, als 2. Kassierer Franz Sängler, als Beisitzer und zu gleicher Zeit als Revisoren Wilhelm Bommer, Heinrich Schmitt und Hermann Köhl, als Vereinsbote und Unterkassierer Alfred Spengler. Wir wünschen der Ortsgruppe Buer-Erle zu ihrer Wiederaufbauarbeit recht gute Erfolge.

□ Die Ortsgruppe Herne in Westfalen des Bundes der Saarvereine, hatte ihre Mitglieder zum Sonntag, den 27. Juli 1926, zu einer Versammlung im Lokal Biermann, Strümpferstraße, eingeladen. In dieser Versammlung, die gut besucht war, machte der 1. Vorsitzende des Saarvereins, Herr Korf, die Mitglieder mit dem Abschnitt des Versailler Vertrages bekannt, der die Abstimmung über das Saargebiet, ob es zu Deutschland oder Frankreich gehören soll, regelt. Nach dem Vertrage dürfen nur diejenigen außerhalb des Saargebietes Wohnenden im Jahre 1935 abstimmen, die nach dem 28. Juni 1919 verzoogen sind und deren Kinder bis zu dem Abstimmungstage 20 Jahre alt werden. Das Bestreben der Saarvereine und des Bundes der Saarvereine, Berlin, geht aber dahin, daß auch alle anderen, außerhalb des Saargebietes Wohnenden abstimmungsberechtigt werden. Die zur Abstimmung benötigten Unterlagen sammelt der Verein schon und bittet alle in Frage kommenden Landsleute, sich in die Listen einzutragen zu lassen. Die Vorstandsmitglieder und alle anderen Mitglieder nehmen die Anmeldungen entgegen. Ueber die Bundestagung in Köln gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Kölner Landsleute Privatquartiere zur Verfügung stellen. Auch hierzu sollen die Anmeldungen frühzeitig erfolgen.

Ueber eine große Saarkundgebung in Bochum, verbunden mit einer Kundgebung der Grenzlanddeutschen und Heimatvereine berichtet der „Bochumer Anzeiger“ folgendes:

Am Sonntag, dem 11. Juli, abends, hielt die Arbeitsgemeinschaft der Grenzlanddeutschen und Heimatvereine im großen Saale der Bürgergesellschaft eine Kundgebung unter der Parole „Das Deutschtum an der Saar“ ab. Der Vorsitzende der Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine, Dr. Klemmer, begrüßte die Anwesenden, besonders den Vertreter der Stadt Bochum, Magistratsrat Dr. Klingholz, Studienrat Dr. Kruse (Essen) von der Reichszentrale für Heimatdienst, sowie Redakteur Ollmert (Julda), Magistratsrat Dr. Klingholz überbrachte die Grüße der Stadt Bochum und versicherte das Interesse der Stadtverwaltung an der gemeinsamen Aufgabe bei dem Kampf um die Grenzlande, im besonderen des Saarlandes. Sodann nahm Studienrat Dr. Kruse das Wort zu seinem Vortrage: „Die Lage des Deutschtums an der Grenze und im Auslande.“ Er führte u. a. aus: „Vor dem Kriege kannten wir kein Grenzdeutschtum. Selbst der Tiroler wurde nicht als Deutscher in Deutschland behandelt. Mit den Balten sind nie Stammverwandtschaften gepflegt worden. Im Kriege sind diese bei Gefangennahme als Russen behandelt worden. Der Deutsch-Masure wird immer als Pole angesehen, dies ist er aber nicht. Die Sudetendeutschen sind stets als Tschechen angesehen worden. Erst seit 1918 kennen wir Grenzdeutsche. Grenzland ist national-politischer Begriff, Grenzland ist rein deutsches Gebiet, das abgetreten worden ist. Selbstverwaltung erhalten hat oder von fremden Truppen besetzt ist. Es ist kein Kampf um das Grenzland, sondern um das Grenzvolk. Dies muß unterstützt werden. 1918 war dieser Wille nicht da, sonst hätte man versucht, Desterreich in das Reich aufzunehmen. Deutsch ist der Ausdruck der Kultur. Die Kultur des Ostens ist vom deutschen Geist beeinflusst. Deutsche Kultur ist wertvoller als Auslandskultur. Daher der Kampf gegen die deutschen Schulen und die deutsche Sprache. Grenzlandnot kommt zum Ausdruck in der Unterdrückung der freien Meinung und des Selbstbestimmungsrechts. Darum sei in erster Linie Kulturpropaganda in den Grenzlanden erforderlich. Die Lage der Auslandsdeutschen ist verschieden. Bei den Völkern germanischen Stammes ist die Lage der Deutschen leicht, sie haben deutsche Schulen. Bei den romanischen Völkern ist die Lage

Aufruf!

Anläßlich unseres Aufrufes zur Mitarbeit zu der Neugestaltung der zweiten Auflage des „Saarländers Wanderbuches“ erhielten wir eine ganze Anzahl zum Teil vortrefflicher Vorschläge, deren Einsender wir an dieser Stelle nochmals unseren aufrichtigsten Dank versichern müssen.

Wie wir bereits in dem ersten Aufrufe betont hatten, soll diese Neuaufgabe so gestaltet werden, daß sie auch wirklich allen Anforderungen an einen guten Führer gerecht wird. Dieses wird jedoch nur dann möglich sein, wenn alle in Frage kommenden Kreise tatkräftig mitarbeiten. Deshalb ergeht nochmals an alle Freunde des Büchleins die dringende Bitte, sich im Interesse der guten Sache und zur Verwirklichung des Planes, einen einwandfreien Führer herauszubringen, noch weiter an der Einsendung von geeigneten Vorschlägen in bezug auf Kartenmaterial, Erweiterungen und Berichtigungen zu beteiligen.

In der zweiten Auflage sollen u. a. besonders die Vorgesetzten so ausgearbeitet werden, daß sich die Anschaffung eines besonderen Vorgesetztenführers für den in der Zeit begrenzten Ferienreisenden erübrigt. Außerdem soll das Büchlein eine Erweiterung an Illustrationen aus unserem schönen Saarland erfahren, welche Mitteilung sicher den Beifall der Wanderer finden wird.

Weitere Vorschläge erbitten wir bis zum 15. August an die Adresse des Verfassers.

Verlagsanstalt Gebr. Hofer A.-G., Saarbrücken.

Der Verfasser R. Rudolf Rehanel, Frau: lantern-Saar, Saarlouiser Str. 23.

für den Deutschen schwieriger. Man unterdrückt die deutsche Sprache und die deutschen Schulen. Wir wollen Schutz der nationalen Minderheiten.“ Sodann sprach Redakteur Ollmert (Zulda) über die Bedeutung des Saargebiets für Deutschland. Er überbrachte die Grüße der Saarvereine Berlins und dankte der Stadtverwaltung für das Interesse, das sie dem Saarland entgegenbringe. Dann sagte er u. a.: „Das Saargebiet ist stets rein deutsch gewesen. Nur durch Fälschung ist es den Franzosen gelungen, ins Saargebiet zu kommen. Sie beherrschen die Wirtschaft. Jetzt versucht man, das Saargebiet auf kulturellem Gebiet französisch zu machen. Kampf des Weltkulturs gegen das Deutschtum ist die Parole, doch das Deutschtum steht heute fester da denn je. Das hat die Jahrtausendfeier glänzend bewiesen. Die politischen Parteien und andere Verbände haben sich zusammengefunden im gemeinsamen Kampf gegen die Franzosen. Das Saargebiet ist kulturell bedrängt, wirtschaftlich versklavt und politisch entrechtet. Die Saarfrage ist eine deutsche Frage. Das deutsche Recht wird siegreich bleiben.“ Als dritter Redner sprach Herr Friedrichs (Bochum) über die Frage der Entschädigung vertriebener Deutscher. Seine Ausführungen fanden in nachstehender Entschädigung ihren Niederschlag: „Die in Bochum zu einer öffentlichen Kundgebung zusammengetretene Arbeitsgemeinschaft der Grenzland-Deutschen unter Teilnahme der landsmännischen und der Saarvereine, denen sich Angehörige aller Schichten der Industrie-Bevölkerung angeschlossen haben, fordert von der Regierung: Volle Anerkennung der Schadenersatzpflicht für die verdrängten und liquidierten Deutschen der Grenzländer. Bereitstellung von ausreichenden Mitteln im Reichshaushalt zur Durchführung dieser Aufgabe. Bestimmte Zusage der Reichsregierung für die beschleunigte Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Entschädigung. Angemessene Hilfeleistung für die Gewerbetreibenden, Handwerker und Angehörige freier Berufe durch Bereitstellung von Darlehen zum Wiederaufbau der verlorenen Existenz. Gewährung von Altersbeihilfen an alte und erwerbsunfähige Vertriebene, auch vor Erreichung des 65. Lebensjahres, wenn eine besondere Notlage offenkundig ist. Die bis jetzt zugestandenen Entschädigungen (bei Verlust von Hausrat und Sachschaden (sechs bis zehn Prozent von dem 2000 Mark übersteigenden Friedenswert) sind bei ihrer Geringfügigkeit keine Abgeltung für den Verlust, den die Verdrängten ihres Deutschtums wegen erleiden mußten. Wir erwarten, daß die vom 22er Reichs-

tagsauschuß in gutem Willen beabsichtigte Lösung der Entschädigungsfrage von der Reichsregierung nicht unterbunden wird. In den Reichstag setzen wir das Vertrauen, daß er bei der Vorlage eines Gesetzentwurfes für die Notlage der Verdrängten offenes Ohr zeigt.“ Die Kundgebung war umrahmt von musikalischen Darbietungen und einem Lichtbildervortrag: „Der deutsche Rhein“. Die gut besuchte Kundgebung zeigte das starke Interesse der Bochumer Bevölkerung besonders an dem Schicksal des Saargebietes.

Ueber Lenicet-Mundwasser „in Pulverform“, das bekanntlich in der modernen Mundpflege einen bevorzugten Platz einnimmt, wird durch den der heutigen Nummer beiliegenden Prospekt der Firma Dr. R. Reiß, Rheumajun- und Lenicet-Fabrik, Berlin NW. 37, Gelegenheit gegeben, sich gründlich zu informieren. Die hübsche elegante Metalldose, die übrigens im Prospekt in Originalfarben abgebildet ist, bildet ein Schmuckstück für jeden Toiletentisch und wird auch, weil praktisch und bequem, auf Reisen gern mitgeführt.

Nicht reizen!

Ellen ist dabei, den Koffer zu packen. Fred kommt dazu. „Ellen, hast du denn Mundwasser besorgen lassen?“ — „Ja.“ — „Lenicet-Mundwasser?“ — „Ich glaube.“ — „Was heißt, du glaubst? Du mußt es doch wissen. Ist es in Pulverform?“ — „Wie kann denn Mundwasser in Pulverform sein!“ — „Aber Ellen, stell dich doch nicht so dumm an?“ — „Ich stell mich dumm an? Empörend! Du stellst dich dumm an, mein Lieber! Mundwasser ist Mundwasser und nicht Pulver, merk dir das!“ — „Aber es gibt Lenicet-Mundwasser in Pulverform, Ellen. Es ist das ideale Mittel für Mund und Zähne, bitte, glaube es mir!“ — „Lächerlich, Marie soll zum Drogisten gehn und Lenicet-Mundwasser in Pulverform fordern. Dann werden wir ja sehn, wer recht hat.“

Marie geht zum Drogisten und holt Lenicet-Mundwasser „in Pulverform“. Ellen ist geschlagen. Grollend setzt sie die Packerei fort, während sich Fred zum Abendessen begibt.

Andern Tags sind beide mit dem Auto auf dem Wege zum Bahnhof. Plötzlich sagt Fred:

„Mein Gott, da fällt mir ein, Ellen, hast du denn die Zigarren eingepackt?“

Zum ersten Mal nach dem Meinungswechsel öffnet Ellen den Mund.

„Jawohl, die Zigarren liegen ganz oben — in Pulverform.“
(Aus „Lustige Blätter“ 1926.)

Kaufmann,

36 Jahre, geb. Frauauterner, sucht kaufmännische Stellung, gleich welcher Art. War bisher in leitenden Positionen. Kaution 700–800 R.-M. kann evtl. gestellt werden.

Jakob Hennrich,

Berlin SW 11, Königgräzerstr. 78.

Am 15. Juli verschied im Krankenhaus zu Bünde i. W. im fast vollendeten 79. Lebensjahre unsere liebe Schwester, Schwägerin, Tante und Großtante,

Frau Hermann von der Bede

geb. Natalie Karcher.

Um stille Teilnahme bitten

Pauline von der Bede, geb. Karcher.

Clara Karcher, geb. von Waldow.

Sundwig i. W., Bünde i. W., Berlin, den 16. Juli 1926.

Auf Wunsch der Entschlafenen findet die Beerdigung in aller Stille statt, auch werden Blumenspenden dankend abgelehnt.

6. Tagung des Bundes der Saarvereine

(Vertreter-Versammlung)

verbunden mit der

deutschen Kundgebung für Rhein, Pfalz und Saar
in der großen Halle im Rheinpark (Messegebäude) in Köln a. Rh.

am 14. und 15. August 1926.

I. Empfang der Gäste im Hotel Minerva (hinter dem Hauptbahnhof) am Freitag, den 13. August von nachmittags 2 Uhr ab.

II. Begrüßungskommers, veranstaltet von der Ortsgruppe Köln (Rhein) am Freitag, den 13. August, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Rudolfsaal, Hahnenstraße 36.

III. Mitglieder und Vertreterversammlung (geschäftliche Sitzung) am Sonnabend, den 14. August, vormittags 9 Uhr 30 Min. in dem vorgenannten Vereinslokal.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine im Jahre 1925 und Kassenbericht für dasselbe Jahr.
Berichtersteller: Verwaltungsdirektor Vogel.
2. Feststellung der vertretenen Ortsgruppen, der anwesenden Einzelmitglieder usw.
3. Neu- bzw. Wiederwahl des Vorstandes, und zwar des auf Grund des § 7 der Satzungen alljährlich durch Auslosung ausscheidenden Drittels der Beisitzer.
4. Wahl der Rechnungsprüfer für das Jahr 1926.
5. Bericht über die weitere Entwicklung der Vereinsarbeiten.
Berichtersteller: Oberlandesgerichtsrat Andres.
6. Beschlußfassung über eingegangene Anträge.
7. Bundestagung 1927.
8. Verschiedenes.

IV. Öffentliche Vortrags-Veranstaltung des Bundes der Saarvereine am Sonnabend, den 14. August, im Vereinslokal Rudolfsaal, Hahnenstraße 36.

Tagesordnung:

- a) Begrüßung und Bericht des Vorsitzenden des Bundes der Saarvereine über die politische Lage im Saargebiet: Oberlandesgerichtsrat Andres.
- b) Saarvorträge verschiedener Vertreter der politischen Parteien des Saargebiets, Mitglieder des Landesrats.
- c) Aussprache über diese und sonstige aktuelle Saarfragen.
- d) Verlesung der Entschließung und Schlußwort: Verwaltungsdirektor Vogel.

V. Begrüßungsabend der landsmannschaftlichen Verbände am Sonnabend, 14. August, abends 8 Uhr im großen Saal des Gürzenich, Eingang Martinstraße, gemeinsam veranstaltet von den dem Westauschuß in Berlin angeschlossenen Spitzenverbänden: Reichsverband der Rheinländer, Bund der Saarvereine, Verein der Pfälzer, Vereinigte Landsmannschaften Eupen-Malmédy-Monschau und der Rheinischen Frauenliga.

VI. Befestigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt Köln unter fachverständiger Führung bzw. Teilnahme an dem Gottesdienst am Sonntag, den 15. August, vormittags, Treffpunkt 9 Uhr vor dem Dom (Südseite).

VII. Aufstellung des Festzuges am Sonntag, den 15. August, nachmittags 2 Uhr 30 Min. auf dem Neumarkt. Abmarsch Punkt 3 Uhr.

VIII. Große deutsche Kundgebung für Rhein, Pfalz und Saar am Sonntag, den 15. August, nachmittags um 5 Uhr, in der großen Halle im Rheinpark (Messegebäude).

- a) Orgelvortrag: Domorganist Bachem.
- b) Willkommengruß der Stadt Köln a. Rh. durch Herrn Oberbürgermeister Dr. h. c. A. Denauer.
- c) Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Ehrenausschusses, Herrn Landeshauptmann Dr. Horion-Düsseldorf.
- d) Vortrag vom Männergesangsverein.
- e) Für Rhein und Pfalz: Herr Präsident Dr. Kaufmann, Vorsitzender des Reichsverbandes der Rheinländer.
- f) Gruß und Treugelöbnis von der Saar: Herr Pfarrer Dr. Schlich, Saarbrücken, als Redner des Bundes der Saarvereine.
- g) Orgelvortrag.

IX. Gemütliches Zusammensein der Mitglieder der Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine bei Bier, Gesang- und Musikvorträgen am Sonntag abend von 8 Uhr ab im Vereinslokal, Rudolfsaal, Hahnenstraße 36.

- a) Willkommengruß des Bundes der Saarvereine, Ortsgruppe Köln, Vorsitzender Bergreviersekretär Baumüller.
- b) Ansprache des Vorsitzenden des Bundes der Saarvereine, Oberlandesgerichtsrat Andres-Naumburg.

Der Vorstand des Bundes der Saarvereine.

Der Vorsitzende: D. Andres, Oberlandesgerichtsrat.

Der Geschäftsführer: Th. Vogel, Verwaltungsdirektor.

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15., mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreislifte S. 286) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. B., Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94. Fernsprech-Anschluß: Amt Hasenheide 3243. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 06536 oder auf Deutsche Bank, Depositionskasse O. Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. B.“ mit dem Beirner „Saar-Freund“ erbeten. — Für den Gesamthalt verantwortlich: Kurt Meurer, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. B.“, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94; Druck: Deutscher Schriftverlag, Berlin SW. 11.